



Plenarprotokoll

69. Sitzung

Donnerstag, 26. September 2019

Aktuelle Stunde

**Keine höheren Energiepreise durch
CO₂-Bepreisung**..... 5248

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1726

Jörg Nobis [AfD].....	5248
Tobias Koch [CDU].....	5250
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5252
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5256
Oliver Kumbartzky [FDP].....	5259
Lars Harms [SSW].....	5262
Volker Schnurrbusch [AfD].....	5267
Heiner Rickers [CDU].....	5268
Thomas Hölck [SPD].....	5269
Daniel Günther, Ministerpräsident.	5270

Studienplatzoffensive Medizin..... 5273

Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP
Drucksache 19/1712

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5273
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	5274
Hans Hinrich Neve [CDU].....	5276
Dennys Bornhöft [FDP].....	5277
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	5278
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	5279
Bernd Heinemann [SPD].....	5280
Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	5281

Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/1712.....	5282	Annabell Krämer [FDP].....	5296
		Jörg Nobis [AfD].....	5298
		Lars Harms [SSW].....	5298
		Monika Heinold, Finanzministerin	5299
Für ein würdiges Gedenken an die friedliche Revolution 1989/1990	5282	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/1698.....	5300
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1638			
Friedliche Revolution und Deutsche Einheit sind untrennbar verbunden.....	5282	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung.....	5301
Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1722		Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1427	
Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit.....	5282	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 19/1687	
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1731		Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- terstatterin.....	5301
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	5282	Peter Lehnert [CDU].....	5301
Tobias Koch [CDU].....	5283	Özlem Ünsal [SPD].....	5302
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5285	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5303
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5286	Jan Marcus Rossa [FDP].....	5304
Christopher Vogt [FDP].....	5287	Claus Schaffer [AfD].....	5306
Lars Harms [SSW].....	5289	Lars Harms [SSW].....	5307
Doris Fürstin von Sayn-Wittgen- stein [fraktionslos].....	5290	Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	5308
Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	5291	Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 19/1427 in der Fassung der Drucksache 19/1687.....	5309
Beschluss: 1. Alternativantrag Druck- sache 19/1722 für erledigt erklärt 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1638 3. Annahme des Alternati- vantrags Drucksache 19/1731.....	5292	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfas- sung des Landes Schleswig-Holstein	5309
FINISH - Finanzstrategie Nachhalti- gkeit in Schleswig-Holstein.....	5292	Gesetzentwurf der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum Drucksache 19/1521	
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1698		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 19/1688	
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5293	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- terstatterin.....	5309
Beate Raudies [SPD].....	5294	Peter Lehnert [CDU].....	5309
Ole-Christopher Plambeck [CDU].	5295	Özlem Ünsal [SPD].....	5310
		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5312
		Jan Marcus Rossa [FDP].....	5315

Claus Schaffer [AfD].....	5316	Lars Harms [SSW].....	5326
Lars Harms [SSW].....	5317	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.	5331
Tobias von der Heide [CDU].....	5318	Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/1718 an den Innen- und Rechtsausschuss....	5332
Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.	5318		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5319		
Beschluss: Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/1521 in namentlicher Abstimmung.....	5320	* * * *	
Ablehnung der CCS-Technologie im Klimapaket	5320	Regierungsbank:	
Antrag der Abgeordneten der SSW Drucksache 19/1730		Daniel Günther, Ministerpräsident	
Kein CCS in Schleswig-Holstein	5320	Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1733 (neu)		Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Kein CCS in Schleswig-Holstein und in den Meeren	5320	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung	
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1736		Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
Dr. Ralf Stegner [SPD], zur Geschäftsordnung.....	5320	Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration	
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 19/1730 und Alternativantrag Drucksache 19/1733 (neu) für erledigt erklärt 2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/1736.....	5320	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung	
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Presse (Landespressegesetz)	5320	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 19/1718		* * * *	
Volker Schnurrbusch [AfD].....	5320, 5327		
Tim Brockmann [CDU].....	5321		
Stefan Weber [SPD].....	5323		
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5324		
Jan Marcus Rossa [FDP].....	5325		

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, ich eröffne unsere heutige Tagung und teile Ihnen mit, dass die Abgeordneten Kirsten Eickhoff-Weber, Regina Poersch und Serpil Midyatli erkrankt sind. Wir wünschen ihnen gute Genesung.

(Beifall)

Der Abgeordnete Voß hat nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert ist. Der Abgeordnete Claussen ist ebenso wie der Abgeordnete Kalinka heute ab 15 Uhr verhindert. Ich hole die Mitteilung nach - das habe ich gestern Morgen vergessen -, dass der Abgeordnete Lukas Kilian für die gesamte Tagung entschuldigt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler der Goethe-Gemeinschaftsschule Kiel und des Berufsbildungszentrums Bad Segeberg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Keine höheren Energiepreise durch CO₂-Bepreisung

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1726

Wir wissen, dass es dazu auch besondere Vereinbarungen der Parlamentarischen Geschäftsführungen gibt. Das Wort für die AfD-Fraktion hat deren Vorsitzender, der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Anlässlich der Messe HUSUM Wind sagte Ministerpräsident Günther in einem Interview - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

„Ich glaube, dass jetzt auch die richtige Phase ist, um einen kompletten Umbau auch unseres Steuer- und Abgabensystems im Energiebereich zu machen ...“

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Jeder merkt ja auch, dass CO₂-Preis etwas ist, was einfach sein muss. ... wo Klimaziele nicht erreicht werden können, müssen andere Anreize gesetzt werden. Ich glaube, diese Chance sollte die Politik im Moment nicht verstreichen lassen.“

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gute Aussage!)

Was vor wenigen Tagen noch Wunschvorstellung war und insbesondere durch unseren Umweltminister und unseren Ministerpräsidenten auf Bundesebene forciert wurde, wurde letzten Freitag durch das GroKo-Klimanotstandskabinett dann auch beschlossen. Neben einem Konjunkturprogramm für Heizungsbauer kommt sie nun, die von Wolfgang Schäuble bereits Anfang 2016 ins Gespräch gebrachte Benzinsteuern zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Meine Damen und Herren, niemand, wirklich niemand in diesem Land glaubt, dass 3 ct mehr Steuern pro Liter Sprit das Klima retten.

(Beifall AfD)

Wirklich niemand, noch nicht einmal die von linksgrünen Lehrern indoktrinierte Klimajugend nimmt Ihnen das wirklich noch ab. Ist eine Steuer erst einmal in der Welt, dann bleibt sie. Nehmen Sie zum Beispiel die Schaumweinsteuer aus dem Jahr 1902, die zur Finanzierung der kaiserlichen Kriegsflotte eingeführt wurde.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

- Ja, die Steuer gibt es noch heute, die Flotte nicht. Genauso wenig, wie die Kfz-Steuer zur Sanierung der Infrastruktur benutzt wird, werden die zukünftigen Einnahmen aus dem Klimaschutzpaket dafür verwendet werden, das Klima zu retten. Sie nützen allenfalls dem Staatshaushalt. Das ist auch klar; es gibt ja keine zweckgebundenen Steuern.

Aber eines muss man Ihnen wirklich lassen: Geschick verpackt in einem Klimaschutzpaket mit grüner Schleife macht so mancher grüne Steuerzahler bestimmt gerne mit beim modernen Ablasshandel. Erst wenn der letzte Verbrennungsmotor vom Band gelaufen, die letzte Fabrik geschlossen, der letzte Inlandsflug gelandet ist und der letzte Ingenieur das Land verlassen hat, werdet ihr merken, dass man Gendersternchen nicht essen kann.

(Unruhe - Zurufe)

Gespannt bin ich wirklich nur, ob am Berliner Flughafen BER überhaupt noch irgendwann Inlandsflü-

(Jörg Nobis)

ge landen werden, bevor sie generell verboten werden. Flugtickets werden teurer. Mobilität wird teurer, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Fluglinien sinkt, und das alles nur, weil sie in die Fänge einer Klima- und Weltuntergangssekte geraten sind. Die Konzernführung der Lufthansa wird der GroKo-Regierung dafür sicherlich keine Dankesschreiben schicken.

Das Klimaschutzpaket reiht sich ein in die ideologischen Fehlentscheidungen der Energiewende: teuer und ineffektiv. Es ist ein weiterer Baustein in der von chaotischem Management geprägten Deutschland-schafft-sich-ab-Geschichte. Da schreibt die GroKo jetzt Mindestabstände von 1.000 m zwischen Windtürmen und Wohnsiedlungen vor, gibt den Ländern und Gemeinden aber die Option, mit eigenen Regelungen unter 1.000 m zu bleiben. Während in Bayern weiterhin die 10-H-Regelung gelten wird, hat Minister Albrecht natürlich gleich angekündigt, das Schlupfloch für Schleswig-Holstein nutzen zu wollen. Rechtssicherheit und Respekt vor den berechtigten Sorgen der Bürger sehen da leider anders aus.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Seit wann sind Sie denn GroKo-Fan?)

Mit dem weiteren Ausbau von Windmühlen- und Power-to-X-Anlagen will Jamaika also die Durchschnittstemperatur der Erde stabilisieren.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hoffentlich!)

Dieses Vorhaben, mit Verlaub, Frau von Kalben, ist großer Humbug und erzeugt eine Zweiklassengesellschaft unter den Bürgern. Die einen werden sich nämlich weiterhin unbegrenzt Energie leisten können, die anderen, vornehmlich die Alleinerziehenden und Rentner in diesem Land, immer weniger. Mit der Forcierung von Energie zum Luxusgut spalten Sie die Gesellschaft, schaffen Sie Ungleichheit, schaffen Sie neues soziales Unrecht.

(Beifall AfD)

Eine aktuelle Umfrage der Stadtwerke Flensburg belegt, dass die Verbraucher einen CO₂-Preis als nichts anderes werten als eine weitere staatliche Abgabe ohne rechenbare Klimaschutzeffekte.

Dass die Grünen nicht rechnen können, Frau von Kalben, wenn sie den Leuten ihre Vision in den Geldbeutel diktieren, haben die Verbraucher längst erkannt. 2004 log der damalige grüne Bundesumweltminister Trittin den Bürgern die Hucke voll, als es um die Kosten der Energiewende ging. 2019 versteht der ehemalige Landesumweltminister und grü-

ne Hoffnungsträger Habeck noch nicht einmal im Ansatz, wie die Pendlerpauschale funktioniert. Das ist typisch grün: Keine Ahnung von den Problemen der Menschen, aber allen Vorschriften machen wollen, allen das Leben im Detail vorschreiben wollen. Die Grünen wollen ein ökototalitäres System installieren. Das ist eine Welt, die sich der normale Bürger nicht leisten kann. Ich verrate Ihnen auch einmal ein kleines Geheimnis: Das möchte sich der Bürger auch nicht leisten.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welcher Bürger?)

Ob Trittin oder Habeck, wo gelogen wird, dass sich die Balken biegen, ist äußerste Vorsicht geboten. Ich nehme nämlich jede Wette an - ich nehme jede Wette an -, dass ein deutscher CO₂-Preis null - null! - Einfluss auf das Weltklima haben wird, weder im Guten noch im Schlechten.

(Beifall AfD - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Die Regierung braucht Geld, und gemolken werden wieder einmal die Armen. Die Wohlhabenden machen mobil gegen die Arbeiter unserer Industriena-tion. Die gesellschaftlichen Verwerfungen nehmen zu. Grün wählen muss man sich eben leisten können. Vertreten werden diese Wohlhabenden von Leuten wie Ihnen, Herr Günther. Sie nehmen in Kauf, dass Stadtbewohner gewinnen und die Menschen auf dem Land noch stärker verlieren. Jeder, der eine Ölheizung hat - das betrifft in Schleswig-Holstein nicht wenige Hausbesitzer -, wird für Energie laut Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts RWI rund 1.000 € pro Jahr mehr zahlen als bisher. Wenn Ihnen das nicht gelingt, können die Menschen nur noch an sich selbst sparen, an der Heizung oder eben am Autofahren. Wenn die Menschen sich nicht einmal mehr das Benzin für die Fahrt in die Stadt leisten können, Herr Günther, verhindern Sie in der Tat die Landflucht.

Aber auch in der Stadt muss Wohnen bezahlbar bleiben. Eben noch wurde Wohnen zum Armutsrisiko, jetzt soll verteuerte Energie noch oben draufgesattelt werden. Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen mahnt, dass sich Schleswig-Holstein in ökologischen Träumen verliere.

Herr Günther, man kann es nicht anders sagen: Ihnen fehlt ein gesundes Maß an Realismus. Wie ein manisch Getriebener treiben Sie die Energiewende voran und übersehen dabei die offensichtlichen Risiken. Zügeln Sie Ihren Größenwahn, und beenden

(Jörg Nobis)

Sie zusammen mit Ihrer Koalition das Paniknarrativ einer apokalyptischen Klimahölle.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Bepreisung von CO₂ das Ende des Wachstums in Europa bedeutet. Bei einer immer stärkeren Reduktion der oberen Emissionssummengrenze in Europa können Produktionszuwächse deutscher Unternehmen nur noch im Ausland realisiert werden. Die immer stärkere Mengengrenzung von CO₂-Zertifikaten würde zu einem - jetzt ein Fachbegriff - Carbon Leakage von über 10 % führen. Das bedeutet, dass über 10 % der deutschen Produktion ins Ausland abziehen, dasselbe CO₂ bei der dortigen Produktion anfallen und durch den Reimport der im Ausland produzierten Waren die CO₂-Belastung in Summe sogar noch steigen würde.

Aktuelle Studien zeigen auf, dass der CO₂-Fußabdruck Deutschlands steigt, obwohl auf Deutschlands Territorium weniger CO₂ emittiert wird. Zertifikate mögen eine regionale Reduktion von CO₂ bewirken, aber im weltweiten Kontext und erst recht im Kontext eines weltweiten Klimas sind sie sinnlos, meine Damen und Herren.

Wenn Sie Ihre eigenen Bürger zur Kasse bitten wollen, denken Sie immer auch an die Produktionsbedingungen in Asien und in Amerika. Setzen Sie das bitte in Relation, wenn Sie unsere Bürger weiter schröpfen, obwohl unsere Bürger schon jetzt eine der höchsten Steuer- und Abgabenlasten in Europa zu tragen haben. Der beabsichtigte neue Energieaufschlag ist nichts anderes als ein weiterer Raubzug der Großen Koalition gegen die Bürger dieses Landes. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, ich trage nach: Wegen auswärtiger Verpflichtungen sind seitens der Landesregierung ab circa 11 Uhr Jan Philipp Albrecht und Dr. Bernd Buchholz beurlaubt.

(Zurufe: Raus, Herr Minister Buchholz! - Heiterkeit)

- Mir ist das so mitgeteilt worden. - Herr Minister, wenn Sie uns die Ehre geben, den ganzen Tag bei uns zu sein, freut uns das umso mehr.

(Minister Dr. Bernd Buchholz: Ich habe das vor! - Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Für die CDU-Fraktion hat ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Abgeordneter Tobias Koch, das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten auf der HUSUM Wind wurde in der Presse von einer Ruckrede gesprochen, wie man sie sonst nur von Bundespräsidenten kennt. Der Herr Oppositionsführer hat in der gestrigen Debatte bereits darauf hingewiesen. Diese Ruckrede war auch richtig und notwendig; denn schließlich lagen die schleswig-holsteinischen Vorschläge schon seit Anfang des Jahres auf dem Tisch - zum Teil sogar noch länger -, und es hat in Berlin gefühlt eine Ewigkeit gedauert, bis daraus jetzt konkrete Entscheidungen geworden sind. Das sage ich durchaus selbstkritisch mit Blick auf meine eigene Partei.

Diese Rede des Ministerpräsidenten bei der HUSUM Wind jetzt von der AfD zum Anlass für eine Aktuelle Stunde zu nehmen, ist insofern lächerlich, als der Herr Ministerpräsident nur das wiederholt hat, was wir hier in Schleswig-Holstein schon ganz lange sagen und was im Übrigen auch schon Gegenstand von Debatten hier im Plenum des Landtags gewesen ist, nämlich eine CO₂-Bepreisung einzuführen und in diesem Zusammenhang das System der Steuern und Abgaben auf Energie grundlegend neu zu ordnen.

(Jörg Nobis [AfD]: Zu erhöhen!)

Die AfD schafft es noch nicht einmal, die grundlegenden formalen Voraussetzungen für eine Aktuelle Stunde einzuhalten; denn die Rede des Ministerpräsidenten fand schon drei Tage vor Antragsschluss statt. Sie hätten also die Möglichkeit gehabt, ganz regulär einen Antrag in das Plenum einzubringen, und hätten nicht auf das Instrument der Aktuellen Stunde zurückgreifen müssen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Ich will mich aber gar nicht länger damit beschäftigen, wie die AfD versucht, hier laienhaft Opposition zu spielen. Das ist derart kläglich, dass es dazu keiner weiteren Worte bedarf.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Worüber es sich aber lohnt, heute zu diskutieren - darauf will ich meine restliche Redezeit gern verwenden -, sind die inhaltlichen Aspekte, die in dem Antrag zur Aktuellen Stunden angesprochen worden sind und die sich im Ergebnis des Berliner Kli-

(Tobias Koch)

maschutzkonzepts niedergeschlagen haben. Darin finden wir nahezu alles wieder, was wir in Schleswig-Holstein in den letzten Monaten an Vorschlägen, Ideen und Bundesratsinitiativen entwickelt und auf den Weg gebracht haben.

Zuallererst ist unsere bereits erwähnte Bundesratsinitiative zur CO₂-Bepreisung zu nennen. Das Klimaschutzpaket sieht jetzt vor, für die Sektoren Wärme und Verkehr, die nicht dem europäischen Emissionshandel unterliegen, eine Steuerung mittels Zertifikaten auf nationaler Ebene einzuführen.

Der eigentliche Clou unserer Bundesratsinitiative bestand darin, die Mehreinnahmen aus der CO₂-Bepreisung zielgerichtet für eine Senkung der EEG-Umlage einzusetzen und damit das größte Hemmnis, das wir mittlerweile bei der Energiewende verzeichnen, zu beseitigen. Der Zertifikatehandel bietet den entscheidenden Vorteil, dass es sich dabei eben nicht um eine Steuer handelt, deren Einnahmen in den allgemeinen Bundeshaushalt fließen. Stattdessen können die Einnahmen aus dem Zertifikatehandel zweckgebunden für eine Senkung der EEG-Umlage oder andere Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt werden.

Genau diese Kopplung sieht nun auch der Beschluss des Klimakabinetts vor, und das ist entscheidend; denn nur so wird eine doppelte Hebelwirkung für den Klimaschutz erreicht. Das ist, wie gesagt, genau das Konzept Schleswig-Holsteins, das jetzt Eingang in das Berliner Konzept gefunden hat.

Damit aber nicht genug. Es findet sich, wie gesagt, eine ganze Reihe schleswig-holsteinischer Punkte im Beschluss des Klimakabinetts wieder.

Die Senkung der Umlagen für Landstrom ist jetzt beschlossene Sache, und selbst für die vom SSW geforderte Anschlusspflicht an Landstrom wird die Bundesregierung jetzt eine europaweite Initiative ergreifen.

Für die hier im Landtag viel diskutierte Nutzung von Wasserstoff erarbeitet die Bundesregierung bis zum Jahresende eine nationale Wasserstoffstrategie.

Für den Einsatz von Power-to-X-Kraftstoffen, für die sich der Landtag in seiner Drucksache 19/379 ausgesprochen hatte, wird die Bundesregierung jetzt die Voraussetzung für großvolumige Elektrolyseverfahren schaffen und auch den Aufbau der Tankstelleninfrastruktur fördern.

Die Einführung eines 365-€Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr, wie sie meine geschätzte Kollegin Eka von Kalben ins Spiel gebracht hat,

wird die Bundesregierung in Form von zehn Modellprojekten unterstützen. Auch Lübeck oder Kiel könnten mit dabei sein.

Schienenverkehrsprojekte sollen zukünftig per Gesetz ermöglicht werden, so wie es dieser Landtag mit der Drucksache 19/855 für den Ausbau der Marschbahn gefordert hat. Der legale Ausbau für Schienenprojekte ist nun Bestandteil des Maßnahmenpakets aus Berlin.

Auch die CDU-Aufforstungsinitiative findet sich im Maßnahmenpaket insoweit wieder, als die Bundesregierung das Anlegen von Forststreifen auf landwirtschaftlichen Flächen unterstützen will, indem sie die Anpflanzung von Hecken, Knicks und Allees fördert. Das ist exakt eine der vielen Ideen, die beim CDU-Waldgipfel im September entwickelt worden sind.

(Beifall CDU)

Außerdem sieht der Beschluss vor, die Wiederbewaldung von Schadflächen und den klimarobusten Waldumbau zu fördern. Schleswig-Holstein ist hierbei bereits Vorreiter und hatte deshalb in diesem Sommer auch weniger Schäden zu verzeichnen als andere Bundesländer. Anstelle von Hilfen für die Schadensbeseitigung brauchen wir aber finanzielle Unterstützung für generelle Aufforstungsmaßnahmen. Als waldärmstes Bundesland darf Schleswig-Holstein nach dem gestrigen Bundeswaldgipfel nicht leer ausgehen. Das habe ich Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner in dieser Woche auch in einem Brief geschrieben.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, die Bundesratsinitiative des Landes Schleswig-Holstein aus dem letzten Jahr zur Anhebung des Deckels bei der Offshore-Windenergie ist jetzt insofern erfolgreich, als dass das Ausbauziel bis zum Jahr 2030 immerhin auf 20 GW angehoben wird.

Auch bei Windkraftanlagen an Land folgt das Klimakabinett dem schleswig-holsteinischen Weg mit einem Mindestabstand von 1.000 m zur vorhandenen Wohnbebauung. Das könnte auch die SPD ruhig einmal akzeptieren, wenn Sie es jetzt in Berlin mit uns gemeinsam mittragen, zumal vollkommen klar ist, dass wir die Länderöffnungsklausel ziehen werden, um bei bestehenden Windkraftflächen weiterhin einen geringeren Abstand zur Wohnbebauung zuzulassen.

Meine Damen und Herren, als Schleswig-Holsteiner können wir deshalb mit dem Klimaschutzprogramm 2030 insgesamt - glaube ich - sehr zufrieden

(Tobias Koch)

sein. Es enthält - wie schon gesagt - so gut wie alles, was wir an Vorschlägen, Ideen und Bundesratsinitiativen entwickelt und in Berlin eingebracht haben. Damit aber noch nicht genug, denn die Bundesregierung setzt an vielen weiteren Stelle an, um das Klimaziel 2030 zu erreichen:

Die Kfz-Steuer wird sich ab dem 1. Januar 2021 noch stärker am CO₂-Ausstoß orientieren. Die Luftverkehrsabgabe wird bereits am 1. Januar 2020 erhöht, und im Gegenzug wird die Mehrwertsteuer auf Bahnfahrkarten von 19 % auf 7 % gesenkt. Das war ein Vorschlag, der vor wenigen Wochen bei uns in Schleswig-Holstein mit großer Begeisterung diskutiert worden ist, und auch dieser Vorschlag beinhaltet genau diese Kopplung, die ich vorhin versucht habe, herauszuarbeiten. Um nämlich eine doppelte Hebelwirkung zu erzielen, werden Flugtickets teurer und Bahnfahren billiger. Das ist genau das gleiche gute Konzept.

Und dann gilt es vor allem noch einmal, die Abwrackprämie für Ölheizungen zu nennen. Ich bin mir sicher, dass die Kombination von einer 40-prozentigen Förderung von neuen klimafreundlichen Anlagen zusammen mit einem weitreichenden Verbot für den Einbau neuer Ölheizungen ab dem Jahr 2026 zu einem wahren Boom beim Austausch von Ölheizungen in den nächsten Jahren führen wird.

Diese ursprüngliche Idee der CDU-Bundesvorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer hat offensichtlich auch Gefallen bei der SPD-Landtagsfraktion gefunden, wie Sie es mit Ihrer Drucksache 19/1623 zum Ausdruck gebracht haben. Nach diesen weitreichenden Beschlüssen auf Bundesebene dürfte ein eigenes Landesprogramm damit jetzt obsolet sein.

Meine Damen und Herren, insgesamt 66 Einzelmaßnahmen für den Klimaschutz in Deutschland - was lange währt, wird endlich gut. Zu dem SSW-Antrag zum Thema CCS wird gleich mein Kollege Heiner Rickers noch etwas sagen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat hier im Landtag immer wieder betont:

Der Klimaschutz ist die große Aufgabe unserer Zeit. Es ist unsere Verantwortung gegenüber den Kindern und Enkeln, dass sie in einer lebenswerten Welt und in Wohlstand und Frieden leben können, wie wir das auch können. Darin muss alle Kraft gesteckt werden. Das ist keine Ideologie, sondern das ist der breite wissenschaftliche Konsens aller Expertinnen und Experten. Man muss ehrlich sagen, die Herausforderung ist auch deshalb so groß, weil wir zu lange geschlafen und gezögert haben. Diesen Vorwurf muss sich die Politik gefallen lassen, ich glaube, am Ende praktisch alle Parteien.

Es gibt aber auch diejenigen, die aus politischen Gründen so tun, als könne man den Klimawandel ignorieren. Auch diese intellektuell traurige Position haben wir heute Morgen wahrnehmen müssen. Ansonsten war die Rede von Herrn Nobis intellektuell - ich möchte einmal sagen - dermaßen untertourig, dass es Verschwendung von Lebenszeit wäre, sich damit zu beschäftigen. Das will ich deswegen auch nicht tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt aber auch andere Stimmen, die man ernst nehmen muss. Das sind diejenigen Menschen, die sich aus guten Gründen Gedanken darüber machen, wie sich der Klimaschutz auf ihr Leben auswirkt, zum Beispiel, weil sie auf dem Land leben und keine Alternative zum Auto haben oder weil sie ihr Leben lang ein kleines Haus abbezahlt haben, aber jetzt von ihrer Rente weder die energetische Sanierung noch die CO₂-optimierte Heizungsanlage bezahlen können. Wir sind gut beraten, die Bedenken dieser Menschen ernst zu nehmen und Klimaschutz nicht gegen sie, sondern mit ihnen zu gestalten. Das ist das, was wir gern tun möchten.

Wer sich die Beschlüsse der Großen Koalition in Berlin ansieht, der sollte darüber weder jubeln, noch sollte man diese verteufeln. Immerhin hat man sich auf ein Klimapaket verständigt, aus dem zwei Kernbotschaften deutlich werden. Erstens. CO₂ bekommt einen Preis. Zweitens. Die Einhaltung der Klimaziele wird festgeschrieben und kontrolliert. Jedes Ressort ist in der Pflicht, die Ziele im eigenen Bereich einzuhalten. Die Verantwortung kann nicht weiter weggeschoben werden. Das ist das, was Svenja Schulze wollte. Das ist erstmals so geregelt, und das ist gut so, weil es nämlich nicht dazu führt, dass wir das wieder verschlafen, sondern dass wir eingreifen können und dies auch tun sollten.

(Beifall SPD)

Für beides haben wir Sozialdemokraten in der Vergangenheit gestritten. Nun ist es kein Geheimnis,

(Dr. Ralf Stegner)

wer in der Großen Koalition antreibt und wer in dieser Frage bremst. Trotzdem muss ich Ihnen ehrlich sagen, dass das, was jetzt vorgelegt worden ist, mehr ist als das, was aus einem Jamaika-Bündnis herauskommen würde. Das will ich Ihnen mit Blick auf zwei Dinge sagen: Erstens. Schauen Sie sich einmal an, was Sie hier in Schleswig-Holstein für die Windenergie leisten. Da nützen auch hohe Reden in Husum nichts. Das ist tote Hose. Das ist Punkt eins.

Zweitens. Wenn Sie sich die Vereinbarungen zu den Sondierungsergebnissen der dann gescheiterten Jamaika-Gespräche in Berlin ansehen, dann umfassen diese weniger als das, auf das wir uns hier auch in Bezug auf die Grundrichtung verständigt haben.

Ja, natürlich hätte SPD pur anders ausgesehen. Wir hätten uns eine höhere Bepreisung von CO₂ vorstellen können. Ich will aber auch Äußerungen von denjenigen entgegenreten, denen der Preis von CO₂ nicht hoch genug sein kann. Das Ziel darf doch nicht sein, dass denjenigen, die schon jetzt den Euro zweimal umdrehen müssen, am Ende nur noch der totale Verzicht bleibt. Das ist eine Gesellschaft von oben und unten, die wir nicht wollen.

(Beifall SPD und Kay Richert [FDP])

Das ist nicht akzeptabel, jedenfalls für die Sozialdemokratie ist es das nicht. Darum darf man den CO₂-Preis nicht isoliert betrachten, sondern als Teil eines Pakets. Ich bin sehr verwundert darüber, mit welcher Verächtlichkeit in den letzten Tagen das eine oder andere betrachtet wird. 10 Milliarden € in den kommenden Jahren als zusätzliches Eigenkapital für die Bahn sind kein Klein-Klein, sondern das ist ein großer Schluck aus der Pulle. Nebenbei bemerkt: Das ist auch eine Absage an diejenigen, die die Bahn privatisieren wollen. Auch das ist ein Aspekt, der darin enthalten ist.

(Beifall SPD)

Das Gleiche gilt für die Absenkung der Mehrwertsteuer für Bahntickets, während gleichzeitig Dumpingpreise bei Fluttickets angegangen werden. Wenn Sie mich fragen, dann sollte es auf Dauer überhaupt keine Mehrwertsteuer auf Bahntickets geben.

(Beifall SPD und vereinzelt FDP)

Klimafreundliche Mobilität wird günstiger, klimaschädliche wird teurer. Das ist die richtige Richtung. Über die Schrittgeschwindigkeit kann man streiten, aber die Richtung ist eindeutig richtig.

Dazu passt übrigens auch, dass der ÖPNV attraktiver und günstiger werden soll, denn es muss aufhören, dass das eigene Auto fast immer die billigere Alternative ist. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen, das ist Daseinsvorsorge, um die wir uns gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein kümmern müssen.

In der gestrigen Haushaltsdebatte habe ich schon etwas zum Thema Windabstandsflächen gesagt. Herr Ministerpräsident, da reibt man sich schon ein bisschen die Augen. CDU und CSU haben in Berlin bis zuletzt dafür gekämpft, bei den Abstandsregelungen deutschlandweit bayerische Verhältnisse einzuführen. Es war nicht etwa die bärenstarke CDU-Landesgruppe aus Schleswig-Holstein, die das verhindert hat, sondern es war die SPD. Das wäre nämlich der Stillstand des Ausbaus der Windenergie in ganz Deutschland gewesen. Das wollten die in Bayern haben.

(Beifall SPD)

Der Söder glaubt immer noch, dass der Strom aus der Steckdose kommt und dass man nichts dafür tun muss. Das ist aber falsch. Das könnte man übrigens auch lernen, wenn man den Fachgutachtern an der einen oder anderen Stelle zuhören würde.

Hier haben wir durchgesetzt, dass Länder und Kommunen geringere Abstände zulassen können und dass die Kommunen sogar finanziell belohnt werden. Das ist der richtige Weg, und es ist schon ein bisschen aberwitzig, wenn der Bundesvorsitzende der Grünen nun Krokodilstränen wegen der Abstände vergießt, diese aber selbst im Schleswig-Holsteinischen Koalitionsvertrag ausgehandelt hat, und zwar ohne Ausstiegsklausel und ohne Belohnung für die Kommunen. Ich finde, es ist - ehrlich gesagt - schon ziemlich dreist, wenn man so etwas macht. Man kann ihm nicht ersparen zu sagen, dass er das getan hat.

(Beifall SPD)

Ich bin ehrlich gesagt froh - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Wenn Sie meine Uhr anhalten, dann besonders gern.

Präsident Klaus Schlie:

Die Uhr, bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Diese Uhr hier!

Präsident Klaus Schlie:

Ja, wir wissen, welche. Wir müssen nur den Knopf finden.

(Heiterkeit)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident, nur diese. Alle anderen Wünsche wären vermessen, kann ich Ihnen sagen. Da läuft meine Uhr noch lange nicht ab.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, keine Sorge. Wir mischen uns in diese Uhrenabläufe nicht ein.

Tobias Koch [CDU]: Herr Dr. Stegner, Sie sprachen das Stichwort Doppelmoral an. Habe ich Sie richtig verstanden, dass es die SPD war, die auf Bundesebene für den Abstand von 1.000 m gekämpft und sich erfolgreich dafür eingesetzt hat, dass Sie hier im Land den Abstand von 1.000 m aber ablehnen?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nein, das haben Sie wie immer falsch verstanden,

(Tobias Koch [CDU]: Das war klar!)

aber ich erkläre es Ihnen gern noch einmal. Das ist eine wunderbare Gelegenheit, um das zu tun. Das, was wir verhindert haben, ist ein Stopp für die Windenergie, den die CDU wollte. Das, was wir hinnehmen mussten, weil die CDU viel weitergehende Pläne hatte, war die Abstandsregelung.

(Zurufe CDU)

Jetzt kommt das große Aber, Herr Kollege Koch: Anders als im Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein haben wir gesagt, wir geben den Kommunen finanzielle Anreize dafür, dass sie diese Abstände unterschreiten können, damit die Windenergie ausgebaut wird. Das ist nämlich eine große Wertschöpfungschance, und gut für den Klimaschutz ist das auch. Das haben wir - anders als Sie - hinbekommen. Herr Kollege Koch, darauf stützt sich übrigens mein Argument, dass das, was mit der SPD ausgehandelt ist, besser ist als das, was Jamaika allein zu-

stande bringt. Das ist in der Tat die Aussage, die ich dazu gemacht habe.

(Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Natürlich ist das relevant. Frau Kollegin Fritzen, ich versuche, das dem Kollegen Koch zu erklären, Ihnen aber gern mit:

Ministerpräsident Günther hat damals als Führer der Opposition im Wahlkampf Versprechungen gemacht, die er nicht einhalten konnte. Weil Sie ihm einen kleinen Rest Glaubwürdigkeit lassen wollten, haben Sie die besprochenen Abstände von Windkraftanlagen beschlossen, allerdings ohne den Kommunen die Möglichkeit zu geben, davon abzuweichen. Jetzt kriegen Sie das hinten und vorne nicht zusammen. Deswegen haben wir jetzt tote Hose bei der Windenergie in Schleswig-Holstein. Das ist die Faktenlage.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatte Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Koch? Ihre Redezeit bleibt gestoppt.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Darüber bin ich sehr glücklich, Herr Präsident. - Ich lasse die Bemerkung sehr gern zu.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank für Ihre Antwort. - Ich habe verstanden, dass ein Abstand von 1.000 m für die SPD bundesweit in Ordnung ist, sofern man nach unten abweichen kann, wie von Ihnen gerade ausgeführt. Sie haben sicherlich mitbekommen, dass die Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein zulässt, nach unten abzuweichen. Wir haben sofort erklärt: Wir werden von der Länderöffnungsklausel Gebrauch machen, weil in den bisherigen Regionalplänen Wind ein Abstand von weniger als 1.000 m vorgesehen ist. Bei vorhandenen Windkraftflächen bleibt es bei geringeren Abständen. Das ist deckungsgleich mit dem, was jetzt in Berlin beschlossen wurde. Also kann ich feststellen, dass dies auf ganzer Linie einvernehmlich ist. Ist das richtig?

- Nein, Herr Kollege.

(Tobias Koch [CDU]: Schade!)

(Dr. Ralf Stegner)

Wenn Sie aus dem Fenster schauen, sehen Sie, dass Nebel ganz von alleine herrscht. Sie müssen also keinen werfen.

Die SPD hat sich dafür eingesetzt, dass es bei der Windenergie keinen Stillstand gibt. Die SPD hat das versucht; mit Ihnen ist das schwierig. Leider hatten wir keine absolute Mehrheit. Deswegen müssen wir uns mit Ihnen einigen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Das kommt auch eines schönen Tages wieder, Herr Kollege Vogt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

- Ich bin heute Morgen sehr fröhlich. - Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben den Stillstand der Windenergie verhindert. Wir können die gebrochenen Wahlversprechen von Ministerpräsident Günther nicht reparieren. Das versucht Jamaika kläglich. Am Ende kommt nichts dabei heraus. Das stelle ich hier fest.

(Beifall SPD und SSW)

Ich bin sehr froh, dass sich die Kritik an dem Klimapakete allgemein nicht auf dem Niveau der Kritik von Robert Habeck bewegt. Diese Tage finden erstaunliche Anstrengungen statt, die eigene Ahnungslosigkeit bei dem Thema Pendlerpauschale live im Fernsehen darzustellen. Ich will ehrlich sagen: Jeder Politiker macht mal Fehler oder weiß manchmal etwas nicht. Aber wenn jemand so nah mit den Flügeln an der Sonne ist, herrscht bei einer solchen Darstellung auch ein wenig Schadenfreude, und zwar weniger bei der SPD als bei anderen, die damit nichts am Hut haben.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich aber gern etwas zu dem Thema Pendlerpauschale sagen, weil diese für das Flächenland Schleswig-Holstein eine große Bedeutung hat. Natürlich wäre die Welt schön, wenn niemand weite Wege zur Arbeit auf sich nehmen müsste. Es wäre auch schön, wenn diejenigen, die ein paar Meter mehr zur Arbeit vor sich haben, diese zumindest klimafreundlich zurücklegen würden. Aber die Realität in Schleswig-Holstein sieht anders aus. Ich möchte mir nicht vorstellen, was los wäre, wenn all diejenigen, die morgens nach Kiel und Lübeck pendeln, in den nächsten Monaten eine Suche nach Wohnungen in diesen Städten auf sich nehmen müssten. Effektiver könnte man die Mietpreise gar nicht in die Höhe treiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Deswegen gehört doch zur Wahrheit auch, zu sehen, dass diejenigen, die jeden Tag ins Auto, in den Zug oder in den Bus steigen, das nicht machen, weil das Wohnen im Grünen so attraktiv ist, sondern zum Beispiel, weil ihr Partner oder ihre Partnerin woanders einen Job hat. Flexibilität ist gefordert. Die Kinder sollen nicht jedes zweite Jahr die Schule wechseln. Das sind doch die Fakten.

Frau Finanzministerin, Sie sagen, das Land müsse darüber nachdenken, bei der Pendlerpauschale nicht mitzumachen; damit spielen Sie Stadt und Land gegeneinander aus. Das will ich hier so ganz gewiss nicht mitmachen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Kollege Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Noch lieber.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Dr. Stegner, teilen Sie meine Meinung, dass diejenigen, die keine oder wenig Steuern zahlen - zum Beispiel die Auszubildenden in der Altenpflege, die mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen, weil es keinen öffentlichen Nahverkehr gibt -, nicht von der Pendlerpauschale profitieren? Hätte es deswegen nicht auch Möglichkeiten gegeben, eine soziale Abfederung bei der Einführung eines CO₂-Preises vorzunehmen?

- Ich hatte gehofft, Sie hätten auch dem ersten Teil meiner Rede zugehört. Ich hatte mich zum Thema ÖPNV geäußert. Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur ein Semesterticket für Studierende, sondern auch ein Azubi-Ticket.

(Beifall SPD und SSW)

Wir wollen den ÖPNV, gerade für diese Gruppen, dauerhaft kostenlos machen. Möglicherweise gibt es auch andere Ideen, wie man eine soziale Abfederung schafft. Trotzdem bleibt es Faktum, dass - ich glaube, das hat Kollege Habeck übersehen, möchte ich freundlich sagen - es hier gar keine Privilegierung des Autos gibt. Für die Bahn gilt das genauso. Des Weiteren müsste es unser Ziel beim Klimaschutz sein, dass nicht große Teile der Bevölkerung, die keinen dicken Geldbeutel haben, am Ende nicht dabei sind. Dann gewinnen am Ende nämlich die

(Dr. Ralf Stegner)

Rechtspopulisten, die versuchen, mit dem Leugnen des Klimawandels Stimmen zu holen; das kommt am Ende dabei heraus. Das dürfen wir nicht tun. Deshalb darf man keine soziale Spaltung betreiben. Deshalb muss man unter den gegenwärtigen Bedingungen versuchen, einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Das hat die SPD versucht. Ich glaube, das ist einigermaßen gut gelungen.

Wir brauchen den Ausbau des ÖPNV im Land Schleswig-Holstein. Wir müssen ihn günstiger machen, damit er eine echte Alternative zum Auto wird.

Beim Klimaschutz gibt es nicht die eine Stellschraube, an der man drehen kann, und alles andere wird gut. Wer das behauptet, streut den Menschen Sand in die Augen. Wir haben noch einen weiten Weg bis zur Klimaneutralität vor uns. Es sind viele Hausaufgaben zu machen, bis das umgesetzt ist. Es bedarf übrigens auch einer starken Parteiführung, damit die Kabinette das auch tun.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Zusätzlich müssten an der ein oder anderen Stelle Nachbesserungen möglich sein. Weil wir auch im Bundesrat darüber reden, möchte ich Ihnen sagen: Natürlich sind die Grünen daran beteiligt. Sie sind in Schleswig-Holstein beteiligt. Ich bin gespannt, welche Kompromisse vorgeschlagen werden. Wir könnten uns durchaus einen etwas höheren CO₂-Preis vorstellen - das könnte in dem Vermittlungsverfahren herauskommen -, sofern dieser sozial abgefedert bleibt; diese Bedingung knüpft die SPD daran. Dann kommen wir hoffentlich zu einer Einigung. Trotz einer schwarz-roten Bundesregierung - ich muss das leider sagen, Herr Kollege Vogt - wird es bundesweit weitestgehend grün. In Schleswig-Holsteiner reden sie auch ein gewichtiges Wörtchen mit, sodass eine gute Verhandlungslösung herauskommen kann.

Es gibt noch weitere Veränderungen; das will ich mit Blick auf den Dringlichkeitsantrag des SSW sagen: Wir hielten und wir halten CCS für eine gefährliche Technologie mit nicht absehbaren Folgen. Deswegen sind wir strikt dagegen, dass diese eingeführt wird, egal auf welchem Weg. Das will ich deutlich sagen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen reden wir damit nicht über Zukunftstechnologie. Wir sollten bei dem bleiben, was der Landtag 2014 gemeinschaftlich festgehalten hat; das mag dem einen oder anderen, der noch nicht lange

in der Landespolitik ist, Herr Umweltminister, einen Erkenntnisgewinn beschere; wenn das dabei herauskommt, ist das gut.

Jedenfalls sollten wir diese Technologie nicht einführen. Deswegen wollen wir dem Antrag der Jamaika-Koalition zustimmen. Wenn sich der SSW entschließen könnte, den letzten Satz im vorliegenden Dringlichkeitsantrag zu ändern, könnten wir dem auch zustimmen; natürlich ist klar, dass über all diese Dinge im Gesetzgebungsverfahren entschieden wird. Die SPD in Schleswig-Holstein würde niemals zustimmen, wenn darin steht, wir wollten CCS einführen. Vielleicht können Sie darüber noch einmal reden. Der SSW-Antrag ist ansonsten vernünftig. Wie gesagt, nur der letzte Satz ist ein wenig missverständlich.

Wir jedenfalls wollen, dass die Emissionen sinken, dass wir klimaneutral werden. Das ist die einzige nachhaltige Lösung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz zum Schluss will ich sagen: Bei all dem parteipolitischen Streit, den man haben kann - außer mit denen, über die ich nicht weiter reden werde -, ist der Klimaschutz eine Aufgabe - mit allem, was wir dazu machen müssen, um das sozialverträglich und mehrheitsfähig hinzukriegen -, an der uns unsere Kinder und Enkel messen werden. Wir haben die Chance zu zeigen, dass wir aus unseren Erkenntnissen Folgen ableiten. Wenn uns das gelingt, wäre es übrigens auch ein großer Beitrag zur Stärkung der repräsentativen Demokratie. Daher sollten wir es mit einem Höchstmaß an Gemeinsamkeit in diesem Hause versuchen. Das sollten Sie an meinen Worten auch erkannt haben. - Zu den Anträgen habe ich bereits etwas gesagt. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stecken in einer Klimakrise. Sie ist menschengemacht. Sie wird uns richtig etwas kosten. Den meisten Menschen sind diese Fakten klar. Viele warnen seit Jahren, dass wir endlich das Ruder herumreißen müssen. Wir taten es auch. Wir, die Grünen, haben 1990 den Einzug in den Bundesrat verpasst. Damals hatten wir den Slogan: „Alle reden von Deutsch-

(Eka von Kalben)

land. Wir reden vom Wetter:“. Heute reden alle vom Klima, aber in Deutschland passiert nichts.

Schauen wir auf den vergangenen Freitag, den 20. September. An diesem Tag wollte uns die Gro-Ko mit Klimaplänen überraschen. Ja, sie hat uns überrascht, aber nicht zum Guten. Weltweit waren zumeist junge Menschen auf den Straßen, um eine lebenswerte Zukunft für ihre Generation einzufordern. Das ist eine berechtigte Forderung. Gleichzeitig saß das Bundeskabinett zusammen und beriet, wie sie das Problem der Klimakrise angehen müsse - in der dritten Legislaturperiode. In den 90er-Jahren hatte bereits eine Enquetekommission im Bundestag zum Klimaschutz getagt. Die Wissenschaft ermahnt uns seit Jahrzehnten.

Dann traten am vergangenen Freitag offensichtlich sehr erschöpfte Menschen auf. Sie haben auf mich den Eindruck gemacht, dass sie offensichtlich die ganze Nacht nach Lösungen gesucht haben. Ja, das vorgestellte Klimapaket enthält richtige Ansätze. Es wird ein Einstieg in die CO₂-Bepreisung kommen. Die Bahn soll günstiger und das Fliegen soll teurer werden. Es gibt eine geringere Deckelung beim Ausbau der Solarenergie und der Offshore-Windenergie. Das sind gute Ansätze.

Vor zehn Jahren hätte ich vielleicht gesagt: Gut, wir dürfen die Bevölkerung nicht überfordern, wir fangen in kleinen Schritten an. - Aber jetzt sind wir im Jahr 2019, und es sind viele Jahre ohne grundlegende Veränderungen verstrichen. Die Wissenschaft, wir haben es gestern gehört, warnt uns davor, dass wir eigentlich schon einen Schritt weiter sein müssten, dass wir einen Schritt schneller sein müssten. Je kleinteiliger und je kleingeistiger wir anfangen und je kleiner die Schritte heute sind, umso größer sind sie für künftige Generationen. Alles, was wir heute an CO₂ nicht einsparen, kann und muss die Jugend von morgen einsparen. Wir wissen, Herr Stegner hat darauf hingewiesen, dass Einsparungen dann immer zu sozialen Verwerfungen führen können und zu Benachteiligungen von denjenigen, die sich Energie oder Emissionen nicht leisten können.

Zu einem Zeitpunkt, zu dem viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Klimaziele schon nicht mehr ambitioniert genug finden, ist mir dieses Paket der Großen Koalition zu klein. Es ist allemal ein Päckchen und lediglich ein Einstieg.

Meine Damen und Herren, wir wollen vieles auf E-Mobilität und erneuerbare Energien umstellen, jedoch wird der Windausbau durch das neue Klimapaket quasi gestoppt, indem deutschlandweit Abstände von 1.000 m festgelegt werden und Bayern

sich einfach aus der Produktion der erneuerbaren Energien verabschiedet. Wir können demnächst sogar überlegen, ob wir die Stromtrassen nur bis zur Grenze von Bayern bauen, denn die verabschieden sich vom Ausbau der erneuerbaren Energien. Das kann nicht wahr sein. Das ist unfassbar, unsolidarisch und egoistisch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf diese Art und Weise werden wir niemals die Klimaziele, auch weltweit nicht, erreichen, denn wir verlangen ja nicht nur von uns, solidarisch miteinander zu sein, sondern wir wollen ja, dass auch Europa und die ganze Welt mitmachen, um gemeinsam die Klimaziele doch noch zu erreichen.

Meine Damen und Herren, was vorliegt, reicht uns nicht aus. Umso mehr müssen wir uns als Land anstrengen, unseren Beitrag zu leisten. Darüber haben wir in der gestrigen Haushaltsdebatte bereits gesprochen. Wir können uns als Bundesland nicht zurückziehen, wir können uns als Nation nicht zurückziehen. Wir müssen den Kommunen dabei helfen, vor Ort ihren Beitrag zu leisten. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, ihren Teil zum Klimaschutz beizutragen.

Ich habe mich gefragt, warum die Große Koalition aus unserer Sicht so unambitioniert wirkt. Natürlich ist es so - das ist auch von meinen Vorrednern bereits gesagt worden -, dass es Menschen gibt, die Angst haben. Es gibt sogar Menschen, die den Klimawandel leugnen, obwohl die große Mehrheit der Wissenschaft - 99,5 % wird geschätzt, es ist mir egal, es können auch 95 % sein - ganz klar sagt, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt, dessen Folgen katastrophal sind, es aber auch Dinge gibt, die wir tun können.

Gleichzeitig ist es aber so, dass diese winzige Minderheit von Verschwörungstheoretikern - so möchte ich sie einmal bezeichnen - insbesondere von politischen Populisten und den sozialen Netzwerken befeuert werden, dass sehr viele Menschen - man schätzt circa über 30 % - diesem kleinen Teil der Skeptiker folgt. Das ist aus meiner Sicht das Gefährliche, und das ist das, wo wir in diesem Land nicht so richtig vorankommen. Es gibt ganz klare Äußerungen. Wir verlieren gerade ein wenig den Konsens. Wir sollten der Wissenschaft folgen und uns auf die wissenschaftlichen Fakten konzentrieren. Stattdessen folgen wir Protesten. Ja, ich finde es super, dass uns Fridays for Future auffordert, etwas zu tun und auf die Wissenschaft zu hören. Das ist wirklich sehr hilfreich. Wir haben letztendlich

(Eka von Kalben)

auf Proteste reagiert und nicht auf die Stimme der Wissenschaft.

(Christopher Vogt [FDP]: In anderen Bereichen auch!)

- In anderen Bereichen haben wir zum Glück nicht auf Proteste gehört, wir haben hier politisch in Schleswig-Holstein nicht auf die Proteste von PEGIDA gehört, sondern haben uns an unseren Wertevorstellungen ausgerichtet. Meiner Meinung nach sollten wir stärker der Wissenschaft folgen und nicht nur dem, was auf der Straße oder im Netz passiert. Dazu gehört auch, dass unsere Politik, die wir uns vorgenommen haben, nämlich das Klima zu schützen, weder ideologisch ist noch Panikmachendes enthält. Wir wollen nicht irgendjemandem hinterherlaufen, sondern es ist eine ganz faktenbasierte und sehr unemotionale Politik, wenn wir unsere Zukunft retten wollen.

Ich möchte mit meinen Kindern auch künftig durch das Wattenmeer zu den Halligen laufen. Das geht nur, wenn wir etwas tun, meine Damen und Herren.

Klimamaßnahmen können nur wirken, wenn sie uns zu Veränderungen bewegen. Veränderungen sind nicht immer schön. Sind denn autofreie Innenstädte, in denen man seinen Kaffee trinken kann, in denen man mit dem Fahrrad fahren kann, wirklich so verheerend und so eine schlimme Veränderung? Ist es wirklich so schlimm, mit 120 km/h entspannt und sicher auf der Autobahn zu fahren? Ist das wirklich der Untergang unserer Gesellschaft und unserer Kultur? - Ich finde nicht.

(Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein Punkt, lieber Herr Nobis. - Ich habe vielleicht gerade in die falsche Richtung geguckt, Entschuldigung, ihr habt nicht dagegengesprochen. Ich möchte nur einen Satz zu Ihrer Hetzrede sagen, Herr Nobis. Sie haben über die sozialen Folgen des Klimaschutzes gesprochen. Ich finde jedoch, wenn wir nichts tun, und da sind sich die Expertinnen und Experten einig - ich weiß, Sie hören nicht gerne auf die Expertinnen und Experten -, dann wird doch nicht der reiche Teil unserer Gesellschaft darunter am meisten leiden, sondern es wird der arme Teil sein, und insbesondere der arme Teil weltweit. Daher ist Klimaschutz immer die sozialere Maßnahme als nichts zu tun und wegzugucken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SSW und vereinzelt FDP - Zuruf SPD)

- Zum Glück nicht. Deswegen können wir auch andere Dinge beschließen.

Dem Punkt Soziales möchte ich noch etwas anfügen. Auf meine Zwischenfrage hatten Sie geantwortet, ich solle Ihnen zuhören. Sie haben bei meiner Frage nicht richtig zugehört. Ich habe nicht auf die Altenpflegerin, die auf den Busanschluss wartet, angespielt, die natürlich mit dem kostenfreien öffentlichen Nahverkehr ihre Arbeitsstelle erreichen soll, ich meine diejenige, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zu ihrer Ausbildungsstätte kommt. Davon gibt es wirklich viele. Am Bahnhof in Heide habe ich eine junge Frau getroffen, die von Nordfriesland nach Meldorf in Dithmarschen zu ihrer Ausbildungsstätte fahren sollte - das dauert übrigens eineinhalb Stunden mit öffentlichen Verkehrsmitteln -, und die sagte, sie habe das nur gemacht, weil an dem Tag ihr Auto kaputt war und es ansonsten praktisch zeitlich nicht machbar ist.

Von den Erleichterungen durch die Pendlerpauschale profitieren natürlich diejenigen, die mehr Steuern bezahlen, mehr als diejenigen, die weniger oder gar keine Steuern bezahlen. Trotzdem ist es wichtig, dass wir etwas tun - das möchte ich gar nicht infrage stellen -, dass wir eine soziale Abfederung vornehmen. Eventuell sind aber andere Elemente, wie wir sie vorgeschlagen haben, das Geld direkt den Bürgerinnen und Bürgern zurückzugeben, eine bessere Variante.

(Beate Raudies [SPD]: Dann kann das gleich zur Tankstelle gehen!)

- Nein, das muss nicht zur Tankstelle, sondern das kann genauso in den öffentlichen Nahverkehr gehen. Das ist ein großer Unterschied in der Anreizwirkung.

Meine Damen und Herren, wir können und wollen auch nicht schon nach neuen Mülleimern suchen, bevor wir nicht wirklich angefangen haben, unser Haus sauber zu halten. Genau das ist es, wofür CCS steht. CCS heißt, Kohlendioxid mit hohem Aufwand vom Schornstein des Kohlekraftwerkes aufzufangen und mit Energie dorthin zu transportieren, wo es gelagert werden soll und dann in einem Kraftakt mit hohem Druck in den Boden oder auf den Meeresboden zu versenken. RWE hat das in einem Pilotprojekt mit einem Kraftwerk in Hürth bei Köln, 500 km vom Zielort an der Westküste entfernt, geplant. Kohlekraftwerke nutzen eh nur die Hälfte der Energie der Kohle, und dann soll für die Beseitigung der Abgase noch einmal ein Viertel der Energie draufgehen. Das ist Verschwendung.

Wenn das Kohlendioxid im Boden ist, wer garantiert dafür, dass es da unten bleibt? - Eine Leckage, und es kommt an die Oberfläche, wo es am Boden

(Eka von Kalben)

verströmt und lautlos tötet. Selbst ohne Unfall kann Kohlendioxid im Untergrund Schadstoffe im Boden lösen, die dann in das Grundwasser gelangen können. Deshalb ist es richtig und gut, dass wir hier in diesem Haus klare Zeichen zum Thema CCS gesetzt haben.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nachfolgende Generationen müssen nämlich dann neben dem Atommüll auch noch das gespeicherte Kohlendioxid bis zum Sankt Nimmerleinstag sicher verwahren. Sie werden ihre Ahnen verfluchen.

Wir haben das hier einstimmig im Hause beschlossen, und es gibt keinen Grund dafür, dies zu ändern. Wir müssen das Übel bei der Wurzel anpacken: Kohleausstieg, Energie sparen und erneuerbare Energien.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Wir in Schleswig-Holstein müssen für unser Land zwischen den Meeren kämpfen, für unsere heutige und für die zukünftigen Generationen. Konkret bedeutet das, dass wir uns an der Diskussion über Klimamaßnahmen im Bundesrat einbringen müssen. Ich setze auf unsere Jamaika-Regierung, dass sie für Verbesserungen kämpft, für eine effektive CO₂-Bepreisung, die tatsächlich eine Veränderung bewirkt und insbesondere für den Ausbau der Windenergie, auch hier im Norden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land ambitionierter ist als der Bund, mehr Ausbau, mehr Moorschutz, mehr energetische Sanierung, Förderung des Radverkehrs und des ÖPNV, Bildung für nachhaltige Entwicklung et cetera. Wir werden weiter die Bewegung da unterstützen, wo es geht, damit auch der Bundesregierung klar wird, dass jetzt Schluss sein muss mit Pillepalle. Meine Damen und Herren, CCS ist Pillepalle par excellence. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Nobis, Sie haben die Aktuelle Stunde beantragt, deswegen möchte ich mich in den ersten Sekunden meiner Rede Ihnen zuwenden. Ich sage Ihnen

eines: Es reicht nicht, das Thema Klimaschutz nur unter dem Kostenaspekt zu diskutieren. Sie haben sich hier hingestellt und zwölf Minuten CO₂ produziert,

(Christopher Vogt [FDP]: Freigesetzt!)

aber nicht eine einzige Idee geäußert, was Sie denn gegen den Klimawandel tun wollen. Sie reden nur völlig faktenfrei und verantwortungslos daher. Das reicht definitiv nicht.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber natürlich reicht es auch nicht, Klimaschutz nur unter dem Motto des Verzichtes zu diskutieren. Das Ziel ist definitiv Klimaschutz, der ideale Weg dahin ist aber unserer Meinung nach mehr Innovation, mehr neue Techniken. Deswegen setzen wir eben auf Technik und Erfindergeist statt auf Angst und Askese.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn Deutschland Vorreiter und Vorbild in Sachen Klimaschutz sein will, müssen wir Lösungen exportieren und nicht Verbote. Natürlich ist der Schutz des Klimas eine, wenn nicht sogar die größte Herausforderung unserer Zeit, aber eben auch eine Chance, wenn wir konsequent arbeiten: Mit einem wirklich festen CO₂-Deckel und mit innovativen Ideen und Technologien made in Schleswig-Holstein lässt sich der Klimawandel wirklich eindämmen. Wenn wir gute Ideen gerade hier aus dem Norden exportieren können, hat das auch einen sehr guten Aspekt für unser Land zwischen den Meeren.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bringt mich zum Klimaschutzprogramm der GroKo. Ich bin der Meinung, dass die GroKo die Chance auf einen großen Wurf verpasst hat. Das Ganze erinnert ein bisschen an hektische Flickschusterei. Jedes Wort musste noch irgendwie mit hineinkommen. Selbst das Tierwohl-Label steht darin, das ist schon wirklich interessant. Alle Aspekte sind dort genannt.

Ich will aber auch gleich sagen: Es ist nicht alles schlecht.

(Ole-Christopher Plambeck [CDU]: Sehr gut! Genau!)

Ich komme nachher noch einmal darauf zurück. Es sind auch gute Punkte dabei, gar keine Frage. Ich fange einmal mit der CO₂-Bepreisung an. Das war wirklich ein Tauziehen zwischen Union auf der ei-

(Oliver Kumbartzky)

nen Seite, die gern einen Emissionshandel wollte, und der SPD auf der anderen Seite, die eine Steuer wollte. Das Tau ist dann irgendwann durchgeschnitten worden, und beide sind auf dem Hintern gelandet. Wir haben jetzt in gewisser Weise eine Mogelpackung, weil es zwar Emissionshandel genannt wird, wir aber in den ersten Jahren eine Abgabe haben - eine Steuer vielmehr -, die irgendwann ansteigt.

Ab 2026 soll Emissionshandel kommen, der aber wohlgemerkt einen Mindestpreis und einen Maximalpreis vorsieht. Wie da wirklich Handel entstehen soll, ist mir ein Rätsel. Das wird seinen Zweck leider nicht erfüllen.

(Beifall FDP)

Vielmehr brauchten wir einen wirklich wirkungsvollen, reinen Emissionshandel mit einem festen CO₂-Deckel. So lässt sich dann auch CO₂ einsparen.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Natürlich müssen wir zu einem echten Emissionshandel kommen, indem wir die Sektoren Wärme und Verkehr hineinnehmen. Der Europäische Emissionshandel hat schon bewiesen, dass er funktioniert: Etwa 45 % der europäischen CO₂-Emissionen sind vom CO₂-Emissionshandel erfasst. Der Emissionshandel ist seit 2005 auch das Klimaschutzinstrument der EU. Was spricht dagegen, den Emissionshandel auf die Sektoren Wärme und Verkehr auszuweiten? - Ich kann es Ihnen sagen: nichts!

(Beifall FDP - Zuruf Dennis Bornhöft [FDP])

Im Programm der GroKo fehlt eben auch ein klarer Weg zur Begrenzung von CO₂-Emissionen, und ebenso fehlt - das ist angesichts der weltweiten Reichweite des Klimawandels bedeutend - eine europäische und eine internationale Strategie. Es wird gar nicht in diese Richtung argumentiert. Natürlich brauchen wir zum Klimaschutz eine globale Lösung. Da ist der weltweite Emissionshandel die beste Idee.

Stattdessen kommen weitere Belastungen auf die Bürgerinnen und Bürger zu, aber auch Entlastungen sind wichtig. Nun wird angekündigt, dass die EEG-Umlage minimalst sinken soll. Es wäre besser gewesen, hätte man die Stromsteuer angepackt und auf ein europäisches Mindestmaß abgesenkt. Wir haben hier die höchste Stromsteuer. Es wäre auch einfach umzusetzen, weil es eine reine Bundessteuer ist, und man hätte sogar die finanziellen Spiel-

räume durch die Zertifikatsversteigerung gehabt. Schade, dass diese Chance nicht ergriffen wird.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein weiterer Punkt ist die schon von meinen Vordnern erwähnte Erhöhung der Pendlerpauschale. Da gebe ich Ihnen recht, Herr Dr. Stegner. Ich habe Ihnen übrigens in Ihrer Rede an mehreren Punkten recht gegeben. Ich war selbst ein wenig überrascht, aber es war eine gute sozialdemokratische Rede mit guten Inhalten, die wir mitgehen können. Gerade beim Thema Pendlerpauschale ist es nun einmal so, dass sich die Menschen nicht aussuchen können, dass die Arbeit immer genau da ist, wo sie ihren Wohnort haben oder, wenn es Paare sind, dass alle am gleichen Ort arbeiten. Um die Ungleichheit zwischen Städten und ländlichen Raum nicht noch größer werden zu lassen, ist eine Erhöhung der verkehrsmittelunabhängigen Pendlerpauschale durchaus sinnvoll.

(Beifall FDP, Heiner Rickers [CDU] und Lars Harms [SSW])

Wir brauchen aber auch eine Planungsbeschleunigung beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Das gilt für alle Verkehrsträger. Wir brauchen auch bessere Straßen, um Staus zu vermeiden. Wer im Stau steht, verschwendet Lebenszeit, vergeudet Energie und erzeugt CO₂. Deswegen brauchen wir gut ausgebaute Straßen, aber natürlich auch ein besseres Angebot bei Bahn und ÖPNV. Da müssen wir gute Alternativen schaffen. Es bringt nichts, nur den Autofahrern mehr Kosten aufzubürden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Mobilität gerade im ländlichen Raum verbessert wird, dass man sich besser von A nach B fortbewegen kann. Wir brauchen natürlich auch eine gewisse Wahlfreiheit und Wahlmöglichkeiten. Deswegen: attraktive Angebote in allen Bereichen.

Die Marschbahn zeigt, wie es nicht gehen sollte. Nun haben wir gehört, dass die Deutsche Bahn zusätzlich Milliarden bekommen soll. Auch das klingt im ersten Moment natürlich gut, aber allein davon fahren nicht mehr oder pünktlichere Züge. Wir müssen natürlich etwas für die Bahngleisinfrastruktur tun, und natürlich muss sich die Deutsche Bahn AG organisatorisch besser aufstellen - denn so, wie es jetzt läuft, geht es nicht. Wir brauchen ganz dringend Reformen innerhalb der Deutschen Bahn.

(Beifall FDP)

(Oliver Kumbartzky)

Wir sollten die Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen, sondern ganz technologieoffen in die Zukunft gehen. Denn was bringt es, wenn fossile Energieträger immer teurer werden, die Menschen im Stau stehen oder gar nicht mehr zur Arbeit kommen, aber keine Alternativen da sind? Ein steigender CO₂-Preis allein bringt nichts, wenn wir keine Alternativen haben. Sinkende Ticketpreise bringen auch nichts, wenn die Bahn nicht oder nur unzuverlässig fährt.

(Beifall FDP)

Man darf sich nicht nur auf eine Technologie versteifen. Wir haben ja gesehen, was passiert, wenn man einseitig auf den Dieselmotor setzt. Beim Thema Elektroautos droht dasselbe Schicksal, wenn wir da nicht aufpassen. Dabei haben wir auch da Schwierigkeiten wie die Stromerzeugung, die Brandgefahr und die Entsorgung der Batterien. Wir dürfen also nicht immer denselben Fehler machen und eine Technologie hypen, sondern wir müssen technologieoffene Rahmenbedingungen für alle Verkehrsträger organisieren.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Ich komme nun zu einem weiteren Aspekt, und das ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir haben im Bundesrat beantragt, den Solardeckel abzuschaffen und den Offshore-Deckel zu heben. Das kommt nun. So weit, so gut. Aber die Perspektiven für die Onshore-Windenergie sind nicht gerade rosig. Es ist auch schon erwähnt und eben auch wieder gezeigt worden - auch gestern in der Debatte -, dass die SPD-Landtagsfraktion immer noch ein Problem damit hat oder sich ein bisschen grämt, dass wir unser Energieziel trotz höherer Abstände erreichen. Hören Sie einmal auf, in der Schmoll-ecke zu stehen. Es geht eben auch mit einer Anpassung von Kriterien, unsere Energieziele zu erreichen. Wir werden im nächsten Jahr die Regionalpläne Wind haben, und dann können Sie auch wieder einsteigen, konstruktiv beim Thema Windenergie mitzudiskutieren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wenn jetzt Ihre Bundesregierung bundesweit diese 1.000 m einführen will - außer Bayern -, dann kann ich Ihnen sagen, was passiert: Das stürzt sämtliche Regionalpläne und Landesentwicklungspläne in der ganzen Republik ins Chaos. Wenn wir das auch machen würden, würden wir um Jahre zurückgeworfen werden. Deshalb werden wir natürlich von der Opt-out-Regelung Gebrauch machen müssen und werden das auch tun, um eben unsere Pläne, die wir

jetzt in Vorbereitung oder in Abstimmung haben, auch in Kraft setzen zu lassen.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die 1.000 m kommen nicht von ungefähr. Das war auch eine Forderung der FDP zur Landtagswahl. Wir setzen sie bei neuen Flächen um. Bei Altflächen machen wir das halt nicht, aber auch da muss man sehen: Wir haben die Flächenplanung auf der einen Seite, wir haben die Genehmigung auf der anderen Seite. Wir müssen berücksichtigen: Die Anlagen werden immer höher. Wir sprechen bei Standardanlagen jetzt von einer Höhe ab 200 m. Wir haben die Abstandsregelung fünfmal H in der Genehmigung. Da landen wir auch bei 1.000 m. Insofern ist da alles in Ordnung.

(Beifall FDP und Klaus Jensen [CDU])

Ein Lichtblick im Papier der GroKo ist die Sache mit den Energiespeichern. Diese sollen letztendlich den Letztverbraucherstatus erhalten. Das ist schon lange eine Forderung von Jamaika. Umlagen, die das bisher verhindert hatten, sollen wegfallen.

Das ist eine gute Nachricht für viele Projekte, die in den Startlöchern stehen und jetzt endlich loslegen können. Es sind weltverändernde Ideen made in Schleswig-Holstein, die jetzt umgesetzt werden können.

(Beifall FDP)

Damit meine ich die Wasserstoffinitiativen, die wir haben, und die Power-to-X-Projekte - gerade an der Westküste. Ich hoffe, dass die Bundesregierung diese Bremsen wirklich schnell löst.

Abschließend möchte ich noch ein paar Sätze zum Thema CCS sagen. Es ist darauf hingewiesen worden, dass wir im Landtag schon lange der Meinung sind und 2014 gemeinsam das Gesetz beschlossen haben, dass wir die CCS-Technologie in Schleswig-Holstein nicht wollen. Davon handelte meine zweite Landtagsrede; morgen ist die Landtagswahl 2009 zehn Jahren her, durch die viele von uns in den Landtag gekommen sind.

(Beifall Hauke Götsch [CDU] und Heiner Rickers [CDU])

Es war meine zweite Landtagsrede; auch darin ging es um das Thema CCS. Auch da schon war für uns klar: Wir wollen in Schleswig-Holstein diese Technologie nicht haben. Dass wir das beschlossen haben, ist genau zehn Jahre - und für mich persönlich fast genau 10 kg - her.

(**Oliver Kumbartzky**)

(Heiterkeit und Beifall FDP, Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Wir bleiben natürlich bei diesem Beschluss, meine Damen und Herren.

(Zurufe)

- Kommt jetzt, ich erlaube keine Zwischenrufe. Nein, Freunde. - Die Große Koalition hat einen Dialogprozess und auch Forschungsprojekte angekündigt. Das werden wir sehen und insbesondere auswerten müssen, was zu den Sicherheitsaspekten gesagt wird.

Ich komme zum Schluss. Ich will unseren Koalitionsvertrag zitieren - das habe ich eben in der Aufregung ganz vergessen. Natürlich haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir CCS ebenso wie Fracking in Schleswig-Holstein nicht wollen. Wir haben viel - eigentlich nur - Gutes im Koalitionsvertrag stehen, haben als Jamaika-Koalition zusammengefunden und arbeiten jeden Tag daran, Ökonomie und Ökologie zu vereinen.

(Beifall FDP)

Ich sage Ihnen eines: Klimaschutz gelingt nur so.

Wir sind uns vielleicht in wenigen, ganz kleinen Punkten nicht immer ganz einig; aber das Ziel verbindet uns. Wir haben bereits vieles auf den Weg gebracht, seien es Initiativen zur Sektorkopplung oder die Bundesratsinitiative zur CO₂-Bepreisung. Als erstes Bundesland überhaupt haben wir dieses Thema in Berlin auf die Tagesordnung gebracht. Darauf sind wir sehr stolz. Der Bund sollte sich nun endlich bewegen, den Weg für echten, innovativen Klimaschutz freizumachen, technologieoffen angelegt und ökonomisch umgesetzt.

Meine Damen und Herren, wir sehen: Da, wo Schleswig-Holstein ist, ist vorne. Denken wir nicht mehr darüber nach, was wir zum Schutz des Klimas alles nicht mehr tun dürfen. Denken wir darüber nach, was wir gerade bei uns im echten Norden, wo die Energiewende zu Hause ist, alles machen können. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- Annabell Krämer [FDP]: Bravo!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird Sie nicht wundern, dass ich zuerst zu unserem Antrag sprechen werde und danach natürlich auch zum Thema der Aktuellen Stunde. Für uns behandelt unser Antrag eine ganz wichtige Geschichte, weil wir in der Tat gemeinsam beschlossen haben, CCS in Schleswig-Holstein zu verhindern, und dafür die gesetzlichen Grundlagen geschaffen haben. Nun setzt die GroKo die CO₂-Speicher auf einmal wieder auf die Tagesordnung und sagt: „Wir wollen das machen“, und unser Umweltminister hat nichts anderes zu tun, als zu sagen, das sei eine Lösung, wenn es denn die letzte Alternative sei. - Herr Minister, das ist keine Lösung. Es ist definitiv keine Lösung, in diesem Land CCS zu machen.

(Beifall SSW und Kay Richert [FDP])

Meine Damen und Herren, man muss sich langsam einmal davon verabschieden, zu meinen, dass CCS - und zwar egal, wo hier bei uns, ob unter der Erde oder unter der Nordsee - ein Beitrag zum Klimaschutz sei. Es ist nur ein Beitrag dazu, dass man weiter so rumsauen darf, wie man das bisher getan hat. Genau das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Kay Richert [FDP])

Meine Damen und Herren, ich brauche es Ihnen nicht zu erklären, dass dieses Gas aus dem Wasser austreten und Grundwasser verunreinigt wird, eine Versalzung des Grundwassers stattfinden kann. Dass das ein Unter-den-Teppich-Kehren ist, ist auch jedem klar, denn die Debatten haben wir schon geführt. Wir dürfen nicht vergessen, warum wir das damals diskutiert haben: weil uns die Menschen aufs Dach gestiegen sind, und zwar aus allen Schichten.

Alle haben gesagt: Wenn wir damit anfangen, weitermachen wie früher und den ganzen Mist in die Erde verpressen, gehen wir den falschen Weg. Dagegen lehnen wir als Bürgerinnen und Bürger uns auf. - Das war eine gute Sache, und es stünde uns gut an, als Landtag auch heute zu sagen, dass es Käse ist, was die in Berlin beschließen wollen, und wir uns dagegen mit Händen und Füßen wehren werden.

(Beifall SSW)

Noch etwas - wenn man schon draußen rumläuft und den Demonstranten da immer fleißig die Hände schüttelt -: Es ist auch ein moralisches Problem, da einerseits immer rauszugehen und einerseits zu sa-

(Lars Harms)

gen: „Toll, wie ihr demonstriert, wie schön das ist!“, und andererseits: „CCS können wir durchaus zulassen“.

Der Antrag der Koalition macht deutlich: In Schleswig-Holstein lehnt man das immer noch ab. Wie ist es denn außerhalb der Zwölfmeilenzone? Dazu findet sich nichts. Wenn ich den Antrag ganz genau angucke, stelle ich fest, dass Sie zulassen wollen, dass CCS außerhalb der Zwölfmeilenzone stattfindet. Das ist direkt bei mir vor der Haustür; dagegen wehre ich mich als Bürger. Darauf habe ich keinen Bock. Da bin solidarisch mit den Leuten, die morgen wieder bei uns vor der Tür demonstrieren werden. Die wollen das nämlich auch nicht. Die wollen, dass wir endlich Maßnahmen ergreifen, damit CO₂ gar nicht erst entsteht, und nicht, dass das Zeug verpresst wird - auch nicht in der Nordsee. Auch von der leben wir, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir sehen schon, dass die Landesregierung bisher nicht den Mumm dazu hatte, da richtig einzusteigen. Die Windenergie wurde komplett an die Wand gefahren. Da bewegt sich in diesem Land nichts mehr. Ich garantiere Ihnen, dass jede Anlage, die unterhalb von 1.000 m Abstand gebaut werden soll, beklagt werden wird, wenn Sie dabei mitmachen, was auf Bundesebene beschlossen wird, nämlich einen Grundsatz zu schaffen: „1000 m Abstand ist die reine, wahre Lehre“ - aus welchen Gründen auch immer -, und die Ausnahmen zulassen. Darauf gebe ich Ihnen Brief und Siegel. Wir werden wieder Stillstand haben. Wer so einen Unsinn mitmacht, versündigt sich an der Energiewende.

(Beifall SSW)

Wir müssen weiter das Gesamtbild sehen. Ich habe gestern schon darüber gesprochen: Die Neuwaldbildung wird in diesem Land gekürzt. Wir reden die ganze Zeit davon, dass wir Aufforstung, dass wir CO₂-Binder brauchen - das sind Bäume. Wir tun nichts, sondern streichen das zusammen. Das kann es doch nicht sein, meine Damen und Herren.

Wiedervernässung von Mooren - da werden die Gelder gekürzt. Das ist doch nicht in Ordnung, das ist doch der falsche Weg. Da müssen wir etwas tun, damit wir gar nicht erst verpressen müssen. Das ist der einzige Weg, den wir gehen können. Da haben Haushaltsberatungen durchaus ihre Relevanz.

Ein Letztes: Wir werden nachher noch ein anderes Thema besprechen, nämlich die Volksinitiative zum Schutz des Wassers. Denen könnte man gut unter

die Arme greifen, und ich bitte doch sehr darum. Wir haben im Ausschuss zwar eine andere Empfehlung gehabt, aber es wäre schön, wenn wir diese Volksinitiative noch unterstützen könnten.

Meine Damen und Herren, Jamaika öffnet ohne Not die Türen für CCS. Das ist nicht in Ordnung.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Antrag, den Sie gestellt haben, schließt CCS nur unter unseren Füßen auf dem Festland aus, nicht aber in der Nordsee.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch das, was wir gemeinsam beschlossen haben!)

Vor allen Dingen sagen Sie nicht, welche Konsequenzen es haben soll, wenn man Ihren Beschluss oder unsere Gesetzesgrundlage von Bundeseite aus unterlaufen will.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn die nämlich beschließen, dass sie das haben wollen, ist Bundesrecht höheres Recht. Dann können die uns richtig in die Parade fahren. Das kann es nicht sein. Da muss in einem Antrag mehr komme, meine Damen und Herren.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Lars Harms [SSW]:

Gerade von ihm sehr gern.

Christopher Vogt [FDP]: Kollege Harms, ich will daran erinnern, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag für Schleswig-Holstein zuständig ist. Deswegen haben Sie das 2014, als Sie mitregiert haben, genauso beschlossen.

- Richtig.

Außerhalb der Zwölfmeilenzone ist für uns gar keine Zuständigkeit gegeben. Da liegt das Problem. Ich tippe einmal, Sie haben sich 2014 etwas dabei gedacht, sich an Recht und Gesetz zu halten. Das schlägt der Schleswig-Holsteinische Landtag auch heute vor. Es ist eine sinnvolle Regelung, dass man beeinflusst, was man beeinflussen kann.

(Lars Harms)

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege Vogt, erstens: Ja, klar, wir haben uns an Recht und Gesetz gehalten. Das tun alle hier, das ist überhaupt keine Frage. Die Frage ist doch, wenn wir einen Antrag stellen - das haben wir schon Hunderte, Tausende Male getan; ich bin inzwischen doppelt so lange in diesem Haus wie der Kollege Kumbartzky -

(Zuruf: 20 kg! - Heiterkeit)

- 20 kg lang. - Wir haben die Bundesregierung immer aufgefordert, dieses oder jenes zu tun. Wir haben sogar die Europäische Union aufgefordert, obwohl keine eigene Zuständigkeit gegeben war.

Warum findet sich in Ihrem Antrag nicht die Aufforderung, CCS auch in der Nordsee zu verbieten, gar nicht erst damit anzufangen? Warum schreiben Sie es nicht da rein? Wir wären uns sofort einig. In dem Moment, in dem Sie das tun, ziehen wir unseren Antrag zurück; das ist ganz klar. In dem Moment aber, in dem Sie es nicht tun, gehen wir davon aus, dass Sie es wollen. Wir wollen es nicht. Das ist der Unterschied.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Oppositionsführers?

Lars Harms [SSW]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Harms, zum einen wiederholen wir die Beschlussfassung hier im Haus, die wir schon einmal vorgenommen haben; das finde ich richtig.

Zum anderen teile ich in der Sache Ihre Auffassung. Wir hätten keine Bedenken, den Satz zu ergänzen, dass wir auch anderswo, wo wir es nicht selbst regeln können, dagegen sind, dass es geschieht. Das könnte man durchaus so machen.

Was die Frage des Klimapakets angeht, will ich in dem Kontext sagen: Es sind alle möglichen Dinge angesprochen worden, und zum Teil gibt es unterschiedliche Auffassungen. Wichtig ist aber, dass man in diesem Haus klarmacht, dass man an keiner Gesetzgebung mitwirkt - egal, auf welcher Ebene -, die CCS zulässt, weil wir alle miteinander das nicht wollen.

Ich persönlich hätte überhaupt nichts dagegen, den Punkt zu ergänzen und damit Einigkeit in diesem Haus herzustellen, außer mit den Rechtsradikalen. Meine Fraktion wäre dabei.

Wir finden die Beschlussfassung vom letzten Mal trotzdem richtig. Wir können gern ergänzen: Wir wünschen uns, dass das auch an anderer Stelle, wo wir keine Zuständigkeit haben, nicht geschieht, weil das falsch ist und wir hier kein Sankt-Florians-Prinzip einführen sollten. Wir müssen nur wissen, dass wir diese Frage nicht selbst regeln können. Politisch fordern können wir es sehr wohl. Wir als SPD-Fraktion hätten - auch wenn wir den vorliegenden Antrag mittragen - keine Bedenken, das hinzuzufügen.

- Es freut mich, dass wir beide uns einig sind, SPD und SSW. Wenn sich andere anschließen und wir nachher eine Mehrheit dafür kriegen, ist es gut. Wir werden sehen, wie sich Jamaika verhalten wird.

Noch einmal zu unserem Antrag. Wir vertreten eine konsequente Haltung: Wir wollen CCS in allen Lebensbereichen ausschließen. Es geht auch darum, dass wir gar nicht erst anfangen, über so einen Unsinn nachzudenken. Deswegen haben wir in unserem Antrag klar formuliert, dass wir in diesem Bereich auch keine Forschung und Entwicklung haben wollen, sondern dass wir Forschungsgeld, das dafür bereitgestellt wird, lieber dafür verwenden, neue Technologien zu entwickeln, die CO₂-Vermeidung beziehungsweise CO₂-Bindung befördern können. Das ist für uns viel wichtiger als in solchen Bereichen zu forschen. Denn wenn man erst einmal anfängt zu forschen, will man es irgendwann auch umsetzen, und das wäre eine reine Katastrophe.

Wir sagen ganz klar: Wir wollen das Ganze sowohl an Land als auch auf dem Meer ablehnen. Herr Kollege Stegner hat vorhin gesagt, der letzte Satz unseres Antrags sei problematisch. Ich will ihn einmal vorlesen:

„Sollte eine separate Abstimmung in Bezug auf CCS im Klimapaket nicht möglich sein,“

- das wäre natürlich das Schönste -

„ist das Klimapaket der Bundesregierung abzulehnen.“

Genauso meinen wir das. Für uns ist es so wichtig, CCS abzulehnen, dass wir bereit wären, das gesamte Klimapaket abzulehnen, weil wir es einfach den absolut falschen Weg finden, den absolut klimaschädlichen Weg, den absolut umweltschädlichen

(Lars Harms)

Weg und den absolut schädlichen Weg für die Menschen zu gehen und für eine solche Technologie einen Kompromiss einzugehen.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Dr. Stegner wünscht eine weitere Zwischenfrage.

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Harms, wir haben gar keinen politischen Dissens. Das Problem an Ihrer Formulierung ist nur: Wenn wir das Klimapaket ablehnten, wäre die Botschaft: Der Schleswig-Holsteinische Landtag lehnt das Klimapaket ab. Das kann nicht das sein, was wir wirklich wollen.

Es wird aber nicht über das Klimapaket abgestimmt, sondern über konkrete Gesetzesinitiativen. Ich habe niemanden in diesem Haus gehört - für die SPD erkläre ich das ganz klar -, der seine Hand dafür reichen würde, bei welcher Gesetzgebung auch immer, im Bundesrat oder im Deutschen Bundestag, die CCS-Technologie zu erlauben. Das wollen wir ausdrücklich nicht.

Deswegen würde ich es sehr begrüßen - ich sage es noch einmal -, wenn wir über den Antrag, in dem wir das bekräftigt haben, was wir im Landtag beschlossen haben, hinaus einen zweiten Satz beschließen würden, der heißt: Wir lehnen die CCS-Technologie überall ab.

Der letzte Satz des SSW-Antrags erweckt allerdings einen anderen Eindruck. Dahinter könnten sich im Zweifelsfall auch Leute versammeln, die das Klimapaket aus ganz anderen Gründen ablehnen und die Maßnahmen nicht wollen. Deswegen sollten wir die Formulierung nicht beschließen. Das Klimapaket steht ja gar nicht zur Abstimmung, es geht um konkrete Gesetzgebungsverfahren.

Es muss unmissverständlich klar sein - deswegen sage ich das für meine Fraktion noch einmal -, dass überhaupt niemand auf die Idee kommen könnte, da etwas anderes hineinzuinterpretieren. Wir lehnen CCS-Technologie unter jedweden Umständen ab. Das muss klar und deutlich sein. Wenn wir das gemeinsam hinkriegen könnten, wäre das gut

für dieses Haus. Es wäre schlecht, wenn man bei einer Differenzierung bleibt und die Öffentlichkeit nicht versteht, um was es uns geht. Das Anliegen des SSW ist berechtigt. Wir reden über die Form, wie wir das zusammen hinkriegen können.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Stegner, ich habe vorhin angeboten: Wir ziehen unseren Antrag sofort zurück, wenn die Ablehnung in der Nordsee beziehungsweise außerhalb der Zwölfseemeilenzone von allen mitgetragen wird.

- Mit uns geht das.

Dann hätten wir einen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Parteien. Wir wollen einmal gucken, ob sich Jamaika bewegen kann. Sollte das nicht der Fall sein, erhalten wir unseren Antrag aufrecht.

Ich will Ihnen sagen, warum der Satz da drinsteht. Wir befinden uns in einer Verhandlungssituation. Wenn wir jetzt nicht Druck machen und deutlich machen, wo unsere Grenzen sind, haben diejenigen, die für uns verhandeln sollen - im Regelfall unsere Landesregierung -, relativ große Freiheit.

Als Parlamentarier sage ich ganz klar: Wir sind hier als Parlamentarier gefragt, der Landesregierung Vorgaben zu machen, wie sie zu verhandeln hat. Wenn man keine Einzelabstimmung über CCS, ja oder nein, auf Bundesebene hinkriegt, sondern das ganze Paket beschließen muss, ist unsere Haltung, dass wir das Paket dann ablehnen, weil wir CCS absolut für den falschen Weg halten. Es wäre eine reine Katastrophe, an Land oder auf See damit anzufangen. Das ist kein vernünftiges Signal, auch in der Klimaschutzdebatte. Deswegen haben wir das so in unserem Antrag formuliert.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Lars Harms [SSW]:

Immer gern. Wir unterhalten uns immer gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir müssen ja irgendwie zusammenkommen. Wir haben nicht viel Zeit. Ich möchte einen Verfahrensvorschlag machen. Wir könnten schauen, ob wir den Satz unseres Antrags ergänzt kriegen, im Antrag der demokratischen Parteien,

(Lars Harms)

im Augenblick noch ohne den SSW, dann vielleicht mit dem SSW. Wenn das aus irgendwelchen Gründen nicht gehen sollte, wäre die SPD-Fraktion bereit, dass wir zusammen einen weiteren Antrag stellen, der lautet:

Wir fordern im Übrigen alle anderen auf, die da zuständig sind, die CCS-Technologie nicht zuzulassen, auch nicht in der Nordsee. Da kann man sich auf eine Formulierung verständigen; darüber könnte man separat abstimmen. Wenn das gewünscht ist, wären wir bereit, so einen separaten Antrag zu stellen.

Da der Tagesordnungspunkt bald endet, müssten wir relativ schnell zusammenkommen. Deswegen mache ich das in Form einer Zwischenbemerkung.

- Lieber Kollege Stegner, wir beide sind uns einig, wir müssen uns gar nicht einigen, ich warte darauf, ob Jamaika bereit ist, einen solchen Satz mitzutragen. Wenn dieses Signal aus der Jamaika-Koalition kommt, dass wir darunter schreiben: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag lehnt CCS im Bereich der Nordsee, außerhalb der Zwölfseemeilenzone ab“, hätte ich keinen Schmerz, dann wären wir sofort einig. Wenn dieses Signal käme, könnten wir die Beschlussfassung auf heute Nachmittag verschieben. Dann machen wir das gemeinsam, und alles ist kein Problem. Wir werden ja sehen, wie Jamaika darauf reagiert.

(Jörg Nobis [AfD]: Sie können den Indischen Ozean auch noch mit aufnehmen! - Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um CCS, sondern wir führen hier ja eine Aktuelle Stunde durch. Kollege Koch hat schon gesagt, unter welchen Umständen diese Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung gekommen ist und dass wir als demokratische Fraktionen, obwohl das formalrechtlich nicht in Ordnung ist, die Debatte heute trotzdem führen möchten; es ist kein Problem, auch wenn man einen kleinen Verfahrensfehler macht.

Auch ich will gern darauf eingehen, zumal ich seinerzeit, als der Antrag gestellt wurde und noch nicht drinstand, welche Äußerung es genau war, darum gebeten habe, das aufzuschreiben. Das ist durch die AfD-Fraktion dankenswerterweise geschehen, sodass man sich an den Äußerungen entlanghangeln kann.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Frau Abgeordneten Dr. Bohn?

Lars Harms [SSW]:

Ja, sehr gern, klar.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben unseren Antrag ja schon mit der SPD geeint, nachdem es einen Dissens beim letzten Satz gab. Herr Kollege Harms, ich höre bei Ihnen ein bisschen Bewegung heraus. Ich glaube, dass es sinnvoll wäre, nicht gleich hektisch abzustimmen, sondern den Tagesordnungspunkt nach der Mittagspause noch einmal aufzurufen. In der Zwischenzeit können wir die Gelegenheit nutzen und gucken, ob wir zueinanderkommen, was ich sehr begrüßen würde. Das kann ich jetzt aber nicht vorwegnehmen. Wir könnten den Tagesordnungspunkt heute Nachmittag noch einmal aufrufen und dann abstimmen. Wäre das in Ordnung?

- Das ist mein Vorschlag, der muss in Ordnung sein.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, zurück zur Aktuellen Stunde. Der Kollege Nobis war so freundlich aufzuschreiben, was der Ministerpräsident alles an „fürchterlichen Sachen“ von sich gegeben hat. Nach dem, was Herr Nobis moniert, hat der Ministerpräsident vier Sätze gesagt.

Der erste Satz heißt:

„Ich glaube, wenn man über Klimaschutz redet, gehört das Handeln unmittelbar dazu, und dafür haben auch viele Menschen Verständnis.“

- Man kann sagen: Stimmt. Das ist ziemlich super, genauso ist es. Problem erkennen und handeln, so sollte Politik eigentlich immer arbeiten. Hinter den Satz kann man einen Haken machen.

„Ich glaube, dass jetzt auch die richtige Phase ist, um einen kompletten Umbau unseres Steuer- und Abgabensystems im Energiebereich zu machen. Selten war das Verständnis in der Gesellschaft bei allen Menschen größer als im Moment.“

Wir haben heute die ganze Zeit über dieses Steuer- und Abgabensystem gesprochen. Man merkt: Das kann nicht so ganz der falsche Gedanke gewesen sein.

(Lars Harms)

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Dass das Verständnis früher nicht so groß war wie heute, merkt man an den Diskussionen und Demonstrationen, die es so gibt. Es ist eine über Jahrzehnte gewachsene Erkenntnis, so würde ich es einmal nennen. Auch der Part war okay, da kann man nichts gegen haben.

Der nächste Punkt war:

„Jeder merkt ..., dass CO₂-Preis etwas ist, was einfach sein muss. Wo Umweltverschmutzung stattfindet, wo Klimaziele nicht erreicht werden können, müssen andere Anreize gesetzt werden.“

- Viele Länder auf der Welt tun das schon viel härter als wir mit dem CO₂-Preis. Der Kollege Kumbartzky hat gerade eine Brandrede dafür gehalten, dass man Anreize setzen muss. Es scheint also auch nicht so schwierig zu sein. Dass man Dinge über Steuern und Abgaben regelt, ist die übliche Vorgehensweise, wie wir so etwas machen.

Dann kommt das Highlight des Ministerpräsidenten. Zum Abschluss sagt er:

„Ich glaube, diese Chance sollte die Politik im Moment nicht verstreichen lassen.“

- Ich glaube, dem kann man nichts hinzufügen, darüber sind wir uns alle einig. Wenn man in der Politik eine Chance bekommt, ist es richtig, dass man genau diese Chance nicht verstreichen lässt.

Sie sehen also, alles das, was die AfD moniert, ist völlig in Ordnung. Wahrscheinlich könnten dem hier alle, außer die Abgeordneten der AfD, ihre Unterschrift zuteilwerden lassen.

Meine Damen und Herren, worum geht es hier eigentlich? Es geht darum, endlich den Erkenntnissen, die der Club of Rome in seinem Bericht aus dem Jahr 1972 genannt hat, nach einem knappen halben Jahrhundert Taten folgen zu lassen. Ich finde, das wäre ganz vernünftig. Damals schon hat man gesagt: Wir haben eine Klimaentwicklung und Treibhausgase, die uns die Bilanz verhaseln. Man hat begrenzte Ressourcen. Wir brauchen neue Modelle, wie wir die Wirtschaft irgendwie eingrenzen können, damit sie vernünftig arbeitet.

Es gab auch Fortschritte. Wir haben Rohstoffrecycling, Klimaschutz und Naturschutz gemacht. Wir haben bei Projekten Nachhaltigkeit eingebaut. All das funktioniert schon. Der Grundsatz war: Was durch Wirtschaft kaputt gemacht wird, muss einberechnet werden, damit man ungefähr weiß, worum es sich handelt.

Eine Schlussfolgerung des Club of Rome war 1972 - und die ist eigentlich faszinierend und passt zu unserer Diskussion -:

„Ganz neue Vorgehensweisen sind erforderlich, um die Menschheit auf Ziele auszurichten, die anstelle weiteren Wachstums auf Gleichgewichtszustände führen. Sie erfordern ein außergewöhnliches Maß von Verständnis, Vorstellungskraft und politischem und moralischem Mut.“

Genau das, meine Damen und Herren, fehlt der AfD. Ich bin nur froh, dass alle anderen Parteien genau diesen Mut haben. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Restredezeit von 2 Minuten hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Lassen Sie mich ganz kurz auf den Antrag des SSW zu CCS eingehen. Eine Entscheidung für oder gegen CCS - also die Speicherung von abgeschiedenem Kohlendioxid - ist eine ganz grundlegende Entscheidung, die man eigentlich nicht innerhalb der Beratung eines Dringlichkeitsantrags abhandeln sollte. Da sich die Bundesregierung aber im Klimapaket offenbar für eine mögliche Anwendung von CCS ausgesprochen hat, sollten wir hier in diesem Haus der Frage nachgehen, welche Meeresböden vor Deutschlands Küsten dafür überhaupt infrage kämen.

Um es ganz klar zu sagen, es klang ja auch schon an: Die Wahrscheinlichkeit, dass im Zuständigkeitsbereich dieses Parlaments oder dieser Regierung - also innerhalb der Zwölfmeilenzone - CO₂ verpresst wird, ist gleich null. Für die ganze Nordsee sind wir nun einmal nicht zuständig, auch wenn es hier anklang. Man kann sich das wünschen, Herr Harms, aber wir haben das hier nicht zu entscheiden.

Wenn der SSW CO₂ als wesentlichen Verursacher des Klimawandels betrachtet, erstaunt der Antrag, sehr geehrter Kollege Meyer, weil Sie nicht einmal in die Forschung investieren wollen. Forschung ist und bleibt wichtig, um Lösungsmöglichkeiten zu finden und zu beraten.

(Lars Harms [SSW]: Den Antrag lesen!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die deutsch-britische Forschungsgruppe unter Professor

(Volker Schnurrbusch)

Dr. Wallmann hier an der Universität Kiel hinweisen. Diese Gruppe forscht vor der norwegischen Küste genau zu diesem Thema. Sie haben zwei Erkenntnisse gewonnen, nämlich erstens, dass eine Speicherung von CO₂ unterhalb des Meeresbodens keine ökologischen Schäden verursacht, und zweitens, dass sich - selbst bei einem Entweichen aus unterirdischen Lagern - der pH-Wert nicht verändert. Das ist im Moment der Stand der Forschung; ich sage nicht, dass es final ist. Gerade deswegen muss aber auch zum Thema CCS weiter geforscht werden. Auch aus diesem Grund lehnen wir den SSW-Antrag ab.

Der Jamaika-Antrag stellt ja lediglich fest, was Gesetzeslage ist, wäre also aus unserer Sicht zustimmungsfähig. Wir sind gespannt, ob nun gleich die ganze Nordsee zum Thema eines gemeinsamen Antrages wird. Dafür sind wir, wie gesagt, überhaupt nicht zuständig. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Restredezeit von 4 Minuten hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Stegner, ich will mich bei Ihnen ausdrücklich für den Inhalt Ihrer Rede bedanken, was die Große Koalition in Berlin angeht. Ich möchte mich bedanken, dass der SSW den Antrag gestellt hat, CO₂ nicht auf dem Gebiet Schleswig-Holsteins - oder vielleicht auch außer der Zwölfmeilenzone - verpressen zu dürfen. Das nur einleitend.

Beginnen, lieber Oliver Kumbartzky, möchte ich mit etwas anderem: Politik muss auch einmal einen Verzicht aussprechen, Politik sollte sich bewegen. Nun schauen Sie sich einmal Peter Lehnert an. 27 Jahre Landtag, 27 kg oder 10 kg! Irgendeiner hat sich in der Politik richtig bewegt und auch einmal Verzicht ausgesprochen. Peter: Alles richtig gemacht!

(Heiterkeit und Beifall CDU)

1 % der Weltbevölkerung und 2 % des Klimagasausstoßes, gemessen an dem, was weltweit emittiert wird: Das war der Ausspruch der Bundeskanzlerin Angela Merkel beim UN-Sondergipfel in der letzten Woche. Damit hat sie im Grunde genommen alles gesagt. Wir haben in Deutschland 1 % der

Weltbevölkerung, machen aber wahrscheinlich sehr viel falsch, was Klimaschutz angeht, denn mit 1 % der Weltbevölkerung emittieren wir 2 % der schädlichen Klimagase und benehmen uns also so, wie es weltweit nicht wünschenswert ist und auf jeden Fall unserem Klima schadet.

Die zweite Äußerung der Kanzlerin war: Wir haben nur eine Welt, und diese Welt ist nicht vermehrbar und nicht teilbar. Wir werden Probleme bekommen, und zwar elementare Probleme, die wir nicht mit Geld klären können, sondern nur mit politischen Entscheidungen, bei denen wir uns alle einig sein müssen. Es ist richtig, dass Frau Merkel dies so gesagt hat.

Jetzt komme ich relativ schnell zu CCS und zur CO₂-Verpressung in Schleswig-Holstein. Wir waren uns einig. Das möchte ich noch einmal sagen, Herr Dr. Stegner: 2012, in der Vorbereitung des Bundesgesetzes zur Verpressung von CO₂ - dem sogenannten CCS-Gesetz - ist die Länderöffnungsklausel deswegen zustande gekommen, weil Schleswig-Holstein darauf gedrungen hat, dass es eine solche Klausel geben muss.

(Beifall CDU und SSW)

Dieser Beschluss war goldrichtig. Er war bei uns im Land geeint. Ich erinnere mich gern an die Debatten. Er hat am Ende dazu geführt, dass wir bundesweit nicht nur für Aufsehen gesorgt haben, sondern uns geeint über diesen Beschluss 2014 dazu durchringen konnten, ein Landesgesetz auf den Weg zu bringen, das - einstimmig beschlossen - ab sofort verbietet, CCS-Technologie in Schleswig-Holstein anzuwenden. Die Grundvoraussetzung dafür war das Bundesgesetz, das wir mit Bauchschmerzen mitgetragen haben, aber mit einem guten Verhandlungsgeschick und einer starken Verhandlungsposition erreicht haben.

Ich gebe nun nur zu bedenken - das heißt nicht, dass die CDU ihre Meinung geändert hätte, Lars Harms -, dass wir dieses Bundesgesetz nicht wieder aufmachen und gefährden wollen. Deswegen ist der Vorschlag gut, in der Mittagspause ein paar Gedanken zu entwickeln, wie wir am Ende zu einer gemeinsamen Lösung kommen können.

Zusammenfassend ist es so: Das Bundesgesetz ist Voraussetzung, das Landesgesetz haben wir einstimmig verabschiedet. Wir stehen dazu, insbesondere auch die CDU. Wir wollen kein CCS. Wir wollen CO₂ vermeiden und nicht verpressen. Das muss unser politisches Ziel sein.

(Heiner Rickers)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Wir sind auf einem guten Weg. Ich erinnere noch einmal an die Debatte um das schleswig-holsteinische Wassergesetz - das sogenannte Wasserrechtsmodernisierungsgesetz. Auch da haben wir extra einen Paragraphen ergänzt, der bewirkt, dass alles, was im Untergrund in Schleswig-Holstein geschieht und in irgendeiner Form unser Wasser gefährden könnte, zukünftig verboten sein wird. Das ist ein deutlicher Hinweis, dass die Entwicklung in die richtige Richtung geht. Alles, was an technischen Innovationen möglich ist, um CO₂ sinnvoll zu nutzen, wird in Schleswig-Holstein federführend und weltweit beachtet angeschoben. Deswegen werbe ich für etwas mehr Optimismus und dafür, in der Mittagspause eine Lösung zu finden. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat für eine Restzeit von 2 Minuten der Abgeordnete Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf das Thema CCS eingehe, noch zwei, drei Sätze zur Regionalplanung und zu den Abständen, weil der Kollege Kumbartzky hier mehr Märchen als die Wahrheit erzählt hat. Der Märchenerzähler aus Dithmarschen ist offensichtlich so besoffen von diesen 1.000 m, die in Berlin vereinbart worden sind, dass er manchmal die Realität nicht wahrnimmt.

Fakt ist: Sie haben in der neuen Regionalplanung 62 neue Flächen ausgewiesen, und selbst da haben Sie es nicht geschafft, mit 1.000 m einheitlich zu planen, sondern dies ist nur bei der Hälfte der Flächen gelungen. Sie haben erreicht, dass in diesem Land im ersten Halbjahr dieses Jahres genau zwei Anlagen gebaut worden sind - zwei Anlagen!

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das war das EEG, das wissen Sie!)

Wenn man davon ausgeht, dass es von der Planung bis zum Bau vier Jahre dauert und die Pläne im nächsten Jahr rechtsgültig sein sollten, dann wird klar, dass Sie es nicht schaffen werden, die Energieziele zu erreichen. Insofern haben Sie versagt.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Thomas Hölck [SPD]:

Ja, gern.

Christopher Vogt [FDP: Vielen Dank, lieber Kollege Hölck. - Es ist eigentlich eine Frage. Ist Ihnen die Entwicklung der Windenergie seit Anfang 2017 in anderen Bundesländern bekannt, und ist auch da die Regionalplanung Schleswig-Holsteins Schuld?

- Die ist mir sehr wohl bekannt. Aber wir sind hier in Schleswig-Holstein. Wir haben Verantwortung für dieses Land und nicht außerhalb des Landes.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Gestatten Sie, Herr Abgeordneter, eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Christopher Vogt [FDP]: Es ist tatsächlich eine Bemerkung. Herr Kollege Hölck, ich wollte Sie natürlich darauf hinweisen, dass die Entwicklung, die wir in Schleswig-Holstein haben, in anderen Bundesländern ganz ähnlich ist und dass das vielleicht mit der Entwicklung in der Branche und mit dem EEG zusammenhängen könnte, das die SPD zusammen mit der CDU auf Bundesebene geändert hat. Das ist vermutlich eher ein bundesgesetzliches Thema als ein landesgesetzliches. Darauf wollte ich hinaus.

(Anhaltender Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Hölck [SPD]:

Wenn Sie sich wieder beruhigt haben, will ich Ihnen gern die Antwort geben, bei der ich mich auf den gestrigen Parlamentarischen Abend zum Thema erneuerbaren Energien beziehe, bei dem Simone Peter gesagt hat, dass die Festlegung auf 1.000 m die Eignungsfläche um 40 % reduzieren wird. Das ist für die Energiewende fatal, und deshalb brauchen wir die Öffnungsklausel.

(Zuruf FDP)

Wir wollten die 1.000 m nicht. Die CDU wollte 10 H. Insofern haben wir noch die Öffnungsklausel hineinformuliert. Aber entscheidend ist doch, dass

(Thomas Hölck)

Sie eine Regionalplanung vorgelegt haben, die dazu geführt hat, dass im ersten Halbjahr dieses Jahres nur zwei Anlagen gebaut worden sind, dass wir die Energieziele nicht erreichen werden und dass Sie damit der Energiewende geschadet haben.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Thomas Hölck [SPD]:

Ja, gern.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Dann möchte ich Sie auch noch darauf hinweisen, dass sich Frau Peter auf das Klimapaket der Bundesregierung bezogen hat und dass das mit dem eigentlichen Thema, auf das sich Ihre Kritik bezog, überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie waren doch gestern gar nicht dabei.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber ich, ich habe das auch gehört! - Heiterkeit)

- Das mag ja sein. Aber ich habe sie so verstanden, dass sie gesagt hat, durch diese Regelung wird die Eignungsfläche um 40 % reduziert.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bundesweit!)

- Ja, bundesweit, natürlich.

(Unruhe - Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

So. Jetzt werden wir mal sortieren, meine Damen und Herren. - Herr Abgeordneter Hölck, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Thomas Hölck [SPD]:

Gern, natürlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist nett. - Lieber Kollege Hölck, stimmen Sie mir zu, dass die Aufhebung der Regionalpläne, die die Vorgängerregierung gemacht hat, weder etwas mit der Entwicklung in anderen Ländern noch auf der Bundesebene zu tun hat, son-

dern ausschließlich eine Entscheidung der Jamaika-Koalition gewesen ist?

- Da stimme ich Ihnen zu.

(Zuruf CDU: Das war ja ein Schachzug!)

Nachdem wir das nun geklärt haben, kommen wir zu CCS. Es ist gut, dass wir dieses Thema hier noch einmal diskutieren; denn für die SPD-Fraktion ist klar: Wir wollen kein CCS auf dem Festland in Schleswig-Holstein, und wir wollen CCS nicht in der Nordsee, auch nicht außerhalb der Zwölfmeilenzone. Wir wollen überhaupt kein CCS, nirgendwo in diesem Land. Es ist gute Tradition, dass sich dieses Haus - dazu hat es sich in der Vergangenheit bekannt - gegen CCS ausspricht, wobei ich mich wirklich gewundert habe, Herr Umweltminister: Wie kann man behaupten, dass eine unterirdische Einlagerung von CO₂ das allerletzte Mittel sein kann? Für uns ist das überhaupt kein Mittel. Wir wollen CCS nicht. Deshalb lehnen wir das weiterhin ab.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Thomas Hölck [SPD]:

Ich will noch kurz einen Vorschlag zum Verfahren machen. Wir würden den Alternativantrag von Jamaika um einen Satz ergänzen, nämlich um den Satz: „Wir lehnen CCS sowohl im deutschen Küstenmeer als auch in der AWZ-Zone generell ab.“ - So würden wir uns verständigen wollen und diesen Antrag einbringen. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, wenn Sie noch einen Moment warten. - Der Begriff „besoffen“ - auf Personen bezogen - ist unparlamentarisch.

Das Wort für die Landesregierung hat der Ministerpräsident.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die weltweiten Demonstrationen am vergangenen Freitag haben einmal mehr mehr als deutlich gezeigt, wie viele Menschen mehr Klimaschutz wollen. Es sind nicht nur junge Menschen, die auf die Straße gehen. Deswegen begrüßen wir es ausdrücklich, dass wir uns heute über das Thema Klimaschutz unterhalten.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Allerdings will ich zugeben, dass mich bei dem Antrag zur Aktuellen Stunde schon ein wenig die Begründung der AfD gewundert hat, die allen Ernstes lautet, wir blendeten Fakten aus. Nun habe ich mich darüber gefreut, dass Sie meine Rede noch einmal zusätzlich vermarktet haben. Der Kollege Harms hat ja noch einmal eindrucksvoll geschildert, wie ich zu diesen Überlegungen und zu diesen brillanten Sätzen am Ende gekommen bin.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Aber ich finde schon, es ist eine interessante Aussage einer Partei, uns vorzuwerfen, wir orientierten uns nicht an Fakten, wenn man selbst den Klimawandel und die Verantwortung, die wir selbst haben, schlicht und ergreifend bestreitet.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wenn man sich auf Ihre Homepage verirrt - keine Sorge, ich habe das nicht gemacht, aber es ist mir herausgesucht worden -

(Heiterkeit)

so ist dort zu lesen:

„Die Aussagen des Weltklimarats, dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können.“

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Ganz genau!)

Damit ignorieren Sie jahrzehntelange Forschungen. Damit ignorieren Sie die Arbeit zigtausender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und tun genau das, was Sie uns vorwerfen: Sie blenden schlicht und ergreifend Fakten aus.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Volker Schnurrbusch [AfD]: Aber nicht alle!)

Ansonsten erkennen alle Parteien hier im Haus an, dass der Klimawandel existiert und dass wir Menschen ihn maßgeblich mitverursacht haben und aktuell weiter befeuern, indem wir CO₂ und andere Treibhausgase in die Atmosphäre ausstoßen. Darum herrscht ein breiter Konsens darüber, dass wir aus dem Verbrauch fossiler Energieträger aussteigen und stattdessen die Energiewende hin zu klimafreundlichen Alternativen schaffen müssen. Das will die Mehrheit in diesem Haus wie in der Gesell-

schaft, und das ist gut und richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Für den Erfolg der Energiewende spielt Schleswig-Holstein eine Schlüsselrolle und damit auch für die Ziele der Bundesrepublik beim Klimaschutz und, wenn man weiterdenkt, sogar für den Klimaschutz über die Grenzen Deutschlands hinaus; denn wenn wir in Deutschland vormachen, wie ein Industrieland saubere Energie nutzt und dabei wettbewerbsfähig bleibt, dann wird dieses Vorbild auch Nachahmer in der Welt finden, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Schleswig-Holstein kann hier ein echter Pionier sein, weil wir hier wortwörtlich an der Energiequelle sitzen. Wir haben bei der Gewinnung von Strom aus Windkraft die Erfahrung von mehreren Jahrzehnten. Wie groß unser Know-how in diesem Bereich ist, hat die HUSUM Wind vor rund zwei Wochen wieder einmal deutlich gezeigt, auch dass es mittlerweile nicht mehr bloß um die Stromerzeugung aus Wind geht, sondern inzwischen auch um Verfahren geht, mit denen Strom gespeichert werden kann, um intelligente Lösungen, wie Strom genutzt werden kann, und darum, wie die Sektoren Strom, Wärme und Verkehr besser gekoppelt werden können.

Das zeigen auch unsere entstehenden Reallabore. Dort wird im großen Maßstab und unter realen Bedingungen erprobt, wie es funktionieren kann. Wir in Schleswig-Holstein haben den Schlüssel in der Hand, um die Tür in eine klimafreundliche, dekarbonisierte Zukunft aufzuschließen - in Deutschland und, wenn es uns hier gelingt, auch darüber hinaus.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gleichzeitig haben wir die große Chance, hier im Norden die Industrie der Zukunft aufzubauen, Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen. Dies ist eine einmalige Chance, die wir uns nicht entgehen lassen wollen. Das Know-how ist da. Wir besitzen die wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen, und grundsätzlich gibt es den gesellschaftlichen Willen für mehr Klimaschutz.

Für den Erfolg der Energiewende ist daneben aber auch die richtige Förderkulisse entscheidend. Dabei ist in der Vergangenheit einiges schiefgelaufen. Die Windbranche durchläuft auch deswegen eine echte Flaute. Die Folgen sind besonders hier im Norden

(Ministerpräsident Daniel Günther)

zu spüren. Das habe ich auf der HUSUM Wind deutlich gemacht und im Übrigen auch immer auf unsere eigene Verantwortung geschaut und immer gesagt, wir müssen unsere Hausaufgaben in Schleswig-Holstein genauso machen. Das sage ich auch noch einmal an die Kollegen der SPD. Ich habe mich nicht davor weggeduckt, dass wir auch bei uns in Schleswig-Holstein schneller werden wollen.

Zusätzlich haben wir im Bundesrat eine Initiative gestartet, um wieder mehr Dynamik in den Ausbau der erneuerbaren Energien zu bekommen, um der Branche zu helfen und unsere Ziele beim Klimaschutz zu erreichen.

Das nun vorgestellte Klimapaket der Bundesregierung zeigt, dass die Notwendigkeit dafür auch in Berlin erkannt wird. Das Paket zeigt, dass wir in Deutschland unsere Ziele beim Klimaschutz endlich wieder ernst nehmen, dass wir jetzt vorangehen und Lösungen entwickeln wollen.

Ich sage es ganz deutlich. Es ist immer sehr leicht, danach zu sagen, dies sei nicht der große Wurf, und es ist immer leicht zu sagen, wir brauchten ein schlüssiges Gesamtpaket. Aber am Ende wird es nicht funktionieren, wenn man nicht einzelne Maßnahmen ergreift. Deswegen sollte man sich darüber freuen, dass es jetzt endlich vorangeht, und schauen, wo wir es noch besser machen können. Das, glaube ich, muss unsere Linie sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der Einstieg in eine CO₂-Bepreisung ist eine der Kernforderungen unserer Initiative im Bundesrat. Dass er stufenweise erfolgen soll, sorgt für einen schonenden Umstieg. Es ist wichtig, dass die Bundesregierung gleichzeitig erkannt hat, dass die EEG-Umlage reduziert werden muss, um die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle zu entlasten und um wirtschaftliche Potenziale zur Sektorenkopplung freizusetzen. Gleichzeitig schafft das Paket für jeden Bürger Anreize - und für jede Bürgerin -, in eine neue, effizientere Technik zu investieren.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Keinen hämischen Zwischenapplaus, bitte! Sonst bringen Sie mich durcheinander.

(Heiterkeit)

Wer sein Haus dämmt, eine neue Heizung kauft oder auf elektrische Mobilität wechselt, wird spürbar gefördert. Auch der Wirtschaft wird beim Um-

stieg in eine CO₂-freie Zukunft geholfen, mit der Förderung von grünem Wasserstoff, mit der Förderung von Batterietechnik und - das ist für uns hier im Norden sehr wichtig - mit dem Ausbau von Landstrom in den Häfen.

All das begrüßen wir als Jamaika-Koalition. Wir können auch gar nicht anders; denn das sind unsere zentralen Forderungen auch in der Bundesratsinitiative gewesen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich glaube, jedem ist klar, dass eine CO₂-freie Zukunft ohne weitere Windanlagen nicht möglich ist. Deswegen brauchen wir mehr Zubau. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger dabei aber mitnehmen und die Akzeptanz für die Energiewende erhalten. Dass der Deckel für den Offshore-Ausbau auf 20 GW bis zum Jahr 2030 angehoben werden soll, ist aus unserer Sicht ein richtiger Schritt. Zum Onshore-Ausbau sage ich eines sehr deutlich. Oliver Kumbartzky hat gerade für die FDP in Anspruch genommen, dass der Beschluss der FDP, in Schleswig-Holstein 1.000 m festzulegen, in das Berliner Paket eingeflossen ist.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ja!)

- Ich würde sagen, das ist ja dichter an der Wahrheit als das, was Ralf Stegner gesagt hat.

(Heiterkeit FDP)

Denn eines sage ich nun wirklich in aller Deutlichkeit: Schwarz und Weiß zu malen - ich weiß, Herr Dr. Stegner, dass Sie das gern tun -, funktioniert in der Politik nicht. Wir sollten nicht so tun, als sei das Thema Abstände auf Bundesebene nur etwas gewesen, was unsere Parteien getrennt hat. Sie wissen genau, dass es auch SPD-regierte Länder gibt, die ganz klar dagegen gewesen sind und die wollten, dass die Abstände sehr viel größer gemacht werden. Schleswig-Holstein, wir als Landesregierung, sind dazwischengegangen und haben dafür gesorgt, dass am Ende 1.000 m dabei herausgekommen sind, damit unsere Energieziele hier im Land auch erreicht werden können. Das will ich an der Stelle noch einmal deutlich betonen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir werden das Paket am Ende besser machen. Es ist ein Fortschritt, aber es muss noch eine ganze Menge geschehen.

Das sage ich auch mit Blick auf das, was wir hier zum Thema CO₂-Verpressung diskutieren. Ich glau-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

be, wir als Landesregierung wissen schon sehr genau, was Wunsch und Wille dieses Landtags sind, und wir sollten auch nicht so tun, als sei in der Vergangenheit irgendein Zweifel daran gelassen worden, dass es einvernehmliche Haltung im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist, dass wir CCS, dass wir die CO₂-Speicherung grundsätzlich ablehnen. Das wurde an der Stelle immer wieder so beschlossen.

Ich halte es aber nicht für richtig, dass wir das jetzt zusammen mit der Frage diskutieren, wie wir uns zu diesem Klimapaket generell verhalten. Ralf Stegner hat es, wie ich finde, richtig gesagt. Heute darf nicht die Botschaft von hier ausgehen, dass es für uns nur ein einziges Thema gibt, das Bedeutung hat, und dass wir deswegen das Klimapaket ablehnen, obwohl wir überhaupt noch nicht wissen, wie das Klimapaket in den politischen Prozess hineingeht, was zustimmungspflichtig ist.

Wir sollten auch den Menschen im Land nicht immer erzählen, dass es einige Dinge gibt, die wir hier im Landtag regeln können. Wir haben ein Gesetz, das die CO₂-Speicherung in Schleswig-Holstein ausschließt. Der Rest wird auf Bundesebene geregelt. Aber wir als Landesregierung wissen, dass es eine klare Haltung des Landtags gibt, diese Technik generell abzulehnen. Deswegen sage ich Ihnen zu: Das werden wir selbstverständlich auch bei all dem, was wir im Bundesrat machen, berücksichtigen und uns dort, wenn es in diesen Fällen zu Einzelabstimmungen kommt, selbstverständlich mit dieser Position einbringen.

Deswegen kann es nicht so kompliziert sein, diesen Antrag an der Stelle im Sinne dessen, was Lars Harms gesagt hat, ein bisschen anders zu formulieren. Aber - das sage ich sehr deutlich - verbauen Sie uns jetzt bitte nicht die Chance, uns beim Klimapaket gewinnbringend einzubringen. Ich denke, wir haben eine Riesenchance und ein Riesenpotenzial in Schleswig-Holstein. Ich bitte herzlich um Unterstützung dafür, dass wir die entsprechende Arbeit auch leisten können, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich entnehme den Wortbeiträgen, dass wir Tagesordnungspunkt 32 A nach der Mittagspause erneut aufrufen werden.

Jetzt rufe ich Tagesordnungspunkt 30 auf:

Studienplatzoffensive Medizin

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1712

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 1.000 weitere Medizinstudienplätze, das klingt nach viel. Warum wollen wir das, und warum ist das unbedingt erforderlich?

Zentrale Aufgabe der Gesundheitspolitik ist es, für eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle Patienten zu sorgen. Bei uns in Schleswig-Holstein ist es besonders wichtig, dass das auch im ländlichen Raum und auch auf Inseln und Halligen jederzeit möglich ist. Aber wir haben ein Problem. Der Arbeitsmarkt für Ärztinnen und Ärzte ist restlos leergefegt.

Das merken wir besonders im ländlichen Raum. Fast ein Drittel aller niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen sind 60 Jahre alt oder älter. Sie brauchen in den nächsten fünf bis zehn Jahren - überlegen Sie, wie lange eine Legislaturperiode dauert und wie schnell wir jetzt handeln müssen - dringend eine Nachfolge für ihre Praxen; sonst ist da keiner mehr.

In den Krankenhäusern und im öffentlichen Gesundheitsdienst klaffen ebenfalls große Lücken im Stellenplan. Auch in den Brennpunktstadtteilen - darauf hat mich Lasse Petersdotter neulich noch einmal aufmerksam gemacht - gibt es nicht mehr genug Ärztinnen und Ärzte. Wartezeiten von bis zu fünf Monaten für einen Termin bei einer Kinderärztin oder bei einem Kinderarzt sind völlig indiskutabel. Deswegen wollen wir handeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Heiner Rickers und Hauke Götttsch wissen ganz genau: Wer morgen ernten will, muss heute säen. Wer morgen genug Fachärztinnen und Fachärzte haben will, der muss genügend ausbilden. So einfach ist das.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Dr. Marret Bohn)

Deswegen freue ich mich, dass Jamaika eine Studienplatzoffensive Medizin auf den Weg bringt. Ich würde mich riesig freuen, wenn sich dem auch die anderen Parteien und Fraktionen anschließen könnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum wollen wir das? Ein Medizinstudium dauert in der Regel etwa sechseinhalb Jahre, eine Facharztweiterbildung dauert mindestens fünf Jahre. Wenn ich mir das jetzt einmal ausrechne: Diejenigen, die im Wintersemester 2019 ihr Studium aufnehmen, stehen frühestens im Jahr 2031 zur Verfügung, um eine Praxis zu übernehmen. Das heißt, wir müssen jetzt handeln, jetzt schneller werden. Sonst haben wir morgen keine medizinische Versorgung mehr. Das wollen wir Grüne nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen ganz deutlich, was das bedeutet, wenn die Stellen in den Krankenhäusern unbesetzt bleiben. Das führt immer zu einer Mehrbelastung derjenigen, die noch da sind und die mit allen Kräften versuchen, die Patientenversorgung aufrechtzuerhalten. Die Stammbeschäften arbeiten sowieso schon am Limit. Wenn es dann Monate dauert, bis ein neuer Kollege oder eine neue Kollegin gefunden worden ist, dann ist das für die Ärztinnen und die Ärzte schlecht, aber es ist auch für die Patienten total schlecht, weil dadurch die Qualität leiden kann, und das wollen wir nicht. Der Behandlungserfolg soll auch nicht darunter leiden, und daher ist es wichtig, dass wir das heute beschließen. Darüber würde ich mich sehr freuen.

Wie soll es also funktionieren? Das Gleiche gilt natürlich für das Pflegepersonal. Das ist völlig klar. Das brauchen wir auch, aber in diesem Antrag geht es jetzt um die Medizinstudienplätze. All dies hängt damit zusammen, dass die Landärztinnen und die Landärzte, früher waren es überwiegend Männer, 80 Stunden in der Woche gearbeitet haben. Sie waren rund um die Uhr bereit für ihre Patientinnen und Patienten. Das wollen aber viele junge Kolleginnen und Kollegen nicht mehr. Wenn es früher 80 Stunden waren und jetzt 40, dann kann ich mir doch ausrechnen, dass ich jetzt doppelt so viele Personalstellen brauche und dass wir diese auch füllen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir sagen, wir können uns das alles ausrechnen, dann sage ich aber auch eines ganz deutlich: Ein Medizinstudienplatz wird von den Universitäten mit etwa 30.000 € pro Jahr veranschlagt. Das ist mir völlig klar. Ich

sage Ihnen aber auch ganz klar: Wir wollen mit dieser Initiative, dass der Bund in die Verantwortung kommt. Der Bund darf die Länder bei der Daseinsvorsorge nicht im Stich lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss mich ein bisschen beeilen, aber ich komme noch auf den Punkt der Bildungsgerechtigkeit. Das ist doch sinnvoll. Wenn wir etwa 40.000 Bewerbungen haben, aber nur knapp 10.000 Studienplätze, dann heißt es doch, dass viele Bewerbungen ins Leere laufen. - Viele können ihren Traumberuf nicht ergreifen, und wir brauchen diese jungen Menschen. Wir brauchen mehr Ärztinnen und Ärzte, und deswegen finde ich es sinnvoll, dass wir dem Bund sagen, er muss mehr Studienplätze schaffen. Er muss sie auch finanzieren. Ich bin ganz optimistisch, dass auch aus anderen Bundesländern, die in Bezug auf die medizinische Versorgung im ländlichen Raum eine ähnliche Situation haben wie wir, die Unterstützung groß sein wird.

Unterstützung ist das Stichwort. Über Ihre Unterstützung und Ihre Zustimmung würde ich mich riesig freuen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und vereinzelt AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten der SPD hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es vorwegzunehmen: Wir werden dem Antrag zustimmen.

Erinnert sich noch jemand von Ihnen an das Erichsen-Gutachten? Ich hatte damals als Rektor der Universität und dann als Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz das zweifelhafte Vergnügen, mich mit diesem Gutachten zu beschäftigen. Zur Erinnerung: 2003 wurde eine hochrangige Expertenkommission unter Vorsitz von Professor Dr. Hans-Uwe Erichsen, Jurist, langjähriger Rektor der Universität Münster und langjähriger Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, beauftragt, das damalige Hochschulsystem Schleswig-Holsteins unter die Lupe zu nehmen, um den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet zu stärken. Zwar sollte keine beste-

(Dr. Heiner Dunckel)

hende Hochschule und kein Hochschulstandort aufgegeben werden, es galt aber, so die Aufgabe, das Hochschulsystem den begrenzten finanziellen Ressourcen anzupassen.

Die wichtigste Empfehlung der Erichsen-Kommission betraf die Humanmedizin. Es wurde empfohlen, die Ausbildungskapazitäten um etwa 26 % zu reduzieren. Gleiches sollte für die Bettenkapazitäten an den beiden Standorten des UKSH gelten. Noch 2009 hat der Landesrechnungshof moniert, dass Schleswig-Holstein noch immer überproportional viele Medizinstudierende ausbilde und dass die Empfehlungen der Erichsen-Kommission nicht eins zu eins umgesetzt worden seien.

Und heute? Alle reden vom Ärztemangel und den Problemen im Gesundheitssystem. Überall - insbesondere in den ländlichen Regionen - ziehen sich Ärzte in den Ruhestand zurück und finden keine Nachfolger für ihre Praxis, wir haben es gerade schon gehört. Das Ergebnis: Die Wege zum Hausarzt werden immer länger. Insgesamt ist insbesondere in den ländlichen Regionen die gesundheitliche Versorgung bedroht. Das ist die Situation. Ich sage das auch ein bisschen selbstkritisch, weil ich manchmal über die Prognosefähigkeit von solchen hochschulpolitischen Gutachten ins Zweifeln komme.

Der Ärztetag hat im vergangenen Jahr die Forderung aufgestellt, bundesweit mindestens 6.000 neue Studienplätze in der Humanmedizin einzurichten, einige sagen 6.000 Studienplätze pro Jahr, um die Situation auch in den Jahren 2030 bis 2035 auf dem gleichen Stand zu realisieren. Dazu sollten materielle Verbesserungen in der Ausbildung kommen, zum Beispiel eine bundesweit einheitliche Vergütung von 1.500 € im Monat im Praktischen Jahr.

Wir haben bereits jetzt in vielen gesellschaftlichen Bereichen einen Fachkräftemangel, der sich in Zukunft noch verstärken wird. Zu einem erheblichen Teil liegt das daran, dass es zu wenig Interessentinnen und Interessenten für den betreffenden Beruf gibt. In der Medizin ist das exakt anders herum. Hier haben wir die Situation: Es gab und gibt sehr viel mehr Studieninteressierte als Studienplätze.

Wir haben es gehört: Gerade im ärztlichen Bereich darf es keine flächendeckende Verschlechterung der Versorgung geben, insbesondere nicht im Bereich der Allgemeinmedizin. Wir diskutieren immer wieder über Anreizsysteme wie eine Landarztquote, die aber ins Leere gehen wird, wenn wir motivierten und qualifizierten Abiturienten regelmäßig die Tür zur Universität vor der Nase zuschlagen. Es ist des-

halb ein richtiger Ansatz, den Bund an seine Verpflichtung zur Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu erinnern und ihn zu einem gemeinsamen Engagement mit den Ländern zu bewegen, bundesweit mehr Studienplätze für Humanmedizin zu schaffen.

(Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen uns natürlich im Klaren sein, dass 1.000 Studienplätze ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Je nachdem, wie wir es rechnen, werden das für Schleswig-Holstein nicht viel mehr als 28 bis 35 Studienplätze sein. Das ist aber besser als nichts. Das ist ein Anfang. Ich möchte dabei betonen: Wichtig wird sein, dass diese Studienplätze selbstverständlich auskömmlich und nicht zulasten anderer Studienplätze finanziert werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat uns aufgetragen, das Zulassungsverfahren in der Medizin neu zu regeln. Ich wünsche mir nach wie vor, dass bei der Vergabe von Studienplätzen zum Beispiel berufliche Vorerfahrungen stärker berücksichtigt werden oder worden wären. Wir sind hier ja noch im Prozess. Die Abiturnote allein sagt wenig über die zukünftige Eignung für den Arztberuf aus.

(Beifall SPD)

Es bleibt aber das Problem, dass wie auch immer motivierte und befähigte Studieninteressierte auf zu wenig Medizinstudienplätze treffen. Hier müssen wir dringend entsprechend handeln. Ich habe es schon gesagt, meine Fraktion wird deshalb dem Antrag zustimmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Damen und Herren der Seniorenunion Lütjensee und des Seniorenbeirats der Stadt Norderstedt. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans Hinrich Neve.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verfügbarkeit eines Hausarztes ist für viele Schleswig-Holsteiner wichtiger als gute Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe oder schnelles Internet. Das geht aus einer Forsa-Umfrage hervor, die Anfang des Monats von der AOK NORDWEST veröffentlicht wurde. Wir alle haben das hier und da in der Zeitung gelesen. Die medizinische Versorgung steht für die Bevölkerung in unserem Land an erster Stelle. Das dürfen wir bei all dem nicht vergessen.

Engpässe in der Ärzteversorgung beobachten wir schon seit vielen Jahren. Über die Entwicklung der hausärztlichen Versorgung haben wir im August-Plenum schon gesprochen, aber auch in der Facharztversorgung werden Lücken sichtbar. Ich war vor Kurzem beim Marburger Bund. Dort klagten die Krankenhausärzte über die enorme Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung, die auch eine Folge von unbesetzten Arztstellen sind.

Wenn wir mit den Kreisen und kreisfreien Städten über ihre Gesundheitsämter sprechen, dann müssen wir auch hier feststellen, dass die Arztstellen dort ganz schwer zu besetzen sind. Sicherlich spielt hier auch die Besoldungsstruktur eine Rolle. Darüber sollten sich die Kreise und kreisfreien Städte noch einmal Gedanken machen, aber auch hier gibt es ein großes Problem. Auch die Amtsärzte brauchen wir.

Frau Dr. Bohn hat es eben schon erwähnt: Wir haben in unserer heutigen Gesellschaft andere Lebensentwürfe. Stichwort ist hier Work-Life-Balance. Man ist nicht mehr bereit, 60 Stunden und mehr in der Woche zu arbeiten. Das ist auch in Ordnung und richtig so. Das gilt ja für alle Bereiche. Das gilt auch für den ärztlichen Bereich. Ein Hausarzt, der heute in den Ruhestand geht, muss in der Regel durch mindestens zwei junge Mediziner ersetzt werden. Diese Entwicklung beobachten wir schon länger, sie ist nicht neu. Insofern kennen wir das schon.

Fachkräftemangel haben wir in vielen Bereichen, aber ein Fachkräftemangel ist oft auch ein Resultat dessen, dass die entsprechenden Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können. Von der SPD wurde es schon erwähnt: In dem medizinischen Bereich ist das ganz anders. Viele sind bereit, dies zu tun. Das ist uns bereits seit Jahren bekannt.

Das Problem wird zurzeit dadurch gelöst, dass Ärzte aus dem Ausland nach Deutschland kommen. Ansonsten würden einige Patienten in einigen Teilen Deutschlands nicht mehr versorgt werden. Allein 2018 stieg die Zahl der praktizierenden Medi-

zinerinnen und Mediziner aus dem Ausland auf 48.000. Das ist eine enorme Zahl. Das sind fast dreimal so viele wie zehn Jahre zuvor. Sie kommen aus Süd- und Osteuropa, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Syrien oder Ägypten; sie kommen aus vielen verschiedenen Ländern.

So willkommen diese Fachkräfte sind, ist diese Entwicklung nicht unproblematisch. Uns muss doch bewusst sein, dass die zugewanderten Medizinerinnen und Mediziner in ihren Herkunftsländern fehlen werden. Ich habe Kontakte nach Rumänien und Griechenland und weißt: Dort nimmt der Ärztemangel mittlerweile katastrophale Züge an. Insofern haben wir eine hohe Verantwortung, die Anzahl der Medizinstudienplätze dem heutigen Bedarf anzupassen.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Die Gesundheitspolitiker der Länder fordern das auf Bundesebene schon länger. Bei unseren Treffen auf Bundesebene steht dieses Thema seit einigen Jahren schon im Vordergrund. Anfang des Jahres hat der ehemalige Präsident der Bundesärztekammer, Montgomery, wiederholt mehr Studienplätzen gefordert - ich zitiere, Herr Präsident -:

„Wir brauchen rund 1.000 zusätzliche Studienplätze pro Jahrgang.“

Im Jamaika-Koalitionsvertrag 2017 haben wir festgeschrieben - ich zitiere wieder -:

„Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den anderen Bundesländern durch einen ‚Hochschulpakt Medizin‘ bundesweit 1.000 neue Medizinstudienplätze zu schaffen.“

Auch im Koalitionsvertrag des Bundes wird durch den Masterplan Medizinstudium 2020 der massive Handlungsbedarf erkannt. Der Bund will, so steht es im Koalitionsvertrag, die Länder - sogar eng - begleiten. Das finde ich schön, aber ich halte das für etwas allgemein.

Insofern wird das Vorhaben mit dem heute vorliegenden Antrag konkretisiert; wir verdeutlichen das. Wir bilden - das müssen wir auch sagen - in Schleswig-Holstein bereits heute über dem eigenen Bedarf aus. Medizinstudienplätze sind teuer. Es nützt allerdings nichts, wenn nur wir ausbilden. Wir müssen es gemeinsam mit den anderen Bundesländern tun. Hier ist der Bund in der Pflicht. Lassen Sie uns hier aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag ein Signal Richtung Berlin schicken. Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag. - Danke schön.

(Hans Hinrich Neve)

(Beifall CDU, vereinzelt SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Medizinstudium in Deutschland gilt als hochattraktiv, ist aber auch hochkomplex. Es beinhaltet Laborpraktika, verschiedenste Seminare und Praxisphasen. Rund sechs Jahre beschäftigt man sich intensiv mit den verschiedensten Fachbereichen - zu Recht; denn wer später als Ärztin oder Arzt tätig ist, trägt eine immens hohe Verantwortung für die Patientinnen, die Patienten, für ihr Wohlbefinden, ihre Gesundheit, ja, natürlich auch für ihr Leben.

Trotz der hohen Anforderung bei der Bewerbung um einen Studienplatz als auch während des Studiums wollen zahlreiche Menschen in Deutschland ein solches Studium absolvieren. Das ist per se erst einmal ein gutes Zeichen.

Eine Vielzahl dieser Studierenden vertieft sein Wissen über weitere Jahre in einer Facharztausbildung, um so nach über einer Dekade der akademischen wie fachärztlichen Ausbildung Verantwortung für Leib und Leben der Patienten zu übernehmen.

Doch trotz des starken Interesses für den Medizinstudiengang bleibt eine Erkenntnis: Es gibt nicht genug Ärztinnen und Ärzte. Offene Stellen gibt es sowohl in den Kliniken als auch bei den niedergelassenen Praxen. Das führt direkt auch zu mehr Arbeitsbelastung, nicht nur im ärztlichen Bereich, sondern auch im pflegerischen Bereich und bei sonstigen Berufen.

Die demografische Entwicklung wird in den nächsten Jahren dazu führen, dass sich diverse derzeit praktizierende alsbald aus dem Berufsleben verabschieden - zu Recht.

Politik muss proaktiv agieren, bevor sich bei uns Versorgungslücken realisieren. Aussagen über eine sogenannte Ärzteschwemme und eine Überversorgung mit medizinischem Personal, wie es Anfang der 90er-Jahre politisch debattiert wurde und wie man sich in den Mediatheken noch heute anhören kann - ich erinnere mich nicht daran, ich war etwas zu jung -, kommen einem wie aus der Zeit gefallen vor, wenn nicht wie von einem ganz anderen Stern.

Der demografische Wandel führt zu Fachkräftemangel. Fachkräftemangel führt zu Problemen bei der Unternehmensnachfolge. Das gilt leider auch im Gesundheitssektor. Obwohl zum Beispiel eine Praxis vor Ort gut läuft, findet sich immer häufiger keine Nachfolgerin beziehungsweise kein Nachfolger. Auch in gut bezahlter Anstellung lassen sich zu wenige Ärzte auf eine Tätigkeit in einer ländlichen Region ein.

Über die Attraktivität des ländlichen Raums entscheiden die Menschen auch mit Blick auf die medizinische Versorgung vor Ort, während mangelnde Attraktivität des ländlichen Raumes Ärztinnen und Ärzte davon abhalten können, dort eine Tätigkeit aufzunehmen. Das erinnert ein wenig an die Frage: Henne oder Ei - was war zuerst da? Bei Excel gilt dies als unzulässiger Zirkelschluss.

Über Ursachen ließe sich lange debattieren. Aber ich denke, wir haben einen Weg gefunden. Wir können die Zeit und Energie lieber in die Problembehebung stecken. Das machen wir mit dem vorliegenden Antrag.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Anzahl der Studienplätze bundesweit erhöht wird, werden langfristig auch mehr Medizinerinnen und Mediziner für die Patientenversorgung und Forschung - dieser Aspekt ist auch wichtig - zur Verfügung stehen.

Die neuen Studienplätze werden die öffentliche Hand viel Geld kosten. Ein Medizinstudium ist eine der teuersten Ausbildungen, die es gibt. Es ist aber Geld, das kaum besser angelegt werden kann.

Da kein Bundesland prinzipiell nur für sich selbst Medizinerinnen und Mediziner ausbildet, sondern potenziell für das gesamte Bundesgebiet, theoretisch sogar für ganz Europa, wird in vielen Ländern der Ruf lauter, dass die Bundesebene mehr Verantwortung übernehmen muss. Deswegen fordern wir, die Regierungskoalition, die Schaffung von 1.000 zusätzlichen Studienplätzen deutschlandweit, wovon dann natürlich auch Schleswig-Holstein strukturell profitieren würde.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die eine Komponente besteht darin, dass wir prinzipiell mehr Studienplätze benötigen. Die zweite ist, dass die Absolventen auch gern in Schleswig-Holstein bleiben dürfen. Die Kampagne des Wirtschaftsministeriums dazu heißt „Bleib oben“. Junge

(Dennys Bornhöft)

Menschen sollen nach der Ausbildung oder dem Studium hier im Norden bleiben.

Auch im Fall der Mediziner Ausbildung wollen wir, dass die Mediziner nicht nur auf einem möglichst hohen Niveau ausgebildet sind; wir wollen sie auch hier halten. Deshalb ist es wichtig, dass wir Schleswig-Holstein als Standort in Gänze attraktiv machen. Wir sind nicht nur eine Urlaubsregion. Wir sind auch eine Wirtschafts- und vor allem auch Lebensregion.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

- Ja, da kann man klatschen.

(Martin Habersaat [SPD]: Gibt es auch Nichtlebensregionen in Deutschland?)

- Ich hoffe nicht. Falls dem so ist, sollten wir auch daran arbeiten. - Potenzielle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen in Schleswig-Holstein Bedingungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, Forschung zu betreiben und Verfahren und Techniken zu testen. Auch das ist ein wesentlicher Aspekt der Gesundheitsversorgung. Aber dieses Thema sehe ich bei der Landesregierung in guten Händen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! In Schleswig-Holstein ist knapp ein Drittel der Hausärzte 60 Jahre alt oder älter. Das bedeutet, dass in den nächsten zehn Jahren - Sie sagten es - ein großer Teil, nämlich 650 Mediziner, aufhören wird. Derzeit sind vom Landarztmangel Kreise wie Dithmarschen oder Steinburg bedroht. Ein Mangel an Landärzten ist immer nur der Vorbote einer alarmierenden Entwicklung. Deswegen müssen wir gegensteuern. Der vorliegende Antrag setzt in der Tat das richtige Zeichen.

Auch wir appellieren an die Landesregierung: Setzen Sie sich dafür ein, zusätzlich 1.000 Studienplätze zu schaffen.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, bundesweit werden derzeit rund 9.600 Studienplätze angeboten. Hiervon

entfallen etwas mehr als 400 auf Schleswig-Holstein. Mit Ihrem Antrag schlagen Sie also den richtigen Weg ein, auch wenn klar ist, dass von den zusätzlich geforderten 1.000 Studienplätzen in Schleswig-Holstein genau 34 entfallen werden; so war es in der Zeitung zu lesen. Leider wird auch - das wissen wir - ein nicht unerheblicher Teil dieser Absolventen nach dem Studium das Land wieder verlassen. Darauf komme ich später noch einmal zu sprechen.

Wir müssen also feststellen, dass in der Tat ein ganzes Bündel an Maßnahmen nötig ist, um die Engpässe in der medizinischen Versorgung zu reduzieren und dafür zu sorgen, dass der Arztberuf insbesondere auf dem Land und in den Krankenhäusern wieder attraktiver wird.

Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Masterplan Medizinstudium 2020 und mit dem im Jahr 2015 in Kraft getretenen GKV-Strukturfonds wurde bereits versucht, gegenzusteuern. Es geht um Nachwuchsgewinnung, es geht um die Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung, und es geht um die Förderung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Gut so. Aber auch, wenn der Bund nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden darf, sind wir in Schleswig-Holstein gefordert, den Ärztenachwuchs zu sichern.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den von Minister Garg ins Leben gerufenen Versorgungssicherungsfonds des Landes zu sprechen kommen, dessen Zielrichtung es allerdings ist, innovative und zukunftsweisende Konzepte zu fördern und nicht die bestehende Regelversorgung. Das ist prinzipiell zwar keine unwichtige Sache, aber auch hier gilt: Eine Maßnahme für sich allein genommen wird noch keine ausreichende Wirkung erzielen können. Wir sollten daher weitere Maßnahmen suchen, auch solche, die vom Land ausgehen.

Meine Damen und Herren, genau aus diesem Grund hat der Kollege Claus Schaffer vor vier Wochen an dieser Stelle das Landarztgesetz hier eingebracht. Sie erinnern sich gewiss noch an die Einwände, dass unsere Initiative ja erst viel zu spät, erst in Jahren, greifen würde. Ja natürlich, wir wissen alle, wie lange die Ausbildung für einen Arzt inklusive Studium und Facharztausbildung dauert. Ich kam auf mindestens elfeinhalb Jahre, Sie sprachen sogar von noch mehr. Das ist nun einmal so, das können wir nicht ändern. Das ist aber auch keine Rechtfertigung für diese Einwände und diese Kritik, ebenso wenig dafür, sich gegen die Initiative heute und gegen das, was Claus Schaffer hier vor vier Wochen eingebracht hat, zu wenden. Das schließt natürlich

(Dr. Frank Brodehl)

nicht aus, dass Ideen, die in kürzerer Zeit eine Wirkung entfalten können, gesucht werden.

Da sind wir mit unserer Fraktion auf dem besten Weg. Wir denken da zum Beispiel an einen Fonds, der die Regelversorgung im ländlichen Raum sichert oder der der Förderung der Gründung oder der Übernahme von Landarztpraxen dient. In anderen Bundesländern bestehen solche Fonds, die speziell der vertragsärztlichen Tätigkeit als Haus- oder Fachärzte dienen und die auf die Gründung beziehungsweise auf die Übernahme einer Arztpraxis zugeschnitten sind. In diesem Fonds könnte auch eine Rückkehrprämie für Ärzte enthalten sein, die nach einer Tätigkeit im Ausland wieder mit dem Gedanken spielen, zurück nach Schleswig-Holstein zu kommen und sich für eine gewisse Zeit für eine Tätigkeit im ländlichen Bereich verpflichten müssten.

Meine Damen und Herren, es kann uns nicht egal sein, dass Einheimische, hier ausgebildete Ärzte, unser Land verlassen, weil sie anderswo bessere Bedingungen finden. Es kann uns auch nicht gleichgültig sein, dass zumindest ein Teil von den über 40.000 hier bundesweit tätigen Ärzten aus dem Ausland kommen, hier arbeiten und dann in ihrer Heimat fehlen.

Als AfD-Fraktion werden wir daher weiter Initiativen einbringen, die jetzt in der Überlegung sind, gerade auch, um das teils als dröge anmutende Landarztimage aufzupolieren oder positiv zu stimmen. Heute stimmen wir erst einmal aus Überzeugung Ihrer Initiative zu. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich in meine Rede einsteige, möchte ich unserem Kollegen Dennys Bornhöft und seiner Frau Gyde Jensen ganz herzlich zu dem kleinen Mädchen gratulieren.

(Beifall)

Das fand ich ganz wichtig. Gestern haben wir sie schon einmal gehört, und ich denke, sie war mit acht Tagen das jüngste Menschenkind, das hier einen Zwischenruf gemacht hat. - Großartig.

Nun zum Thema. Wir haben den Ärztemangel hier schon mit verschiedenem Fokus debattiert, die eine Einsicht bleibt aber immer: Unser Gesundheitswesen hat ernstzunehmende Versorgungslücken, und die Landesregierung ist hier dringend aufgefordert, zu handeln, und zwar sowohl auf lange Sicht als auch mit Sofortmaßnahmen. Deswegen ist die Entscheidung, diesem Antrag zuzustimmen, bei uns in der Fraktion auch ganz schnell gefallen. Wenn nun mit diesem Antrag gefordert wird, dass der Bund 1.000 zusätzliche Medizinstudienplätze schaffen soll, stimmen wir natürlich zu. Es bleibt aber trotzdem so, dass es mehr als eine Schraube gibt, an der die Landesregierung drehen muss, wenn sie dem Ärztemangel ernsthaft begegnen will.

In der Antragsbegründung wird auf den Bedarf im ländlichen Raum hingewiesen. Das ist ja auch vollkommen richtig. Deswegen ist es auch seit Jahren eine SSW-Kernforderung, die medizinische Versorgung auf dem Land bedarfsgerecht zu sichern. Schleswig-Holstein ist nun einmal ein Flächenland, da können wir es uns einfach nicht erlauben, die wohnortnahe medizinische Versorgung zu vernachlässigen, und zwar ohne Landarztquote und Zwang, sondern mit verbesserten Arbeitsbedingungen, Flexibilität und mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn es liegt nicht unbedingt an mangelnden Studienplätzen, dass sich wenig ausgebildete Medizinerinnen und Mediziner in einer Landarztpraxis sehen. Es sind eben auch die Rahmenbedingungen, die stimmen müssen. Und dafür muss das Land sorgen. Es muss für Kitas, Schulen, für ein kulturelles Angebot und dafür, dass all dies mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen ist, sorgen. Nicht zuletzt wären wir dann auch wieder beim Breitbandausbau, der auch mit Blick auf die Möglichkeiten der Telemedizin weiter voranschreiten muss. Im letzten Monat hatte ich es bereits angemerkt, auch über finanzielle Anreize sollte unsere Landesregierung ernsthaft nachdenken. Was bei den Lehrkräften geht, sollte in ähnlicher Form auch für Ärztinnen und Ärzte gelten können.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, mir sind die Forderungen der Studierenden der Medizin aus dem letzten Jahr nachdrücklich in Erinnerung geblieben. Das fängt bei der Wohnraumproblematik an, wird aber auch ganz konkret beim Praktischen Jahr deutlich. Ich muss schon sagen, dass ich es schade finde, dass das Land hier keine gute Lösung gefunden hat. Vielleicht sollten wir uns, wenn wir uns alle einig sind, diesem Antrag zuzustimmen und als Land auf Hilfe des Bundes zu zielen, überlegen, ob wir vielleicht eine Bundsratsinitiative genau zu diesem Punkt starten, denn es ist wichtig, dass sich die Stu-

(Jette Waldinger-Thiering)

dierenden im Praktischen Jahr ernähren können, wohnen können, denn sie können nebenbei kein Geld verdienen, um das durchzuziehen. Es handelt sich ja schließlich um eine 48-wöchige Vollzeitarbeit nach einem fünfjährigen Studium und der Ableistung zweier Staatsexamina.

In Deutschland gibt es bei den Universitätskliniken und Lehrkrankenhäusern keine einheitlichen Vorgaben für Aufwandsentschädigungen im Praktischen Jahr. Allerdings bleibt neben dem PJ offensichtlich kaum Zeit, noch einem Nebenjob nachzugehen. Ich hatte es gerade erläutert. Hierfür muss die Landesregierung aus unserer Sicht wirklich, wenn sie es nicht selbst zahlen will, eine andere Lösung finden. Da, meine ich, müssten wir schauen, wenn das nicht zwischen UKSH, den Studierenden und den anderen Akteuren koordiniert werden kann, dass wir uns auch in diesem Punkt an den Bund wenden, damit wir eine einheitliche Aufwandsentschädigung erreichen können.

Wenn wir schon bei der medizinischen Ausbildung sind, merke ich immer wieder an, wie heillos erleichtert ich bin, dass 2010 der Studiengang Medizin in Lübeck - der Kollege Dunckel sprach es an - trotz der schwarz-gelben Pläne nicht geschlossen worden ist. Wo stünden wir bloß jetzt, wäre die Medizinische Fakultät damals tatsächlich dichtgemacht worden? - Deswegen ist es mir auch so wichtig, die herausragende Stellung unseres UKSH zu betonen. Wir müssen unsere Gesundheitsversorgung und die dazu gehörige Infrastruktur unbedingt aufrechterhalten. Natürlich bleibt das eine riesige Herausforderung, aber es ist eine, um die man sich nicht drücken darf. Auch nicht, wenn man das Problem ein bisschen dem Bund zuschieben will. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kay Richert [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem guten Antrag ist genug gesagt worden, aber es gibt natürlich das Problem, und es gibt auch viele Facetten dieses Problems, deswegen will ich auf einige eingehen, die unter Umständen in den Ausschüssen oder an anderen Stellen zur Diskussion um das Landarztgesetz kommen.

Es reicht hier nicht aus, wenn wir einfach sagen, wir bräuchten eine höhere Zahl von irgendetwas, sondern es muss auch eine höhere Nachhaltigkeit entwickelt werden. Da plädiere ich immer wieder dafür, dass Gesundheitsberufe einen eigenen Zugang zu Studienplätzen bekommen sollen. Dafür ist es wichtig zu wissen, welche Voraussetzungen ein guter Arzt mitbringen muss. Er muss kein kognitiver Akrobat sein, sondern er muss ein gutes Händchen haben und heilen können. Darüber hinaus muss er eine gewisse Kompetenz mitbringen.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich möchte, wenn ich im Krankenhaus bin - im UKSH oder wo auch immer - und die Frage aufkommt, wer die Spritze, den Kanal setzt oder den Zugang legt, zehnmal lieber von Birte Pauls den Zugang gelegt bekommen als von irgendeinem Assistenzarzt,

(Heiterkeit)

der sich bemüht, so gut er kann. Das ist Erfahrung. Das sind viele Jahre Arbeit in der intensivmedizinischen Pflege. Da sitzt die Nadel sofort, meine Damen und Herren.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Ich hätte Angst! - Heiterkeit - Hauke Götsch [CDU]: Praktische Darstellung! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wann hast du das das letzte Mal gemacht? - Birte Pauls [SPD]: Vor zehn Jahren!)

- Das ist jetzt eine Weile her. Ich möchte einfach einmal zur Diskussion stellen, was wir für Zugänge brauchen.

Eine andere Frage: Wie bewerten wir die Abiturnote im Bereich Biologie? Wenn sie egal ist, dann kann ich auch im Fach Musik eine wunderbare Note bekommen und anschließend Arzt werden. - Nein, es muss einfach eine Gewichtung geben, es muss eine Logik geben. Man muss bei Gesundheitsberufen den Zugang besonders regeln.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP] und Kay Richert [FDP])

Kurz und gut: Wir werden also im Rahmen dieser Diskussion, die wir im Fachausschuss beim Landarztgesetz führen werden, dieses Thema weiter und differenzierter betrachten, zum Beispiel auch in der Frage, wie Telemedizin zukünftig verankert wird. Das ist eine Frage von zukünftiger Qualität, aber auch von Kompetenzen. Die Zugänge zum Medizinbereich rein über die Abiturnote sind falsch. Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze in der Medizin, und wir brauchen eine differenzierte Auswahl für

(Bernd Heinemann)

diese Ausbildungsplätze. Das sind die Botschaften, meine Damen und Herren. In diesem Sinne: Vielen Dank für diesen Antrag, den wir unterstützen werden.

(Beifall SPD und Kay Richert [FDP])

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, das Wort.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, 1.000 zusätzliche Medizinstudienplätze - mit dieser Forderung befinden sich die Abgeordneten in guter Gesellschaft. Es ist auch die Forderung der Bundesärztekammer. Nicht umsonst hat die Jamaika-Koalition diese Forderung zum Gegenstand ihres Koalitionsvertrags gemacht.

Wir haben in Schleswig-Holstein - nicht nur in Schleswig-Holstein - heute zu wenige Ärztinnen und Ärzte. Das gilt nicht nur für die ländlichen Regionen. Trotzdem wissen wir, dass es besonders in Mecklenburg-Vorpommern, in Hessen oder eben in Schleswig-Holstein in den ländlichen Gebieten drückt. Frau Bohn hat auf die Problematik der Inseln und Halligen hingewiesen. Viele Hausarztpraxen auf dem Land, aber zunehmend auch in den Städten suchen nach Nachfolgerinnen und Nachfolger. All das ist nicht neu.

Es ist auch nicht neu, wie wichtig den Menschen diese Frage ist. Eine gesicherte medizinische Versorgung hat für fast alle Menschen absolute Priorität, und zwar vor vielen anderen Themen wie Einkaufsmöglichkeiten, schnellem Internet. Alles wird unwichtig, wenn die medizinische Versorgung nicht mehr gesichert ist.

Aber Dinge wie schnelles Internet spielen dann eben doch bei der Versorgung im ländlichen Raum eine Rolle. Vor allem müssen wir uns auch anschauen - auch das ist erwähnt worden -: Was wollen eigentlich junge Ärztinnen und Ärzte heute? Welche Vorstellungen haben junge Ärztinnen und Ärzte, wenn sie sich auf eine Hausarztstelle bewerben? Ich nenne das Stichwort Work-Life-Balance. Da sind die Dinge heute eben anders, als sie noch vor einigen Jahren waren. Das müssen wir bei der Nachfolgefrage berücksichtigen.

Die Dinge sind nämlich ein bisschen komplexer und nicht nur auf Themen wie die Landarztquote zu begrenzen. Wir haben hier ein wirklich komplexes Thema miteinander zu beraten. Den Ärztemangel

gibt es eben nicht nur im ländlichen Raum. Der Ärztemangel belastet die hausärztliche Versorgung, die Facharztversorgung, übrigens auch die Versorgung mit Ärzten in der Forschung. Auch das macht uns zunehmend Sorgen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht nur über die Qualität der medizinischen Ausbildung sprechen - auch das ist angesprochen worden -, wir müssen auch über Strukturen in der ärztlichen Versorgung sprechen, wenn wir diesem Thema wirklich gerecht werden wollen. Es ist ja wahr, was Herr Neve ausgeführt hat: Wir behelfen uns im Augenblick mit qualifizierter Zuwanderung, insbesondere aus den ärmeren europäischen Ländern. Natürlich fehlen die Ärztinnen und Ärzte dort vor Ort. Das kann uns nicht zufriedenstellen.

Aber ich will auch nicht verschweigen: 1.000 zusätzliche Medizinstudienplätze sind eine riesige Herausforderung - eine Herausforderung, die so groß ist, dass die Länder das nicht allein stemmen können. Ich würde so weit gehen: Die zusätzlichen 10 % an Studienplätzen, über die wir reden - es geht um 10 % weiterer Studienplätze -, gibt es natürlich nicht zum Nulltarif. Wir haben darüber hinaus in allen Bundesländer nicht nur mit dem quantitativen Ausbau, sondern eben auch mit dem qualitativen Ausbau unsere Hausaufgaben zu machen. Wir tun das in Schleswig-Holstein, wir investieren in die Qualität der medizinischen Ausbildung, aber wir können das nur gemeinsam mit dem Bund stemmen, wenn wir diesen Weg, 1.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen, beschreiten wollen.

(Beifall CDU, FDP, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Kultusministerkonferenz hat gemeinsam mit der Gesundheitsministerkonferenz den Masterplan Medizinstudium 2020 auf den Weg gebracht. Darüber sollen die Studieninhalte und Studienstruktur verändert werden, dies unter anderem mit dem Schwerpunkt, die Studierenden bereits im Studium für die allgemeine Medizin und die ländliche Versorgung zu begeistern. Das übrigens halte ich auch für einen wichtigen Beitrag, um unseres komplexen Problems - da haben wir überhaupt keinen Dissens, das ist ein komplexes Problem - Herr zu werden. Wir machen da in Schleswig-Holstein schon eine Menge.

Seit 2014 und 2015 haben wir an den Universitäten Kiel und Lübeck Professuren für Allgemeinmedizin. Beide sind in enger Abstimmung mit der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung dabei, alles möglich zu machen, damit Studierende in

(Ministerin Karin Prien)

jedem Landkreis in Schleswig-Holstein Praktika absolvieren und einen Teil ihres Praktischen Jahres auch dort ableisten können. Diese Initiativen zeitigen bereits Erfolge, und das ist gut so.

(Beifall CDU, FDP, Bernd Heinemann [SPD] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bemühe mich darum, Ihnen die Vielseitigkeit und die Facetten dieser Aufgabe nahezubringen, weil wir aufpassen müssen, uns nicht zu übernehmen, wenn wir gleichzeitig in Qualität und in Quantität investieren. Das werden wir nur gemeinsam mit dem Bund schaffen. Es gibt umfangreiche Bestrebungen der Länder, mit dem Bund darüber in einen intensiven Dialog zu treten. Ich kann Ihnen sagen, dass der Staatssekretär mit dieser Frage im Grunde ständig befasst ist.

Aus meiner Sicht reden wir hier über eine gesamtstaatliche Aufgabe. Der Bund ist hier in der Pflicht. Er trägt die Verantwortung. Frau Bohn hat über die Daseinsvorsorge gesprochen. Ich will auch von der Verantwortung sprechen, für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse Sorge zu tragen. Das steht bereits in Artikel 72 unseres Grundgesetzes, und dieser Verantwortung darf der Bund sich nicht entziehen, sondern er muss diese wahrnehmen.

Die Signale aus Berlin sind jetzt nicht überwiegend positiv. Das will ich an dieser Stelle auch nicht verheimlichen. Das ist Thema jeder Amtschefkonferenz, jeder Kultusministerkonferenz und jeden Gesprächs mit Vertretern der Bundesregierung, wenn es um den Bereich der Verbesserung der ärztlichen Versorgung geht. Wir bleiben dran, wir teilen die Zielsetzung, 1.000 zusätzliche Medizinstudienplätze in Deutschland zu schaffen. Gemeinsam werden wir es bewegen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Bernd Heinemann [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die Ministerin hat die vorgesehene Redezeit um 1 Minute erweitert. - Ich sehe nicht, dass eine Fraktion von dem erweiterten Rederecht Gebrauch machen möchte, denn weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 19/1712 einstimmig angenommen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Für ein würdiges Gedenken an die friedliche Revolution 1989/1990

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1638

Friedliche Revolution und Deutsche Einheit sind untrennbar verbunden

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1722

Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1731

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Ich gehe davon aus, dass der Alternativantrag Drucksache 19/1722 durch die Mittragstellung zum Alternativantrag Drucksache 19/1731 seine Erledigung gefunden hat. - Widerspruch sehe ich nicht.

Ich eröffne somit die Aussprache. Für die AfD-Fraktion hat somit der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Wenn wir in ein paar Tagen hier den Tag der Deutschen Einheit in unserer Landeshauptstadt feiern, dann ist das in der Tat ein Grund dafür, ausgelassen und fröhlich zu feiern: mit guter Musik, mit gutem Essen, mit Deutschlandfähnchen, mit allem, was zu einer richtigen Einheitsfeier dazugehört.

(Beifall AfD)

Dabei ist der 3. Oktober, wie wir alle wissen, nur das Datum der Vollendung der staatlichen deutschen Einheit, denn ohne die Freiheits- und Demokratiebewegungen in Prag - Charta 77 -, Danzig - Solidarno - und vor allem den Abbau der Grenzanlagen durch Ungarn wäre die Wende nicht gekommen. Das Gleiche können auch all diejenigen DDR-Bürger für sich in Anspruch nehmen, die dem

(Dr. Frank Brodehl)

SED-Regime auf offener Straße, unter hohem persönlichen Risiko die Stirn geboten haben. Die Gefahr einer chinesischen Lösung lag durchaus in der Luft.

Der emotionale und historische Höhepunkt der Ereignisse, die letztlich zum 3. Oktober 1990 führten, war der 9. November 1989, der Tag des Mauerfalls. Er jährt sich in diesem Jahr zum 30. Mal. Das ist eine lange Zeit; die Erinnerungen daran verblasen naturgemäß nach und nach. Lassen Sie uns deshalb dafür Sorge tragen, dass das Andenken an 1989 seine Würde behält und sich in unserem Bewusstsein dauerhaft hält.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Wir machen hierzu zwei konkrete Vorschläge. Lassen Sie uns gemeinsam mit weiteren Vertretern der Gesellschaft am 9. November zu einer Gedenkstunde hier zusammenkommen. Lassen Sie uns dabei vor allem der Opfer der deutschen Teilung gedenken. Trennung ganzer Familien, Bevormundung, Zensur und das geistige wie physische Eingesperrtsein in der DDR waren die Mittel und Folgen des real existierenden Sozialismus, des absoluten Tiefpunkts deutscher Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Lassen Sie uns gleichzeitig diejenigen würdigen, die gegen all dies - gegen die Folgen des Sozialismus - mutig aufgestanden sind.

(Beifall AfD)

Gleichzeitig ist dafür Sorge zu tragen, dass sich der 9. November 1989 und insbesondere dessen Vorgeschichte dauerhaft im Bewusstsein der Bevölkerung verankern kann.

Damit komme ich zu unserem zweiten Vorschlag: Lassen Sie uns den Ausbau der historischen Gedenkstätten an der ehemaligen schleswig-holsteinischen Grenze zur DDR ins Auge fassen, durchaus entsprechend der großen Marienborner Gedenkstätte in Sachsen-Anhalt. Eine solche Gedenkstätte wird ganz ohne Zweifel Entscheidendes dazu beitragen, der friedlichen Revolution ein bleibendes historisches Vermächtnis zu bewahren. Dies sollte besonders in Zeiten wichtig sein, in denen sich sozialistische Weltverbesserungsphantasien einmal mehr ausbreiten wollen.

Meine Damen und Herren, der 9. November spiegelt die wechselvolle Geschichte Deutschlands wie kein anderes Datum wider: die Abdankung des Kaisers nach dem Ersten Weltkrieg, Hitlers Putschversuch 1923, die Pogromnacht 1938, die den Auftakt zur Shoa bildete. Dass wir 51 Jahre später, 1989, nach dieser Schande einmal das glücklichste Volk

der Welt sein würden, ist im Zweifelsfall ein Gnadengeschenk.

(Beifall AfD)

Der 9. November 1989 reiht sich aber noch in einen weiteren Zusammenhang ein: das Wartburgfest 1817, das Hambacher Fest 1832, die März-Revolution 1848 oder natürlich auch die Ereignisse des 17. Juni 1953. Das sind allesamt Ereignisse der Freiheit, mal mit gutem, mal mit schlechtem Ausgang. Zusammengenommen mit den Ereignissen vom 9. November sind sie prägend und identitätsstiftend für unser Volk, für unser Land. Identität verschafft Verbundenheit, Verbundenheit schafft Zusammenhalt.

Der ursprüngliche Alternativantrag der SPD trägt den Titel „Friedliche Revolution und Deutsche Einheit sind untrennbar verbunden“. - Ja, natürlich, man kann das nicht künstlich auseinanderzerren, aber alles hat eben seine Zeit: Zeit, würdig zu gedenken, Zeit, das historische Vermächtnis zu bewahren, und Zeit, richtig zu feiern. So sehr wir den sich am 3. Oktober zum 29. Mal jährenden Tag der Deutschen Einheit feiern, so sehr sollten wir am 9. November den 30. Jahrestag des Mauerfalls 1989 würdigen. Denn er ist das Symbol dafür, dass der Freiheitswille der Menschen die Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas überhaupt erst möglich gemacht hat.

Lassen Sie uns nicht den Hauch eines Verdachtes aufkommen, dass hier Routine und Pflichtübungen bestehen, sondern den Schwerpunkt darauf legen, insbesondere der jungen Generation vorzuleben, was der 9. November 1989 für uns bedeutet! Feiern wir also den 3. Oktober 2019 ausgelassen, und würdigen wir den 9. November 2019! - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir in diesem Jahr des 30-jährigen Jubiläums der friedlichen Revolution und des Falls der Mauer gedenken, ist das für alle Menschen in Deutschland - in den alten wie in den neuen Bundesländern gleichermaßen - Anlass zur Freude. Diese 30 Jahre decken sich für mich persönlich ziemlich genau mit dem Gesamtzeitraum meines eigenen politischen Engagements. Ich bin Anfang 1989

(Tobias Koch)

im Alter von 15 Jahren in die Junge Union eingetreten und auch deshalb heute CDU-Mitglied, weil meine Partei sich immer klar und eindeutig für die Wiedervereinigung eingesetzt hat.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Gerade bei uns in Schleswig-Holstein haben wir in Lübeck und im Herzogtum-Lauenburg die Folgen der Teilung, nämlich die innerdeutsche Grenze mit Schießbefehl und Stacheldraht, hautnah miterlebt.

Die allererste politische Aktion, an die ich mich aus meinen Jugendtagen erinnern kann, war unsere Spendensammelaktion zugunsten der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter, jener Einrichtung, die die Aufgabe hatte, politische Verbrechen in der DDR sowie den Schusswaffeneinsatz an der innerdeutschen Grenze zu erfassen, um nach einer erfolgten Wiedervereinigung die Täter zur Rechenschaft ziehen zu können. Diese Institution war weniger als ein Jahr vor dem Fall der Mauer in ihrer Existenz bedroht - aus heutiger Sicht kaum vorstellbar. Mehrere Bundesländer - auch Schleswig-Holstein - waren damals aber bereit, die dauerhafte Existenz zweier deutscher Staaten anzuerkennen und hatten deshalb die jährlichen Zuschüsse gestrichen.

Unser Protest in dieser Spendensammelaktion ist für mich persönlich die hautnahe Erinnerung an dieses so bewegte Jahr 1989. Ich bin mir sicher: Die allermeisten Kolleginnen und Kollegen werden aus diesem Jahr aus den Tagen vor und unmittelbar nach dem 9. November 1989 ähnliche, ganz persönliche Erinnerungen und Eindrücke besitzen, sodass für jeden von uns dieser Jahrestag ein ganz besonderes Datum ist.

Dem Versuch der AfD, sich hier wieder einmal eines Themas zu bemächtigen, das mit dieser Partei nicht das Geringste zu tun hat, will ich hier entschieden entgegentreten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Auch an dieser Stelle brauchen wir keine belehrenden Ratschläge von Ihnen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Aha!)

Niemand hat auf Ihren Vorschlag einer zentralen Gedenkveranstaltung gewartet, sondern unsere Landesregierung ist hier längst aus eigener Initiative tätig geworden.

Ich will an dieser Stelle den gemeinsamen Festgottesdienst zusammen mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern im Ratzeburger Dom genauso erwäh-

nen wie eine ganze Reihe weiterer Feste und Gottesdienste in der ehemaligen Grenzregion. Das ist mit Sicherheit der deutlich bessere Ort, um der friedlichen Revolution und des Mauerfalls zu gedenken, als es das Landeshaus je sein könnte.

Falls es der AfD-Fraktion entgangen ist: Auch die Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup wird durch Beschlüsse der Jamaika-Koalition schon längst aus dem Landeshaushalt gefördert, was sich nicht zuletzt in der Ausstellung im Rahmen des Tages der Deutschen Einheit niederschlägt.

Überholt ist auch Ihre Forderung nach einem Konzept, um das historische Vermächtnis der friedlichen Revolution dauerhaft zu bewahren. Mit den im Alternativantrag genannten Punkten sind wir bereits in der konkreten Umsetzung. Der Mut der Menschen in der damaligen DDR bestand darin, unter hohem persönlichen Risiko für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einzutreten. Das sind Werte, die es immer in den Vordergrund zu rücken und auf allen Ebenen zu vermitteln gilt.

Eine ganz besondere Bedeutung kommt dabei der Bildungspolitik zu. Dank der Initiative unserer Bildungsministerin Karin Prien ist dieses Jahr bereits zum Jahr der politischen Bildung ausgerufen worden. Daran lässt sich anknüpfen, und darauf lässt sich weiter aufbauen. Unser Antrag zielt darauf ab, dass sich möglichst viele Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer zukünftig mit dem 9. November 1989 und den dazugehörigen Ereignissen auseinandersetzen können. Anlässlich des 30. Jahrestages bieten sich in diesem Jahr dafür besondere Projektstage an den Schulen ebenso wie die Teilnahme an den genannten Veranstaltungen an.

Für uns ist aber ebenso wichtig, dass dieses Thema nicht nur auf einen einzelnen Tag beschränkt bleibt, sondern ganzjährig an den Schulen aufgegriffen wird. Demokratieprojektstage unter Einbindung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der friedlichen Revolution können zu späteren Zeitpunkten genauso gut durchgeführt werden, wie sich mit der Grenzinformationsstätte Lübeck-Schlutup ein regelmäßiges Schulangebot zum Mauerfall entwickeln lässt - das Ganze natürlich möglichst auch digital im Rahmen des zukünftigen Hauses der Landesgeschichte. All das finden Sie in unserem Alternativantrag wieder.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schließe deshalb mit folgenden Worten, die Sie ebenfalls in unserem Antragstext finden:

„Nur, wer die Geschichte kennt, kann aus der Geschichte lernen und die Zukunft friedvoll gestalten.“

(Tobias Koch)

Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die friedliche Revolution 1989 und die deutsche Wiedervereinigung 1990 sind zwei herausragende historische Ereignisse, vermutlich die bedeutendsten der deutschen Nachkriegsgeschichte, und zugleich sind sie untrennbar miteinander verbunden. Das Ende des SED-Regimes brachte Millionen Menschen die politische Freiheit, es ermöglichte die Wiedervereinigung zweier Länder, aber auch unzähliger Familien.

Auf der Suche nach den Ursachen dieser Entwicklung rücken für viele die Annäherungspolitik der Regierung Brandt/Scheel und das politische Tauwetter der 80er-Jahre in den Fokus. Beides sind wichtige Schritte, doch es kam etwas anderes hinzu: der mutige Einsatz der Menschen in Ostdeutschland, die in den Monaten vor dem Mauerfall auf die Straße gingen, der ein unzweifelhaft morsches System zum Einsturz brachte und die friedliche Revolution ermöglichte. Ich freue mich, dass wir dieses Engagement heute mit unserem gemeinsamen Antrag mit breiter Mehrheit würdigen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

30 Jahre nach der friedlichen Revolution und wenige Tage, bevor Schleswig-Holstein Gastgeber der Feierlichkeiten für den Tag der Deutschen Einheit sein darf, ist das ein starkes Signal.

„Wenn der Zug der deutschen Einheit rollt, dann kommt es darauf an, dass wenn's irgend geht dabei niemand unter die Räder kommt.“

Dieses Zitat von Willy Brandt ist aus einer Rede, die der Altkanzler im Juni 1990 im Deutschen Bundestag gehalten hat. Es ist bedauerlicherweise sehr viel weniger bekannt als andere Zitate. Hinter diesem Ausdruck steckt eine Befürchtung, von der sich zeigen sollte, dass sie gerechtfertigt war.

57 % der Ostdeutschen urteilen heute, die DDR habe mehr gute als schlechte oder sogar überwiegend gute Seiten gehabt. In Anbetracht von Stasi, Mauer-toten und politischer Unfreiheit muss einem das zu

denken geben, weil es vor allem auch eine Aussage über die Vergleichsgröße, also die Jahre nach der Wiedervereinigung, darstellt. Für viele Menschen in den ostdeutschen Ländern stellt die Zeit nach 1990 keine glänzende Erfolgsgeschichte dar, sondern sie ist geprägt durch Brüche, Verunsicherung und Verluste. Für viele gingen nicht nur Jobs verloren, sondern auch Strukturen, die bei aller zutreffenden Kritik am System Halt und Sicherheit versprochen.

Deutschland hat seit 30 Jahren die politische und wirtschaftliche Einheit, aber zu Recht hinterfragen viele, wie es um die soziale Einheit steht. Ostdeutsche verdienen weniger als ihre Kollegen im Westen, in Görlitz nur halb so viel wie in Ingolstadt. Sie haben eine geringere Tarifbindung, sie haben weniger Urlaubsanspruch. Viele derjenigen, die ihren Job verloren haben, sind trotz langjähriger Arbeit bis heute von Altersarmut bedroht - ein Problem, das sicherlich nicht nur auf Ostdeutschland beschränkt ist, aber dort besonders viele trifft. Gute Sozialpolitik, die das Land zusammenhält und zusammenführt, hilft allen Menschen in Deutschland.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihre Auswirkungen sind in Ostdeutschland vermutlich noch wichtiger als im Westen. Die Einführung des Mindestlohns war für viele Menschen im Osten die bis dahin größte Gehaltserhöhung in ihrem Erwerbsleben. Ebenso wird eine starke Grundrente, die den Namen wirklich verdient, vielen Sicherheit geben, die sich zu Recht Sorgen um Altersarmut machen. Das sind Instrumente, die wir brauchen, um 30 Jahre nach der Wiedervereinigung die soziale Einheit Wirklichkeit werden zu lassen.

Noch etwas scheint mir wichtig zu sein, nämlich der Respekt vor Lebensleistung. Niemand käme auf die Idee, einem Westdeutschen weniger Respekt für die Arbeit zu zollen, die er in einem später insolvent gegangenen Betrieb verrichtet hat. Doch genau diese Erfahrung machen Menschen mit DDR-Biografien immer wieder, wenn abschätzig über ihre Lebensleistung geurteilt wird. Das machen sich die Rechtspopulisten zunutze. Wenn die mit Willy-Brandt-Plakaten Wahlkampf machen, ist das unanständig, denn Willy Brandt stand exakt für das Gegenteil dessen, was Sie vertreten. Deswegen brauchen wir von Ihnen überhaupt nichts zu diesem Thema.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie sollten das Wort Freiheit nicht in den Mund nehmen. Grundrechte werden von Ihnen täglich

(Dr. Ralf Stegner)

missachtet. Wir demokratischen Fraktionen im Landtag können schon selbst sagen, was dazu zu sagen ist.

Es gehört übrigens zur Ehrlichkeit festzustellen, dass manche Westdeutsche auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung bestenfalls wohlwollendes Desinteresse für die ostdeutschen Bundesländer mitbringen. 98 % der Ostdeutschen haben Westdeutschland besucht, aber jeder fünfte Westdeutsche war noch nie in Ostdeutschland. Umso wichtiger ist es, die Chancen der Begegnung und des Austausches zu nutzen.

Das wünschen wir uns für die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit. Wir freuen uns auch deswegen auf den 3. Oktober, weil wir vergleichsweise wenige Daten in unserer deutschen Geschichte haben, an denen das, was nötig und gut war, auf friedliche Weise erreicht worden ist. Dessen sollten wir uns ganz besonders bewusst sein.

Es gibt überhaupt keinen Anlass für irgendwelche Hochnäsigkeiten in irgendeine Richtung, sondern es geht um Begegnung. Viele - das kann man für alle demokratischen Parteien in diesem Haus sagen - haben mitgeholfen, dass im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern manches nach vorn gekommen ist. Auch das ist etwas, woran man sich mit Stolz und Freude erinnern darf.

(Beifall SPD, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christopher Vogt [FDP])

Insofern will ich mich bei den Regierungsfractionen dafür bedanken, dass wir zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sind, der differenziert ist, der unserer Freude Ausdruck verleiht, der die Probleme beschreibt, die gelöst werden müssen, und der von dem Respekt denjenigen gegenüber getragen ist, die das bewirkt haben. Das waren nämlich nicht wir, sondern die Menschen, die teilweise unter hohem Risiko für ihr eigenes Leben diese friedliche Revolution in Gang gesetzt haben. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nächste Woche begrüßen wir bei uns in Kiel die

ganze Republik zum Tag der Deutschen Einheit. Ich bin froh, dass sich unser schönes Land dieses Jahr als Gastgeber präsentieren kann, und ich danke allen, die schon lange dafür arbeiten und dieses Ereignis vorbereiten, insbesondere der Staatskanzlei und der Stadt Kiel. Ich freue mich darauf.

(Vereinzelter Beifall)

Wenige Wochen später denken wir dann an den Mauerfall, der sich am 9. November bereits zum 30. Mal jährt. Ich weiß noch genau - auch Herr Koch hat hier seine Anekdote zum Besten gegeben -, wo ich an diesem Tag war: Ich saß in Hamburg im Auto und habe davon im Radio gehört. Dann wollte ich sofort meine Freundin anrufen, die ein paar Jahre vorher aus Halle ausgewiesen wurde. Das ging damals natürlich noch nicht mit Handy, sondern man musste anhalten und eine Telefonzelle suchen. Ich war überrascht, dass die Freude zu dem Zeitpunkt noch nicht gegenseitig war, weil die Grenze zunächst nur auf einer Seite geöffnet wurde und meine Freundin noch nicht zurückkonnte.

Das änderte sich kurz danach, und dann konnte man - das haben wir Weihnachten in Niedersachsen im kleinen Grenzverkehr gemacht - über die Grenze fahren, ohne vorher zu zittern und sich zu fragen: Habe ich irgendetwas im Handschuhfach, das ich nicht haben darf, zum Beispiel eine Kassette mit den Rolling Stones?

Da ist vieles zusammengewachsen, und zwar so sehr, dass ich mich manchmal wundere, wenn wir in Sachsen-Anhalt sind, wo meine Eltern jetzt leben, unsere Enkel uns fragen: „Seid ihr auch hier aufgewachsen?“, und sich nicht vorstellen können, dass wir in Niedersachsen aufgewachsen sind. So verschwimmen die Grenzen. Auf der anderen Seite erleben wir - ich war letzte Woche in Erfurt -, welche starken Grenzen es immer noch gibt, insbesondere wenn man sich politische Konstellationen und den Erfolg der rechtspopulistischen Parteien in den östlichen Bundesländern anguckt.

Herr Stegner, Sie haben völlig recht, es ist ein Un Ding, was man da an Wahlplakaten sieht, wie stark die Menschen, die sich in der DDR mutig auf die Straße begeben haben, vereinnahmt werden. Ich weiß von Menschen im Neuen Forum, später BÜNDNIS 90, denen es gruselt, dass ihr Erfolg von Rechtspopulisten vereinnahmt wird. Das ist wirklich schlimm.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

(Eka von Kalben)

Natürlich bauen manche fremdenfeindlichen Einstellungen in den östlichen Bundesländern neue Grenzen und verhindern Chancen. So wollte sich eine junge Juristin auf eine Stelle in Sachsen bewerben, aber weil ihr Mann Italiener ist, hat sie gesagt: Ich kann nicht dahin gehen, ich kann die Stelle nicht annehmen. Ich weiß es auch von einem Arzt, der mit einer Frau mit Migrationshintergrund verheiratet ist. Die sind extra hingefahren, haben sich vor Ort erkundigt und in Restaurants mit den Menschen gesprochen. Die Leute haben geantwortet: besser nicht. - Das ist wirklich ein Problem.

Das ist ärgerlich, nicht nur für die Menschen, die dann woanders eine Arbeit annehmen. Mir tut es vor allem für diejenigen leid, die dort etwas aufbauen wollen und sich für ein gutes Zusammenleben zwischen Ost und West einsetzen.

Ich bin froh, dass wir in unserer Resolution beide Aspekte aufgenommen haben, den Aspekt des Jubelns, der Freude darüber, dass die Grenze am 9. November endlich gefallen ist, und gleichzeitig den kritischen, auch selbstkritischen Blick darauf, wo es Menschen gibt, die abgehängt sind, die sich nicht mitgenommen fühlen und die sich vielleicht Parteien anschließen, die wir uns nicht wünschen.

Ich finde es gut, dass wir in unserer Resolution sowohl die Erfolge als auch die Sorgen benennen und dass wir den positiven Aspekt ein bisschen in den Vordergrund stellen. Wir müssen mutig in die Zukunft gucken. Das ist ja auch das Motto des Tags der Deutschen Einheit: Mut verbindet. Das ist der richtige Weg, in die Zukunft zu gehen.

Wir alle haben kein Patentrezept, wie das Zusammenwachsen gelingen kann. Ich teile da die Meinung von Herrn Koch, dass Bildung einer der Schlüssel ist. Deshalb auch von mir herzlichen Dank für all das, was das Bildungsministerium, aber auch unser Beauftragter für politische Bildung für uns leistet. Das ist in Schleswig-Holstein großartig; darauf können wir stolz sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Gedenkfeiern sind gut und richtig, und ich halte sie für sehr sinnvoll. Wenn wir aber ehrlich sind, müssen wir feststellen, dass zu solchen Gedenkfeiern in erster Linie Leute hingehen, die wir nicht überzeugen müssen, dass der 9. November 1989 ein guter Tag war.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: So ist es! Genau!)

Deshalb ist es wichtig, dass auch etwas in den Schulen und an Orten stattfindet, wo andere Leute hinkommen.

Zum Schluss möchte ich einen Punkt ansprechen, der mir sehr wichtig ist und den wir mit in die Resolution aufgenommen haben: Der 9. November wird nicht nur wegen der Ereignisse des Jahres 1989 als besonderer Tag gewürdigt, sondern er wird als Schicksalstag der Deutschen bezeichnet. Leider ist es wegen eines sehr traurigen Anlasses so, nämlich wegen der Reichspogromnacht im Jahr 1938. Auch dieser Tag muss uns immer wieder Mahnung sein: Es ist wichtig, dass wir am 9. November nicht nur an 30 Jahre Zusammenwachsen denken, sondern auch an diesen Punkt unserer Geschichte. Wir haben ein wunderbares Grundgesetz - seit 70 Jahren - das uns genug an die Hand gibt, um friedlich, freiheitlich, tolerant und solidarisch zusammenzuleben. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass wir Demokratinnen und Demokraten die kommenden Tage gemeinsam feiern. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Christopher Vogt, das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die friedliche Revolution in der damaligen DDR und die daraus folgende Wiedervereinigung unseres Landes ist mit Sicherheit das bedeutendste Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte und bis heute ein großes Glück für unser Land. Als jemand, der das große Glück hatte, in der liberalen und wohlhabenden Bundesrepublik geboren zu werden, kann ich es mir kaum ausmalen, was für ein enormes Risiko es für die Menschen selbst, aber auch für ihre Familien bedeutet hat, damals gegen das SED-Regime auf die Straße zu gehen. Das kann man gar nicht nachvollziehen, wenn man nicht unter diesen Umständen groß geworden ist. Diese mutige Tat Zigtausender Menschen kann man gar nicht genug würdigen. Das sollten wir an diesem Tag noch einmal sehr deutlich tun.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte beides an dieser Stelle nicht gleichsetzen, weil es nicht gleichgesetzt werden kann. Ich finde aber, wir sollten in diesen Tagen mehr Ver-

(Christopher Vogt)

bundenheit mit den jungen Menschen in Hongkong zeigen.

(Sandra Redmann [SPD]: Genau! Ja!)

Auch dort haben wir einen Kampf der Systeme. Die Marktwirtschaft hat sich global durchgesetzt, aber Rechtsstaat, Demokratie und Freiheit eben nicht. Deshalb sollten wir in diesen Tagen noch deutlicher werden, als es die Bundesregierung bislang getan hat. Ich verstehe, dass China ein wichtiger Handelspartner ist, aber die Menschenrechte gelten überall. Wir sollten uns an dieser Stelle nicht wegducken.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe selbst Verwandte, die unter der Staatssicherheit in der DDR massiv zu leiden hatten. Besonders schlimm ist die Tatsache - das wird manchmal vergessen -, dass ja auch vor der Familie der Oppositionellen und derjenigen, die in Ungnade gefallen sind, nicht haltgemacht wurde. Die Stasi war ein perfider und zutiefst menschenverachtender Terrorapparat der SED.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Zum Glück konnte sie im November 1989 dem Freiheitsdrang der Menschen nichts mehr entgegenzusetzen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man darf nicht vergessen: Etwas später - Ende 1989, Anfang 1990 - haben die Bürgerrechtler die Stasi-Einrichtungen, unter anderem in der Normanntenstraße in Berlin, gestürmt. Das hat dazu geführt, dass nach der Einheit eine Behörde gegründet werden konnte, die die meisten Deutschen noch heute als Gauck-Behörde kennen und die sehr viel zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beigetragen hat und weiterhin beiträgt. Hätten die Menschen damals nicht die Stasi-Einrichtungen gestürmt, wären die Akten wahrscheinlich alle vernichtet worden.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist es!)

Das war ein weiterer, mutiger und wichtiger Schritt zur Aufarbeitung der DDR.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stefan Weber [SPD])

Allen Versuchen, die es leider gibt, diese Behörde zurückzudrängen, in Richtung Abwicklung zu bewegen oder die Gedenkstätten einzuschränken - gerade in Berlin -, sollten wir uns entschieden und geschlossen entgegenstellen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Ich war damals erst fünf beziehungsweise sechs Jahre alt. Ich kann mich allerdings noch gut an die Wendezeit erinnern, natürlich auch wegen der familiären Verbindungen. Ich komme aus dem Herzogtum Lauenburg. Wenige Tage nach dem Fall der Mauer in Berlin stand ich mit meiner Familie an einer Straße im lauenburgischen Mustin, wo die Grenze geöffnet wurde. Ich kann mich noch gut erinnern, wie Zigtausende Menschen bei Kälte stundenlang aufeinander gewartet haben. Diese Begeisterung und Freude habe ich danach kaum noch einmal bei einer so großen Menschenmasse gesehen. Die Menschen konnten es gar nicht glauben. Die Bilder von der gestürzten Mauer in Berlin, von der Grenzöffnung in Mustin oder auch von den Flüchtlingen in der Prager Botschaft berühren mich bis heute, wenn ich sie sehe.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Die jahrzehntelange Teilung war die Folge eines von unserem Volk verursachten, unfassbar grausamen Weltkrieges, in dem wir sehr viel Schuld auf uns geladen haben. Mit der Wiedervereinigung 1990 hatten wir Deutsche sehr großes Glück. Die Revolution in der DDR war ein mittelschweres Wunder, insbesondere, wie sie abgelaufen ist. Der Ostblock war wirtschaftlich schlichtweg am Ende. Der Wirtschaftseinbruch kam ja nicht nach 1990, sondern war schon lange vorher da. Der Ostblock war ökonomisch am Ende. Wenn es aber in der Sowjetunion nicht besondere Reformer wie Michail Gorbatschow gegeben hätte, wäre es mit Sicherheit nicht unblutig ausgegangen. Die Truppen sind weitestgehend in den Kasernen geblieben, weil zum Glück aus Moskau die entsprechende Ansage kam. Wäre das nicht geschehen, wäre es eine blutige Revolution geworden. Das sollte vielleicht an diesem Tag auch erwähnt werden.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist es! - Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch die Amerikaner haben sehr viel für uns getan, damit es zur schnellen Wiedervereinigung kommen konnte. Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher wurden unterstützt, die Franzosen und Briten wurden überzeugt.

Seit der Wende ist unglaublich viel Positives passiert. Ob man nun Ossi oder Wessi ist, spielt zum

(Christopher Vogt)

Glück eine immer geringere Rolle. Die Westdeutschen haben sehr viel Solidarität beim Aufbau im Osten gezeigt. Es gibt aber im Osten auch viel Unmut, Frust und Enttäuschung. Häufig wird das Verständnis aus Westdeutschland für die eigene Lebensleistung vermisst. Wir müssen, so glaube ich, zur Kenntnis nehmen, dass die jahrzehntelange Teilung in verschiedene Systeme tiefere Prägungen bei den Menschen hinterlassen hat, als wir es uns vorgestellt haben - übrigens auch bei Menschen, die erst nach der Wende geboren wurden. Auch dort gibt es immer noch unterschiedliche Ansichten zwischen Ost und West. Ich glaube, wir müssen mehr ins Gespräch kommen. Es wurde schon gesagt: Wenn bislang nicht 20 % der Westdeutschen in Ostdeutschland waren, so ist das wirklich unglaublich. Deshalb brauchen wir mehr Austausch, mehr Begegnung, mehr Verständnis und auch mehr Diskurs untereinander.

(Beifall Andrea Tschacher [CDU])

Ich halte es für ein Problem, wenn bei den Landtagswahlen im Osten viele Ostdeutsche sagen: Wir haben das Gefühl, dass wir unsere Meinung nicht äußern dürfen. - Das halte ich für ein großes Problem. Für noch problematischer halte ich es aber - deshalb brauchen wir mehr Diskursfähigkeit -, wenn aus der AfD-Ecke eine Gleichstellung der Bundesregierung mit dem SED-Regime erfolgt. Das ist eine Verhöhnung der Opfer des SED-Regimes. Ich finde das unglaublich.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich freue mich auf das Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit in Kiel. Ich freue mich, dass Ralf Stegner demnächst am Einheitsbuddeln teilnehmen wird.

(Beifall FDP)

Ich freue mich über den gemeinsamen Antrag „Mut verbindet“. Ich finde, ein besseres Motto kann es nicht geben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende, Lars Harms, das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Thema Erinnerungskultur und würdi-

gem Gedenken empfehle ich ein Gedicht aus dem Jahr 1974 von Günter Kunert: „Vom Vergehen“. Dort heißt es am Schluss:

„In den Träumen
Der noch Niedergedrückten und in den
Gedanken der bereits Aufrührerischen, wie
In den Taten der sich schon Erhebenden
Findet ihr, was
Von uns bleibt.“

Der am Sonnabend verstorbene Günter Kunert wusste, was undemokratische Zustände in den Seelen der Menschen anrichten. Er musste ein paar Jahre nach diesem Gedicht die DDR verlassen, weil er die Ausbürgerung Wolf Biermanns kritisiert hatte. In Schleswig-Holstein fand er ein neues Zuhause.

Die Taten der Menschen, die sich in der DDR bei vielen Demonstrationen versammelten und letztlich das Regime in die Knie zwangen, werden bleiben. Der Mut der Frauen und Männer hat Großes bewegt: ein System zum Einsturz gebracht und eine neue Demokratie errichtet. Dieser Mut war riesig, denn schließlich hatte erst Monate vorher ein anderes kommunistisches Regime eine Protestbewegung blutig zerschlagen. Was auf dem Platz des Himmlischen Friedens passiert war, war den Demonstranten in Leipzig, Berlin, Rostock und anderswo durchaus bewusst. Der Leidensdruck war aber einfach stärker, der Mut größer. Wie Kunert schrieb: Was bleibt, sind die Taten.

Eine abschließende Wertung der Wende kann aber auch fast eine Generation nach den Ereignissen nicht gelingen. Ich würde sogar sagen, dass sie sich verbietet. Gerade in der lebendigen und aktuellen Neubetrachtung liegt doch der Ertrag einer Auseinandersetzung mit dem, was 1989 möglich wurde. Als Politikerinnen und Politiker sollten wir uns aber davor hüten, einen Erinnerungsmaßstab quasi vorgeben zu wollen. Junge Menschen stellen andere Fragen an die Geschehnisse als wir Zeitzeugen. Darum ist es so wichtig, keinen Schlusstrich zu ziehen, sondern die Ereignisse laufend in einen neuen, aktuellen Bezug zu stellen.

Das kann zusammen mit Schülerinnen und Schülern besonders gut gelingen, zum Beispiel durch einen Schülertag oder lebensnahe Projekte oder andere Vorhaben. Die Beschäftigung mit den Motiven der Bürgerbewegung, den Ängsten der Demonstranten und den Debatten in den Familien ist eben nicht Sache einiger Fachleute der Geschichtswissenschaft, sondern da sind wir alle gefragt. Was hast du gemacht, als die Menschen im Osten auf die

(Lars Harms)

Straßen gingen? - Das ist die Frage, die in unseren westdeutschen Familien gestellt wird. Dabei geht es nicht um die tatsächliche Verortung, sondern darum, was man sich damals wohl gedacht hat. Viele Menschen hatten die Hoffnung auf ein gemeinsames Deutschland schon lange aufgegeben.

In einigen politischen Bereichen war der Verweis auf die Deutschen hinter Stacheldraht und Mauer sogar als verstaubt oder ewiggestrig gebrandmarkt. Die friedliche Revolution hat ja durchaus auch in der alten Bundesrepublik so manche Gewissheit infrage gestellt. Viele Westdeutsche wollen sich nicht einmal heute ihr damaliges Desinteresse und ihre Ignoranz gegenüber der DDR eingestehen. Auch das ist ein historischer Tatbestand, der noch seiner Aufarbeitung harret.

(Vereinzelter Beifall AfD, Beifall Kay Richert [FDP] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Das alles kann bei den Festlichkeiten zum Jahrestag der Deutschen Einheit durchaus eine Rolle spielen. Allerdings gibt es auch kritische Stimmen, die meinen, dass in Kiel die Festlichkeiten zu wenig Platz für die ernste Auseinandersetzung geben würden. Alles sei zu spaßorientiert und harmlos.

Als ob es dunkler Anzüge, getragener Musik und ernster Mienen bedürfe, um angemessen der historischen Leistung der DDR-Bürgerinnen und -Bürger zu gedenken. Das ist der vollkommen falsche Ansatz. Das ist doch gerade das, was uns die Ereignisse im November 1989 gezeigt haben: Nicht das Denken, nicht die Reden sind entscheidend, sondern die Taten. Ich halte es mit dem französischen Sozialisten Jean Jaurès:

„Die richtige Art, die Vergangenheit zu betrachten, ist, das Werk der lebendigen Kräfte, die in der Vergangenheit gewirkt haben, in die Zukunft weiterzuführen.“

Für uns heißt das: Freiheit, Demokratie, Menschlichkeit und Rechtsstaat. Das sollten wir in Lehrplänen, an den Erinnerungsorten und im zukünftigen Haus der Landesgeschichte beherzigen. Das wäre eine angemessene Würdigung der Revolution, die eigentlich ihresgleichen sucht. Ansonsten lassen Sie uns am 3. Oktober schön feiern! Wir haben richtig guten Anlass dazu.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Volker Schnurrbusch [AfD] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos] - Zuruf: Vom

Haus der Landesgeschichte solltest du nicht zu viel erwarten!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort hat die Abgeordnete Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es waren die patriotische Erziehung und ein gesunder Nationalstolz unserer Landsleute in der DDR, die vor 30 Jahren dazu beitrugen, ein Unrechtsregime zu Fall zu bringen und die Einigung unseres Vaterlandes zu bewerkstelligen; denn selbst das Unrechtsregime der DDR bekannte sich zur Geschichte des eigenen Volkes. Ich zitiere:

„Wie Sie zu Recht bemerkt haben, befinden sich im Zentrum unserer Hauptstadt Berlin Standbilder von Clausewitz, Scharnhorst, Yorck und Gneisenau. Vielleicht kommt in absehbarer Zeit das Standbild Friedrichs des Großen von Rauch hinzu. ... Es entspricht unserem Weltbild, die Geschichte in ihrem objektiven, tatsächlichen Verlauf in ihrer gesamten Dialektik zu erfassen. Dazu gehört die Sicht auf Größe und Grenze hervorragender Persönlichkeiten der Geschichte.“

So wird Honecker in der „Zeit“ vom 22. November 2011 zitiert.

Wie erbärmlich ist dagegen das Verhalten einer Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, die hinter einem Banner „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“ hermarschiert?

(Zurufe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, das ist nicht parlamentarisch.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:

Ich zitiere.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bitte unterlassen Sie es, sich hier über Abgeordnete des Bundestages oder andere Kollegen missmutig zu äußern. - Danke.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:

Diese zwei Stränge, der sich bahnbrechende Widerstandsgeist und der aufrechte Patriotismus, sind es, die 30 Jahre nach dem Fall der Mauer erneut als Hoffnungsschimmer für unser Land am Horizont aufleuchten. Dies ist das wahre Vermächtnis der friedlichen Revolution von 1989 für uns alle. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat das Wort die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Harms! Ich will mich jetzt nicht weiter zu der Frage auslassen, ob man sich den Missbrauch des nationalen Narrativs durch eine DDR-Diktatur irgendwie zum Vorbild nehmen sollte. Ich glaube, das ist dem Anlass unserer Debatte auch nicht angemessen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Claus Schaffer [AfD])

Stattdessen will ich es Herrn Harms ein bisschen gleichtun. Ich will nicht auf Herrn Günter Kunert eingehen, der es verdient hat, hier heute gewürdigt zu werden, aber mir ist ein anderer Literat und Liedermacher in den Kopf gekommen: Stephan Krawczyk - die Älteren unter uns kennen ihn -, der über den 9. November gesagt hat: „Der Himmel fiel aus allen Wolken“. Das ist der Titel eines Buches, das er 2009 geschrieben hat. Eine Zeitreise von 1989 bis 2009. Mit dem Buch hat er sehr schön erfasst, was dieser 9. November für viele Menschen bedeutet hat: Plötzlich war alles anders.

Für mich - erlauben Sie auch mir eine persönliche Bemerkung - war es zugleich der verrückteste und der glücklichste Tag der deutschen Nachkriegsgeschichte. Glücklicherweise, weil das Unrechtsregime der DDR endete, die Freiheit nun für alle Deutschen Wirklichkeit wurde und auch die Wiedervereinigung in greifbare Nähe rückte, und verrückt, weil der unmittelbare Auslöser für diesen Moment der Geschichte so banal daherkam. Sie erinnern sich an die Pressekonferenz von Günter Schabowski - unglaublich.

Ich erinnere mich auch sehr genau an den Moment, als ich an dem Abend den Fernseher einschaltete,

an die Gänsehaut, die ich hatte, und - ich gebe es ehrlich zu - an die Tränen des Glücks, die ich auch angesichts der vielen Menschen, die sich nach Jahren, nach Jahrzehnten in den Armen lagen, vergossen habe. Helmut Kohl hat es den Triumph der Freiheit genannt. Ich kann diesen Moment noch heute erspüren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich denke, jeder von uns hat seine eigenen Erinnerungen, die er mit diesem Tag verbindet. Uns alle in diesem Land eint dabei die Erinnerung an das großartige Wir-Gefühl; auch das ist angesprochen worden. Ich will an dieser Stelle Willy Brandt mit dem Satz zitieren: „Es wächst zusammen, was zusammengehört“, der immer noch sehr gut beschreibt, was viele von uns empfunden haben. Ja, meine Damen und Herren - es ist in der Differenziertheit heute schon mehrfach beschrieben worden -, wir wachsen zusammen.

Aber vier Jahrzehnte getrennte Entwicklung in Freiheit und in einem totalitären Staat haben ihre Spuren hinterlassen. Die Wiedervereinigung erfordert ein achtsames, respektvolles und wertschätzendes Bemühen umeinander und, ja, mehr Diskursfähigkeit. Dachten die Menschen beim Mauerfall noch, den Himmel könnten sie nicht teilen, so wurden sie bald eines Besseren belehrt. „Der Himmel teilt sich zuallererst“, lässt Christa Wolf 1966 die Hauptfigur ihres berühmten Romans traurig feststellen. Ein so geteilter Himmel, der lässt sich eben nicht in wenigen Jahren vereinen. Er ist am 9. November 1989 aus allen Wolken gefallen und hat uns die Chance auf erneutes Zusammenwachsen gegeben. Aber die Menschen brauchen Zeit, sich an dem neuen Horizont zu orientieren, und das offenbar in Ost und West.

Auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer spüren wir die Folgen der deutsch-deutschen Teilung. Heute müssen wir besonders darauf achten, dass unser Wir-Gefühl nicht leidet; denn die Gräben in unserer Gesellschaft sind nicht zu leugnen, und es wäre doch besonders tragisch, wenn diese Gräben entlang der ehemaligen Grenze verlaufen würden. Das, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Auf die Besonderheit des Datums 9. November ist hingewiesen worden. Wir sprechen in diesem Jahr über 1919, die Weimarer Verfassung, ihre Stärken und Schwächen. Wir sprechen über 1939 und über

(Ministerin Karin Prien)

1989, über die wechselvolle Geschichte, die dieser Tag hat, der uns zugleich immer auch Auftrag sein muss. Wir müssen unsere Demokratie verteidigen, an jedem Ort, zu jeder Zeit und in jeder Generation aufs Neue.

Deshalb - jetzt komme ich zum Thema politische Bildung - ist politische Bildung so unverzichtbar, und deshalb ist sie natürlich auch wichtiger und verpflichtender Bestandteil unserer Stundentafeln an den weiterführenden Schulen. Politische Bildung ist immer auch Demokratiebildung. Sie findet in vielen Facetten auch in der historischen-politischen Bildung in unseren Schulen statt. Dazu gehört auch das Gedenken und die Befassung mit der deutsch-deutschen Teilung und die Würdigung des Mauerfalls.

Dieses Gedenken ist der Landesregierung wichtig. Deshalb arbeiten wir auch seit Regierungsantritt an der Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Grenz-dokumentationsstätte in Lübeck-Schlutup. Gemeinsam mit der Hansestadt Lübeck nimmt die Grenz-dokumentationsstätte am Projekt „Grenzgeschichten“ der Metropolregion Hamburg teil. Die Grenz-museen der Region vernetzen sich und erzählen gemeinsam die Geschichte der deutschen Teilung und der Wiedervereinigung.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Der Austausch zwischen den Menschen ist dabei besonders wichtig. Wer miteinander spricht, baut Vorurteile ab und erweitert seinen Horizont. Das ist eine grundlegende Voraussetzung, um das Zusammenwachsen zu vollenden.

Deshalb werden wir den 9. November in diesem Jahr als Erinnerungstag gemeinsam mit Schulen aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gestalten. Geplant sind dabei viele unterschiedliche Veranstaltungsformate von Diskussionen über die Zukunftsperspektiven für die jüngere Generation über Zeitzeugenbefragung bis hin zu einem Schülerwettbewerb.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der 9. November 1989 war ein Glücksmoment unserer Geschichte. Wir verdanken diesen Moment vielen mutigen Menschen in der ehemaligen DDR und Politikern, die die Gunst der Stunde genutzt haben. 30 Jahre später geht es nun darum, die gesellschaftliche Einheit unseres Landes zu vollenden. Das Eintreten für unsere gemeinsamen demokratischen Werte erfordert Mut, aber es lohnt sich. Auch das feiern wir bei unserem Bürgerfest am 3. Oktober 2019, in der kommenden Woche, hier in Kiel.

Meine Damen und Herren, es lohnt sich; denn Mut verbindet.

(Beifall)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die Ministerin hat die vorgesehene Redezeit um gut 1,5 Minuten erweitert. - Ich sehe nicht, dass eine Fraktion von diesem erweiterten Rederecht Gebrauch machen will; denn weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen.

Ich lasse somit zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1638 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW, der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Ich lasse nun über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1731 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung 13:12 Uhr bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Sitzung fortfahren, begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Besucherinnen und Besucher der Volkshochschule Leck sowie ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesverteidigungsministeriums und Mitglieder der Volksinitiative Sozialverband und Mieterbund. - Seien Sie uns allen herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

FINISH - Finanzstrategie Nachhaltigkeit in Schleswig-Holstein

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1698

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.
Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort hat für
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete
Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vor etwa einem Jahr hat sich in Kalifornien der bisher schlimmste Waldbrand des US-Bundesstaates ergeben. Insgesamt 80 Tote, Tausende zerstörte Häuser und Zehntausende verbrannte Hektar Wald waren die Konsequenz. Der Auslöser für diesen verheerenden Waldbrand war ein defekter Stromkasten der Firma Pacific Gas and Electric. Das Feuer konnte sich so schnell ausbreiten, weil es dort zu diesem Zeitpunkt eine klimabedingte Dürre gab. Herkömmliche Ratingagenturen haben zu dieser Zeit, 2018, die Firma Pacific Gas and Electric mit guten Bewertungen eingestuft und die Bonität der Firma stets als gut attestiert. Trotzdem musste das Unternehmen beinahe über Nacht Insolvenz anmelden.

Dieser Fall ist deswegen so interessant, weil das ein Fall von einem Großunternehmen ist, das aufgrund von Fehlern im Management der Klimarisiken pleitegegangen ist. Das besonders Interessante an dem Fall ist, dass bereits 2017 die renommierte Ratingagentur oekom research ein Jahr vor dem Brand diesem Unternehmen die zweitschlechteste Bewertung gegeben hat. Der Grund dafür war für diese nachhaltige Ratingagentur das schlechte Management bei Waldbrandrisiken. Hier sehen wir, dass die Auswirkungen der Klimakrise auf Unternehmen und auf Unternehmensführungen und auf ihr Risikomanagement verheerend sein können und stärker in den Fokus genommen werden müssen.

FINISH soll genau hier ansetzen und ökonomisch sinnvollere Entscheidungen treffen. Seit Jahren haben wir in Schleswig-Holstein dank Monika Heindl eine sehr gute Anlagerichtlinie, wenn es um den Pensionsfonds unseres Landes geht. Dabei handelt es sich um mehrere Millionen Euro, die angelegt werden, um später die Pensionen auszahlen zu können. Um genau zu sein, handelt es sich - wenn ich recht informiert bin - um etwa 700 Millionen €. Diese Summe wird bereits seit Jahren nachhaltig angelegt.

Das Ganze nennt sich Divestment. Wir nehmen zum Beispiel Anlagen von Kohleunternehmen oder Anleihen von Staaten aus, die Kinderarbeit befürworten oder die im Freedomhouse-Index nicht besonders stark sind, weiter raus. Diese deinvestieren wir, und wir investieren in nachhaltige Unternehmen. Das hat viele Vorteile. Es bringt Stabilität, und das ist gerade bei den Anlagen, die wir als Land haben, wichtig. Das ist insbesondere bei den Pensionen wichtig, die über viele Jahre aufgebaut werden. Es ist aber auch ökonomisch sinnvoll. Das haben mehrere Studien bewiesen. Besonders viel Aufmerksamkeit hat eine Studie bekommen, die 2000 Studien zusammengefasst und dabei erneut die Rentabilität nachgewiesen hat.

Mit unserem Ansatz von FINISH, also Finanzstrategie Nachhaltigkeit in Schleswig-Holstein, wollen wir diese gute Anlagerichtlinie gesetzlich festhalten und auf Beteiligungen, auf Stiftungen und andere Vermögen ausbauen. Damit sind wir das erste Bundesland in Deutschland, das ein solches Gesetz schafft, und wir sind damit unzweifelhaft an der Spitze der gesamten Bewegung von nachhaltigen Finanzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen, dass Umweltzerstörungen nicht stattfinden. Dann ist es nur konsequent, dass wir von diesen Umweltzerstörungen auch nicht profitieren möchten. Genau deswegen ist es sinnvoll, Unternehmen zu fördern, die Teil der Lösung sind und nicht Teil des Problems. Wie gesagt, all das ist ökonomisch sinnvoll. Wir sind auch nicht die Ersten, die das machen, wir sind in Deutschland dann, wenn wir dieses Gesetz beschlossen haben, nur die Konsequente.

New York hat den Pensionsfonds Divested mit über 5 Milliarden € Norwegen hat einen Divested-Pensionsfonds für den gesamten Staat Norwegen. Wir haben viele Studien, die ich eben zitiert habe. Wir haben den Rockefeller-Trust. Ich habe in der Vergangenheit schon häufig gesagt: Die Rockefeller sind keine Hippies. Das muss sich für die ökonomisch schon lohnen.

Der ökonomische Teil ist für uns als Staat, der auf Steuergelder achten muss, natürlich sehr wichtig. Daher ist es auch sinnvoll, aus Kohleanlagen auszutreten, denn die Kohleblase, die sich aktuell an den Märkten zeigt, ist alles andere als stabil. Viele Kohleunternehmen sind maximal überbewertet, insbesondere dann, wenn wir davon ausgehen können, dass die Staaten tatsächlich ihre Klimaziele einhalten werden. Dann ist das Geschäft mit Kohle eines

(Lasse Petersdotter)

mit einem Enddatum, und genau darauf reagieren wir hier.

Wir werden unsere Finanzstrategie zukunftsfest und gegenwartsgerecht machen, und das genau im Sinne dessen, worauf wir uns im Koalitionsvertrag geeinigt haben, nämlich Ökonomie und Ökologie zusammenzutragen und hiermit gute Akzente für andere Bundesländer zu setzen, denn der große Vorteil von diesem Vorgehen ist, dass wir die Möglichkeit geben, es zu kopieren. Wir wollen nicht lange das einzige Bundesland mit einem solchen Gesetz bleiben, sondern es sollen gern andere Bundesländer und auch der Bund folgen. Auch dort liegt überall Geld, und auch die Kommunen und die Hochschulen können das machen.

Das ist noch ein weiter Weg, nichtsdestotrotz gehen wir hier einen sehr großen, einen sehr wichtigen und auch einen sehr guten Schritt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, beginne ich meinen Beitrag mit einem etwas längeren Zitat. Es stammt aus dem Buch „Die Känguru-Offenbarung“ von Marc-Uwe Kling.

(Beifall FDP)

- Da sind die Känguru-Fans, genau!

„Wie sollen wir das Geld denn anlegen?“, fragt der Bankberater. „Machen Sie das Portfolio ruhig so, wie ich meine Steaks mag“, sagt das Känguru. „Ah!“, sagt der Mann. „Well done.“ „Nein“, sagt das Känguru. „Blutig.“ „Wie bitte?“ „Sie verstehen mich schon“, sagt das Känguru. „Geld arbeitet nicht. Menschen arbeiten. Und je größer die Ausbeutung, desto größer die Rendite, das ist doch klar. Gehen Sie dahin, wo es wehtut. Ich will Dritte Welt, 16-Stunden-Tage, Kinderarbeit. Ich will Landminen, Streubomben, Atomkraftwerke. Ich will Rohstoffe aus Krisenregionen, Öl aus Naturschutzgebieten, spekulieren Sie mit Lebensmitteln. Egal was ...“

Der Satiriker, das Känguru beziehungsweise der Autor, bringt es auf den Punkt: Geld arbeitet nicht.

Menschen arbeiten. Und Menschen, die arbeiten, können ausgebeutet werden - ebenso wie Rohstoffe und natürliche Ressourcen, weil viel zu oft die Interessen des Kapitals Vorrang haben. Dagegen kämpft die Sozialdemokratie übrigens seit mehr als 150 Jahren.

(Beifall SPD)

- Der Trigger funktioniert noch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachhaltige Geldanlagen ergänzen die klassischen Kriterien der Rentabilität, Liquidität und Sicherheit um ökologische, soziale und ethische Bewertungspunkte. Bereits bei der Einrichtung des Versorgungsfonds in der letzten Legislaturperiode haben wir über nachhaltige Anlagestrategien gesprochen. Ebenso konsequent war es auch, kein Geld in Steueroasen anzulegen, auch wenn das die Erträge reduziert hat. Der Antrag ist also eine konsequente Weiterentwicklung dieser Grundsätze, und er findet unsere Zustimmung.

Ich finde es gut, dass wir die Grundlagen für die Vermögensverwaltung jetzt in einem Gesetz regeln wollen, wobei es vermutlich auch künftig noch einer detaillierten Ausgestaltung durch eine Anlagestrategie oder einer Verordnung bedarf. Damit sind wir beim Punkt. Der heutige Antrag ist der Aufschlag. Die eigentliche Diskussion müssen wir führen, wenn der Gesetzentwurf vorliegt; denn da muss noch Butter bei die Fische.

Wie nachhaltig eine Geldanlage tatsächlich ist, hängt von den Kriterien ab, die der jeweilige Anbieter seiner Auswahl zugrunde legt. Eine einheitliche entsprechende Definition gibt es bisher nicht. Ich habe gelesen, das EU-Parlament und die EU-Kommission wollen sich jetzt darüber Gedanken machen. Vielleicht können wir uns daran beteiligen.

Sollen wir die Ausschlusskriterien definieren? Schließen wir also bestimmte Unternehmen aus, weil sie bestimmte Produkte herstellen? Oder schließen wir Staaten aus, die bestimmte soziale, ökologische und governance-bezogene Kriterien nicht erfüllen oder nicht unseren Wertvorstellungen entsprechen?

Ihr Antrag und der Redebeitrag des Kollegen Petersdotter lassen so etwas vermuten. Sie nennen explizit den Ressourcenschutz und die Vermeidung von CO₂-Emissionen. Diese Kriterien träfen allerdings auch auf ein Atomkraftwerk zu.

Oder wählen wir einen Best-in-Class-Ansatz? Bei dieser Anlagestrategie werden die besten Unternehmen einer Branche, Kategorie oder Klasse ausgewählt, also diejenigen, die im Vergleich in ökologi-

(Beate Raudies)

scher, sozialer und ethischer Hinsicht die höchsten Standards setzen. Dies könnte zum Beispiel auf den nachhaltigsten Waffenproduzenten zutreffen, wenn er über einen Betriebsrat, einen Betriebskindergarten und ein begrüntes Dach verfügt. Wollen wir das wirklich?

Möglich wäre auch ein normbasiertes Screening, also die Überprüfung der Investments darauf, ob sie bestimmte internationale Standards und Normen einhalten.

Was heißt also ESG-Standards? Für die SPD-Fraktion zählen hierzu an zentraler Stelle die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und der damit verbundene Ausschluss von Sklaven- oder Kinderarbeit, und zwar in den Produktions- und Lieferketten,

(Beifall SPD)

aber auch die Berücksichtigung mitbestimmter Unternehmen und bestehende Tarifbindungen.

Ich will nicht verhehlen, dass nach unserer Auffassung eine nachhaltige Anlage auch auf Basis der Grundsätze der Sicherheit, der Rentabilität und der Liquidität erfolgen muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einer Geldanlage achten wir also künftig auf ökologische, soziale und ethische Bedingungen. Das ist gut. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein, die die Aufträge der öffentlichen Hand ausführen, gelten diese Kriterien allerdings nicht; denn Jamaika hat diese Kriterien mit der Abschaffung des Tariftreuegesetzes geschliffen. Mit diesem Widerspruch, meine Damen und Herren von der Koalition, müssen Sie leben.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ganz schlimm!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Abgeordneten Ole Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Mit diesem Antrag der Jamaika-Koalition setzen wir nicht nur einfach eine Forderung aus dem Koalitionsvertrag um, sondern wir machen die Geldanlagen des Landes zukunftsfest und werfen für positive gesamtgesellschaftliche Entwicklungen unser finanzielles Gewicht in die Waagschale. Wir wollen die Finanzanlagen stärker an sozialen und ökologischen Kriterien wie Ressourcenschutz oder Vermeidung von CO₂-Emissio-

nen sowie an guter Unternehmensführung ausrichten. Dabei ist für uns klar, dass die Rendite der Anlagen trotzdem stimmen muss; das halten wir für ganz wichtig.

Nachhaltiges Investieren beziehungsweise ESG-Investments und Wirtschaftlichkeit schließen sich definitiv nicht aus, ganz im Gegenteil. Erste Untersuchungen zeigen, dass ESG-Investments vor allem über einen längeren Investmenthorizont hinweg ein besseres Rendite-Risiko-Profil aufweisen als rein klassische Investments. Die ESG-führenden Unternehmen sind laut einer Studie tendenziell sogar operativ erfolgreicher und weniger anfällig für Risiken wie durch Betrug oder Umweltschäden begründete Schadensersatzklagen.

Auch der Markt spricht mittlerweile Bände. In einem Gespräch mit dem Bankenverband wurde mir bestätigt, dass ESG-Investments bereits seit einiger Zeit der Renner bei den Kunden seien. Dabei geht es nicht nur darum, bestimmte Branchen, Unternehmen oder Staaten zu meiden, sondern vor allem Umwelt- und Ressourcenschutz sowie gute Unternehmensführung mit einer gezielten Anlage zu stärken. Man kann es auch positiv sehen und einen positiven Akzent mit dem Geld, das man anlegt, setzen.

Sie sehen, liebe SPD, wir schaffen definitiv die Verbindung von Ökonomie und Ökologie. Das ist eine große Überschrift, ein großes Zeichen der Jamaika-Koalition.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Klar ist, dass mit der Einrichtung dieser besonderen Standards keine kurzfristigen Gewinne zu erzielen sind. Aber das wollen wir auch nicht. Das Land Schleswig-Holstein ist vor allem an einer langfristigen Absicherung mit einer anständigen Rendite für den Versorgungsfonds und alle übrigen Anlagen des Landes interessiert. Lasse Petersdotter hat es bereits gesagt: Beim Versorgungsfonds machen wir es bereits, und das sehr erfolgreich.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit diesem Gesetz das finanzielle Gewicht, das wir haben - hier mehrere Millionen Euro; mit allen anderen Anlagen sind es sogar mehrere Milliarden Euro -, in die Waagschale legen, um zum Beispiel Investitionen in klimafreundliche Technologien zu unterstützen. Es gibt bereits mehrere hundert Fonds mit ESG-Kriterien auf dem deutschsprachigen Markt. Die Tendenz ist weiter steigend.

(Ole-Christopher Plambeck)

Wir können vor allem auch vor unserer eigenen Haustür investieren. Ob Medizin- und Gesundheitsthemen, Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaft oder Unternehmensgründungen, vieles ist möglich. Die Themen Brennstoffzelle, Energiespeicher oder anderen Energiekonzepte können wir mit einer guten Anlage stärken und damit auch den Standort Schleswig-Holstein.

Mit diesem Antrag wird die Landesregierung gebeten, dem Landtag ein Gesetz zur Finanzstrategienachhaltigkeit in Schleswig-Holstein, kurz FINISH, vorzulegen. Diesen Entwurf werden wir dann im Finanzausschuss intensiv diskutieren und abwägen. Denn was als nachhaltig, sozial oder ethisch korrekt gilt, muss genau abgewogen werden. Wir haben eine ganz große Verantwortung, wie wir mit dem Geld des Landes umgehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Wir setzen mit der Initiative ein weiteres Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um. Schleswig-Holstein soll zukünftig Finanzanlagen wählen, die die Nachhaltigkeit berücksichtigen, ohne hierbei Abstriche bei der Wirtschaftlichkeit zu machen. Es ist - das wurde bereits gesagt - durch repräsentative Studien belegt, dass die Sicherheit und Rendite von Finanzanlagen nicht unter der Anwendung von Nachhaltigkeitskriterien leiden muss. Das ist eine zentrale Botschaft; da wir auf keinen Fall auf finanzielle Nachhaltigkeit verzichten wollen, gilt dies besonders.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Bei jeder Art von Finanzlage, mit der wir steuernd eingreifen - wir müssen uns vor Augen führen: das machen wir mit jedem Gesetz -, bleibt für uns Freie Demokraten eines maßgeblich: Finanzanlagen unter Landesbeteiligung sind öffentliche Mittel und somit Gelder unserer Bürger. Mit diesen haben wir verantwortungsvoll umzugehen. Abstriche bei der Wirtschaftlichkeit sind zu vermeiden.

Bei den Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Finanzstrategie sind uns Freien Demokraten drei Punkte wichtig, die im vorliegenden Antrag Be-

rücksichtigung finden. Erstens: Die Bürokratiekosten sind gering zu halten. Ein erhöhter Bürokratieaufwand gefährdet die Wirtschaftlichkeit. Aus diesem Grund ist es uns wichtig, dass das neue Gesetz nur bei Finanzanlagen mit Landesbeteiligung greift, sofern diese eine Mindestgrößenordnung von 1 Million € überschreiten.

(Beifall FDP)

Zweitens: Uns Freien Demokraten ist es ganz besonders wichtig, dass sich das Gesetz nicht negativ auf die Fördertätigkeit unserer Investitionsbank, die fast 3 Milliarden € Finanzanlagen hält, auswirkt. Der Mittelstand muss wie bisher gefördert werden können. Jede Einschränkung von Kreditvergaben und somit Mittelstandsförderung wäre von unserer Seite aus nicht zustimmungsfähig gewesen.

(Beifall FDP - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Es ist uns wichtig, das Gesetz auf die Finanzanlagen zu beschränken und nicht auf das gesamte Aktivgeschäft auszudehnen.

Die Kriterien für die Kreditvergabe an die schleswig-holsteinische Industrie bleiben, wie sie sind. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein das mittelstandsfreundlichste Bundesland wird. Konterkarierende Vorgaben oder Beschränkungen finden nicht unsere Unterstützung.

(Beifall FDP)

Es will vermutlich auch keiner - ich möchte den Gedanken noch kurz zu Ende bringen -, dass - eng ausgelegt - die Förderung von Elektromobilität eingeschränkt werden könnte; denn gerade in diesem Bereich wird die Nachhaltigkeit von Produktion und Versorgung vielfach infrage gestellt.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, jetzt habe ich es geschafft. Lassen Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Habersaat zu?

Annabell Krämer [FDP]:

Gerne.

Martin Habersaat [SPD]: Frau Kollegin, ich verstehe noch nicht ganz, dass Sie auf der einen Seite sagen, Sie wollten mit der Finanzmacht des Landes Schleswig-Holstein hehre Ziele verfolgen, und auf der anderen Seite, Sie wollten darauf verzichten, steuernd einzugreifen, um Ihre Ziele zu verfolgen. Da ist es egal, was mit dem Geld passiert. - Können

(Annabell Krämer)

Sie mir diesen Widerspruch noch einmal erklären?

- Ich sehe keinen Widerspruch. Ich habe zunächst gesagt, dass, um die Bürokratiekosten gering zu halten, ein gewisses Volumen bestehen muss. Der zweite Punkt, den wir angeführt haben, war, dass die IB.SH entsprechende Maßnahmen fördert. Ich kann ein Beispiel nennen. Wir wollen ja auch einmal einen Kredit vergeben. Wir planen in Brunsbüttel ein LNG-Terminal.

(Zuruf: Um Gottes Willen!)

Da kann es ja beispielsweise sein, dass die IB.SH, wenn sie das auf das gesamte Aktivgeschäft ausdehnen würde, und die Restriktionen sagen, dass nicht mehr in fossile Brennstoffe investiert werden darf. Da LNG nun mal eine Übergangstechnologie ist, würden wir gegebenenfalls festlegen, dass es zukünftig nicht mehr möglich wäre, dass die IB.SH Kredite für solche Investitionen wie in einen LBG-Terminal vergeben dürfe.

Das Aktivgeschäft einer Bank besteht aus der Kreditvergabe und eigenen Anlagen. Über diese Gelder kann man entscheiden. Aber man kann die Kreditgestaltung steuern, die wir für den Mittelstand machen. Was ist mit der Kreditvergabe an die Marine? Wollen Sie wirklich in diesem Bereich das komplette Kreditgeschäft eindämmen? Sehen Sie, da müssen wir aufpassen.

Präsident Klaus Schlie:

Es geht jetzt nicht darum, dass Sie mit dem Herrn Abgeordneten diskutieren.

Annabell Krämer [FDP]:

Ich wollte es ihm nur erklären.

(Beifall FDP)

Da haben Sie mir genau den Punkt weggenommen, auf den ich gerade eingehen wollte. Wir müssen aufpassen - deswegen wollte ich vorhin ausreden -, dass wir Zukunfts- und Übergangstechnologien in Schleswig-Holstein nicht gefährden. Deshalb muss das aktive Kreditgeschäft weiterhin wie bisher möglich sein.

Drittens. Durch die Beschränkung auf die hundertprozentige Landesbeteiligung - das ist mir besonders wichtig - gewährleisten wir zudem, dass keine Einflussnahme auf unsere im Wettbewerb stehenden Sparkassen erfolgt.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Wir oktroyieren keine politisch gewollten Anlagekriterien für im freien Markt agierende Unternehmen. Dass sich Politik bei Finanzstrategien von Kreditinstituten lieber heraushalten sollte - hier sollte auch die Sozialdemokratie einmal zuhören -, hat die Vergangenheit mit der ehemaligen HSH Nordbank hinlänglich bewiesen.

Wir unterstützen nachhaltige Finanzanlagen dort, wo wir es verantworten können und müssen, und zwar ohne dass die Wirtschaftlichkeit leidet. Die Beteiligungen des Landes sind in der Regel langfristig angelegt und können somit die beiden wichtigen Kriterien der Wirtschaftlichkeit und der Nachhaltigkeit zielführend verfolgen, während Kundeneinlagen der verwaltenden Kreditinstitute zeitnah und aktiv auf Marktveränderungen reagieren müssen. Sparkassen als selbstständige Unternehmen in kommunaler Trägerschaft haben die Aufgabe, die öffentliche Hand, den Mittelstand und die Sparerinnen und Sparer flächendeckend mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen zu versorgen und den Wettbewerb in ihrem Geschäftsgebiet zu stärken. Wettbewerb erfordert aber gleiche Rahmenbedingungen mit anderen Marktteilnehmern.

Mit dem vorliegenden Antrag gehen wir einen weiteren Schritt und zeigen, dass sich Ökonomie und Ökologie sinnvoll ergänzen können.

Da ich noch einen Moment Zeit habe, möchte ich kurz auf das eingehen, was die Kollegin Raudies gesagt hat, als sie meinte, wir hätten in Schleswig-Holstein die sozialen Kriterien abgeschafft. Frau Raudies, das ist nicht richtig. Wir haben das Tariftreue- und Vergabegesetz in ein mittelstandsfreundliches Vergabegesetz ohne vergabefremde Kriterien überführt.

(Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Damit sichern wir den Mittelstand ab.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Damit betreiben wir aktive Mittelstandspolitik. Gerade unser Mittelstand schafft soziale Arbeitsplätze. Das ist ein großer Beitrag dafür, dass wir weiterhin soziale Arbeitsplätze in unserem Land haben. Daher war es eine gute Sache, und Sie haben es nicht geschafft, uns nachzuweisen, inwiefern dort soziale Kriterien abgeschafft wurden. Es ist auch nicht so. Sie wissen das. Wir stärken Schleswig-Holstein als Arbeitgeberland, und das ist gut so. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! FINISH, das klingt für mich eher nach einem Haushaltsreiniger oder nach hochwirksamen Geschirrspültabs. Mit FINISH kehrt der Glanz in Ihre Hütte zurück. - Einen solchen Reiniger für den Haushalt hätte die Landesregierung doch bitter nötig. Aber mit dem vorliegenden Antrag möchte Jamaika lediglich die Landesregierung bitten, ein Gesetz zur „Finanzstrategie Nachhaltigkeit in Schleswig-Holstein“ vorzulegen. Ziel des Gesetzes soll es sein, die Finanzpolitik stärker an sozialen und ökologischen Kriterien wie Ressourcenschutz und Vermeidung von CO₂-Emissionen auszurichten.

Es dürfte Sie nicht verwundern, wenn wir weder mit Ihren genannten Kriterien noch mit der von Ihnen ins Auge gefassten Priorisierung einverstanden sind. Für uns müssen staatliche Gelder vor allem und ganz besonders dann, wenn es sich um Versorgungsfonds handelt, sicher angelegt sein. Es gilt: Sicherheit vor Ideologie und Ertrag vor Ideologie. Damit fallen schon einmal alle Hochrisikopapiere mit schmucken Renditeversprechen à la Prokon weg. Wir erinnern uns: Der große Einstieg in die Welt der Schiffsbeteiligungen erfolgte auch aus Gier und aus der falschen Annahme heraus, die Gewinne würden zukünftige Haushalte finanzieren. Solche Finanzspielchen sollten doch wohl ein für alle Mal für uns alle hier tabu sein.

(Beifall AfD)

Wir halten es für grundfalsch, derart feste ideologische Kriterien für Finanzanlagen von Landesbeteiligungen durch ein Gesetz vorzuschreiben. Dadurch wird inhaltlich ein derart schmaler Anlagekorridor vorgegeben, der Anlageentscheidungen zukünftig einseitig vorschreibt und grün-ideologisch ausrichtet.

So, wie Sie das hier andeuten, Herr Petersdotter, haben Sie reine Öko-Fonds im Hinterkopf. Systemumbau mit der Brechstange, so könnte man meinen. - Nein, meine Damen und Herren, solchen Ansinnen werden wir als AfD nicht zustimmen.

Dabei haben wir nichts dagegen, ethische Mindeststandards bei Finanzanlagen vorzuschreiben. Das könnte man machen, es ginge dann durch Abschlusskriterien. Man könnte einige wenige Aus-

schlusskriterien benennen. Eine Einengung auf ausschließlich grün-ökologische CO₂-Vermeidungsinvestments lehnen wir hingegen strikt ab. Anlageentscheidungen mit Sinn und Verstand braucht das Land und keine Öko-Fonds. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Vorsitzenden Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns zu Recht eine verantwortungsvolle Anlage- und Finanzstrategie für unser Land. Es wird hier wohl kaum jemand etwas dagegen haben, dass auch das Kriterium der Nachhaltigkeit als Gradmesser für politisches Handeln dienen kann und soll. Natürlich ist es erstrebenswert, die Gelder der öffentlichen Hand auch anhand sozialer und nachhaltiger Kriterien anzulegen, ohne natürlich die Kriterien der Sicherheit, Rendite und Liquidität zu vernachlässigen.

Vom Grundsatz her kann man dieses Vorhaben daher ja nicht schlechtreden, dennoch bleiben noch einige Ungereimtheiten zu diskutieren. Denn wenn man sich Nachhaltigkeit und Sozialgerechtigkeit auf die Fahnen schreibt, dann sollte man diese auch in sämtlichen Bereichen als Kriterium zu Rate ziehen, andernfalls wird die eigene Politik inkonsequent und unseriös.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal das Stichwort Tariftreue- und Vergabegesetz in den Raum werfen: Die Küstenkoalition hatte damals mit der Einführung jenes Gesetzes einen völlig neuen Standard in Sachen gute Arbeit und Nachhaltigkeit bei öffentlichen Ausschreibungen eingeführt. Schleswig-Holstein hatte in dieser Hinsicht bereits die im jetzigen Antrag beschworene bundesweite Vorreiterrolle inne.

(Beifall SSW und SPD)

Doch unter fadenscheinigen Vorwänden hat die Jamaika-Koalition dieses Gesetz Anfang dieses Jahres durch eine abgespeckte Version ersetzt, in der die ökologischen und arbeitsrechtlichen Kriterien stark aufgeweicht wurden. Das ist ein Tiefschlag für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und für diese wird der vorliegende Antrag wohl reichlich zynisch anmuten.

(Lars Harms)

Da frage ich mich doch: Wie passt dieses ambivalente Vorgehen der Jamaika-Koalition eigentlich zusammen? Im Gesamtbild: Wie soll diese nachhaltige und erfolgreiche Anlagestrategie nach der Einführung überhaupt konkret ausgestaltet werden, das heißt, wie wird entschieden, ob und dass ein Projekt beziehungsweise ein Unternehmen für eine Anlage infrage kommt? - Es ist doch so: Einerseits Geld sparen und nachhaltig anlegen und andererseits Geld ausgeben und nachhaltig investieren, das sind ja zwei Seiten derselben Medaille. Allerdings sollte hier dann nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.

Ich skizziere mal ein Beispiel: Brunsbüttel, LNG-Terminal, Flüssigerdgas versus Umweltbedenken. Die Diskussionen um diese Terminals bleiben ja weiterhin hitzig. Der Bundesrat hat bereits in einer Verordnung zugestimmt, die Investitionen in den Bau von LNG-Terminals lukrativer zu machen. Interessierte Investoren gibt es auch, gleichzeitig machen zahlreiche Umweltinitiativen gegen das Gas-Terminal mobil, insbesondere wegen der befürchteten Herkunft des LNG.

Fracking ist ein massiver Eingriff in die Natur und mit Umweltbewusstsein und vor allem Nachhaltigkeit daher kaum in Einklang zu bringen. Dennoch hält die Landesregierung unbeirrt und vehement an ihren Plänen fest. Investoren sollen von günstigen Rahmenbedingungen profitieren, und der Bau dieser Terminals soll sogar durch Landesmittel in Millionenhöhe gefördert werden.

Ganz hart gesprochen dürfen wir unser Geld bei Anwendung von Nachhaltigkeitskriterien eben nicht in Papieren des Betreibers oder der Lieferanten für das Brunsbütteler LNG-Terminal anlegen, andererseits wird dies aber direkt durch die Landesregierung gefördert. Mehr Widersprüchlichkeit geht eigentlich nicht.

Um also den Bogen nun zurückzuschlagen: Die Regierungsfractionen wollen die Landesregierung auffordern, eine nachhaltige Finanz- und Anlagestrategie zu formulieren, doch gleichzeitig plant eben diese Landesregierung, unter anderem ein Projekt zu bezuschussen, welches einer solchen Prüfung auf Nachhaltigkeit eben nicht standhalten würde. Das ist inkonsequent und wenig zukunftsweisend. Wer weiß, bei wie vielen Finanzanlagen wir uns zukünftig möglicherweise ebenfalls in Grauzonen bewegen, weil eben nicht sämtliche Faktoren dem gebotenen Kriterienkatalog entsprechen. Uns allen ist klar, dass wir in puncto Nachhaltigkeit noch reichlich Optimierungspotenzial haben und dass Verän-

derungen nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen sind.

Doch das darf keine Ausrede sein. Insgesamt geht der vorliegende Antrag zwar in die richtige Richtung, doch gleichzeitig spielt es für uns eben auch eine Rolle, dass Gelder nicht nur nachhaltig angelegt, sondern zuvor auch nachhaltig und sozialverträglich erwirtschaftet werden und wir Landeszuschüsse auch nur in nachhaltige Unternehmen und Projekte investieren. Genau das fehlt noch. Da ist noch viel mehr zu tun, als eine kleine Anlagestrategie zu entwickeln. Die ist richtig, die haben wir auch früher als Küstenkoalition schon verfolgt, ohne einen Beschluss zu fassen. Aber Nachhaltigkeit muss eben auch beim politischen Handeln der Landesregierung und dieser Koalition eine Rolle spielen. Da fehlt es doch an allen Ecken und Enden.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat die Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für den Antrag, den ich begrüße. Sie wissen: Es geht bei dem Thema Nachhaltigkeit heute um den Konsum, um die Bereiche Energie, Verkehr, Transport, Wirtschaft. Sie wissen - bei LNG war das jetzt noch einmal ausgebreitet worden -, dass es insbesondere um die Infrastruktur geht - unabhängig vom Energieträger.

Es ist nur konsequent, dass wir Nachhaltigkeit auch bei Finanzprodukten in der Finanzpolitik immer wieder beleuchten. Da ist das Kriterium ESG - Environment-Social-and-Governance-Anforderungen - das, was heute als Standard in der Begrifflichkeit immer wieder genannt wird. An diesen Kriterien orientieren wir uns auch. Es ist bei unseren Versorgungsfonds genannt. Dort sind diese Kriterien zur Grundlage gelegt - und noch mehr.

Sie wissen, dass wir beim Versorgungsfonds mehrere harte Ausschlusskriterien genannt haben. Zum einen werden beispielsweise Anleihen von Staaten ausgeschlossen, die die Todesstrafe anwenden oder die aktuellen Klimaprotokolle nicht ratifizieren. Zum anderen werden Unternehmen ausgeschlossen, die in den Geschäftsfeldern fossile Brennstoffe, Atomenergie, kontroverse Rüstungsgüter aktiv sind oder gegen die Grundsätze verantwortungsvoller Unternehmensführung verstoßen.

(Ministerin Monika Heinold)

So ist es mit dem Versorgungsfonds, Frau Raudies. Das wissen wir. Wir diskutieren das ja nicht zum ersten Mal.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Ministerin, ich unterbreche Sie ungern, aber bitte einen kleinen Moment. - Es wäre schön, wenn im Saal den Worten der Ministerin ein bisschen mehr Aufmerksamkeit gezollt würde. - Danke schön.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Vielen Dank.

(Beifall Dennis Bornhöft [FDP])

Mit dieser umfassenden Strategie beim Versorgungsfonds sind wir bundesweit Vorreiter.

Sie wissen auch, dass unsere Investitionsbank in ihren Anlageleitlinien bereits Nachhaltigkeitskriterien hat. Unser Ziel ist es - deshalb ist der Antrag gut -, dass wir Nachhaltigkeitskriterien entsprechend der ESG-Anforderungen in möglichst vielen Institutionen umsetzen, damit möglichst alle wesentlichen Finanzanlagen des Landes diesen Kriterien entsprechen. Deshalb planen wir auch, für unsere Anstalten des öffentlichen Rechts konkrete Vorgaben zur Nachhaltigkeit umzusetzen. Da können wir es festschreiben. Bei Landesbeteiligungen und Stiftungen des Landes haben wir die Möglichkeit, in den entsprechenden Gremien auf die Aufnahme von Nachhaltigkeitskriterien hinzuwirken, und diese Möglichkeit wollen und werden wir wahrnehmen und arbeiten schon an Ideen, wie es gehen kann.

Mit dem Gesetz, das Sie jetzt einfordern, erhalten wir noch weiter Rückenwind und weiter Motivation. Es wird ein bisschen Zeit in Anspruch nehmen, dieses zu erarbeiten, weil es eine Reihe von Gesetzen und Anlagerichtlinien sind, die angepasst werden müssen. Aber selbstverständlich werden wir in der Zwischenzeit den Weg, den wir beschritten haben, weitergehen und mit allen Kräften, die wir haben, daran arbeiten.

Sie wissen es: Es wird zurzeit auch auf europäischer Ebene darüber diskutiert, wie wir Transparenz und Vergleichbarkeit bei der Anwendung von Nachhaltigkeitskriterien umsetzen können. Da gibt es verschiedene Vorschläge. Dazu zählt ein EU-weites Klassifizierungssystem. Da besteht die Debatte über verpflichtende Offenlegung von Informationen über die Berücksichtigung von ESG-Kriterien und die Schaffung einer neuen Kategorie von

Benchmarks, um den Vergleich von CO₂-Bilanzen bei Kapitalanlagen zu ermöglichen.

Ich hoffe, dass diese europäische Debatte auch auf Bundesebene ankommt, dass es auch dort verpflichtende Vorgaben im Sinne der Nachhaltigkeitskriterien gibt. Ich nehme von der SPD-Fraktion mit, dass sie sich bei ihrem Bundesfinanzminister ganz kräftig dafür einsetzt, dass das im Bund auch passiert. Das freut mich natürlich. Wenn Sie da Erfolg haben, dann sagen Sie mir Bescheid. Der Kaffee ist Ihnen sicher. Ich hoffe, dass wir insgesamt weiter vorankommen.

(Zuruf Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ein Kaffee ist zu wenig?

(Beate Raudies [SPD]: Fairtrade-Kaffee! - Dennis Bornhöft [FDP]: Aber Fairtrade!)

- Fairtrade-Kaffee, selbstverständlich und nicht aus dem Plastikbecher und ohne Strohalm! Ich hoffe, dass wir insgesamt im Land, im Bund und in Europa vorankommen, weil die Frage von nachhaltigen Finanzanlagen tatsächlich eine wichtige ist, die uns beschäftigen muss.

Lassen Sie mich einige Worte zu den Kollegen sagen, die gesagt haben, dass alles wurscht sei. Wie hieß es so schön? - Sicherheit vor Ideologie. - Meine Erfahrung ist Folgende, und ich will das gern einmal sagen: Diejenigen, die jahrzehntlang für Atomkraft gekämpft haben, wollen heute nicht neben einem Atommülllager wohnen. - Verstehe ich gar nicht! Verstehe ich gar nicht! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen der AfD-Fraktion angenommen.

(Zurufe SSW)

- Oh, zugestimmt haben natürlich auch die Abgeordneten des SSW.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1427

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/1687

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier, das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Präsidentin, ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen zum Bericht liegen nicht vor.

Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schaffung dauerhaft bezahlbaren Wohnraums bleibt eine dauerhafte Herausforderung für die Politik und die Wohnungswirtschaft in Schleswig-Holstein. Ich bin an dieser Stelle sehr dankbar dafür, dass unsere Landesregierung diese Herausforderung aktiv annimmt und auch mit Hilfe der Bundesregierung erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um das Wohnraumangebot insbesondere von bezahlbarem Wohnraum weiter auszubauen. Für den gesamten Wohnungsmarkt bleibt es darüber hinaus von entscheidender Bedeutung, dass die Zahl der Baufertigstellungen weiter hoch bleibt, denn nur ein ausreichender Neubau in allen Wohnbausegmenten kann zu einer Stabilisierung des Mietniveaus führen. Deshalb brauchen wir neben dem geförderten Mietwohnungsbau weitere ergänzende Instrumente zur Abdeckung der weiter steigenden Wohnraumnachfrage insbesondere in Ballungsregionen. Zur besseren Ausnutzung der Baulandbestände, beim Dachgeschossausbau und bei der Aufstockung von Wohnraum wird die Landesbauordnung nun zeitnah angepasst.

Mit unserem Gesetz und den flankierenden Maßnahmen der Landesregierung erreichen wir eine bislang in diesem Umfang einzigartige Initiative für die zusätzliche Schaffung von Wohnraum in Schles-

wig-Holstein. Unser Gesetz findet ausdrücklich breite Zustimmung und Unterstützung bei vielen an diesem Prozess Beteiligten.

Die Rahmenbedingungen im Wohnungsbau müssen so ausgerichtet werden, dass die Bezahlbarkeit von Wohnraum insgesamt erhalten bleibt. Neubau ist nicht die einzige Möglichkeit zur Schaffung von Wohnraum. Bereits bestehende, aber ungenutzte Immobilien müssen verstärkt auch als Wohnraum nutzbar gemacht werden, genauso wie der mögliche Ausbau von Dachgeschossen zu Wohnungen ermöglicht werden muss. Auch werden und müssen wir entsprechende Rahmenbedingungen ändern und rechtliche Hürden abbauen.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Sie dürfen weiterreden, Herr Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Danke, Frau Präsidentin. - Wir wollen mit unserem Gesetz zusätzliche Möglichkeiten eröffnen und im Rahmen der Landesbauordnung Nachverdichtungen erleichtern, Typengenehmigungen für serielles Bauen einführen und vereinfachte Baugenehmigungen zulassen.

Innerhalb bestehender Siedlungsgebiete sollen dadurch mögliche Entwicklungspotenziale konsequent für den Wohnungsbau genutzt werden. Damit erreichen wir zugleich eine bessere Auslastung der bestehenden Infrastruktur und vermeiden eine übermäßige Flächenversiegelung.

Außerdem wollen wir, dass sich das Land dafür einsetzt, geeignete Grundstücke, die sich im Eigentum des Landes oder des Bundes befinden, kostengünstig für geförderte Wohnungsbauprojekte und studentisches Wohnen zur Verfügung zu stellen. Dies gilt selbstverständlich auch für die Flächen, die den Kommunen im Augenblick bereits gehören.

Sie sehen, unsere Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen kümmern sich umfassend und zeitnah um den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein. Wir wollen auch weiterhin in enger Abstimmung mit der privaten Wohnungswirtschaft, den Wohnungsbaugenossenschaften und der kommunalen Ebene die Herausforderungen aktiv angehen und umfassende Lösungen anbieten.

Wir sind mit dem Umfang der Änderungen in der Landesbauordnung und der Schnelligkeit der Beratung sowie der Beschlussfassung einen großen Schritt vorangegangen, eine Flexibilisierung der

(Peter Lehnert)

Rechtsgrundlagen zu schaffen und damit zusätzlichen dringend benötigten Wohnraum zu ermöglichen. Diese Steilvorlage muss jetzt allerdings auch von den kommunalen Entscheidungsträgern vor Ort entschlossen genutzt werden. Die Überschrift „Kiel ist Hauptstadt der Wohnungsmisere“ im „sh:z“ vom 17. September 2019 und die dabei veröffentlichte Studie zur Wohnraumsituation zeigen erschreckende Defizite in einigen Regionen unseres Landes. Dazu stellt der Geschäftsführer des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen, unser ehemaliger Innenminister Andreas Breitner, fest:

„Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen führt zur Verdrängung von Menschen mit geringem und niedrigem Einkommen sowie zu einer weiteren Entmischung von Quartieren.“

Da müssen wir politisch gegenhalten. Wichtig ist, dass alle kommunalen Träger aktiv reagieren. Die Lage in Kiel ist laut der Zahlen besonders dramatisch. Nirgendwo in Westdeutschland gibt es eine so starke Trennung der Wohngebiete von Arm und Reich. Im Wohnmarkttracking bekommt Kiel in dieser Studie wieder einmal die rote Karte gezeigt. Die Lage wird noch dadurch verstärkt, dass in Kiel in den vergangenen Jahren viel zu wenige Baugenehmigungen erteilt wurden. Es ist daher dringend an der Zeit, dass auch im Kieler Rathaus die Ernsthaftigkeit der Lage erkannt und endlich gehandelt wird. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir fortfahren, bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn Sie länger anhaltende Gespräche führen möchten, tun Sie das bitte außerhalb des Plenarsaals! Hier herrscht mittlerweile eine Lautstärke! Vielleicht liegt einigen die Currywurst mit Pommes zu schwer im Magen. Bitte nehmen Sie etwas Rücksicht auf die Redner. Danke.

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Özlem Ünsal das Wort.

Özlem Ünsal [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Gäste! Liebe Abgeordnete! Fernab vom Wahlkampf, der alles andere als hier hingehört, komme ich zurück zur Landesbauordnung.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD])

Auch wenn ich manchmal Zweifel habe, ob das ganze Haus einstimmig oder die Landesregierung

(Ole-Christopher Plambeck [CDU]: Die Landesregierung?)

gleichermaßen für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum kämpfen, so ist doch zumindest die Überprüfung der Landesbauordnung ein wichtiger und notwendiger Ansatz. Aber - auch das betone ich -: Es ist und bleibt weiterhin lediglich nur ein Baustein von vielen.

(Beifall Beate Raudies [SPD])

Eine vernünftige Gesamtstrategie ersetzt die heutige Änderung der LBO noch lange nicht. In erster Linie - auch das habe ich bei der letzten Debatte schon ausgeführt - beinhaltet die LBO sehr fachspezifische Handlungsfelder, die aber auch eine ganze Reihe an Auswirkungen nach sich ziehen. Neben notwendigen Anpassungen an europarechtliche Vorgaben zum Bauproduktrecht enthält sie Regelungen, die unterstützen sollen - wie wir eben gehört haben -, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Um unzumutbare Kostensteigerungen zu vermeiden, soll zudem die Möglichkeit der Abweichung von sonstigen bauordnungsrechtlichen Anforderungen geschaffen werden. Gut. Erleichterung gibt es insbesondere bei der Nachverdichtung im Bestand, beim Dachgeschossausbau und bei Dachaufstockungen. Aufzüge müssen zukünftig nicht zwingend gebaut werden. Sofern dies doch gewünscht ist, soll es Erleichterungen geben. Holzbau soll leichter als bisher für die Ausbauprojekte, aber auch im Neubaubereich eingesetzt werden können. Das Gesetz erleichtert damit auch den Einsatz brennbarer Baustoffe und die Verwendung von Holz als nachwachsendem Rohstoff.

Diese bauordnungsrechtlichen Erleichterungen dürfen aber aus unserer Sicht in keinem Fall zu einem Weniger an Sicherheit und vor allem nicht zu einem Verzicht an Barrierefreiheit führen.

(Beifall SPD)

Zukünftig sollen auch im Rahmen der Genehmigungsfreistellung Gebäude bis zur Hochhausgrenze ohne Baugenehmigung errichtet werden dürfen. Hier sind aus unserer Sicht die Kommunen stärker gefragt, entsprechende B-Pläne zu schaffen. Gefordert sind jedoch auch die Planer. Sie erhalten mehr Verantwortung und müssen sicherstellen, dass die Vorgaben der B-Pläne eingehalten werden. Genau hier haben die kommunalen Landesverbände angezweifelt, dass dies optimal gelingen kann. Die Erfahrungen mit dem Instrument der Genehmigungsfreistellung zeigen aus ihrer Sicht, dass dies bislang vielfach nicht der Fall ist. Diese Kritik ist aus unse-

(Özlem Ünsal)

rer Sicht nicht ganz von der Hand zu weisen. Hier bleibt abzuwarten, ob die positiven Erfahrungen, die wir im Innenausschuss aus Bayern und Sachsen gehört haben, auch hier in Schleswig-Holstein zum Tragen kommen werden.

Insbesondere die Wohnungswirtschaft, die von diesem Instrument profitieren soll, ist aus meiner Sicht besonders gefordert und muss zeigen, dass sie mit den neuen Freiräumen verantwortungsvoll umgeht. Eine Evaluierung der Umsetzungsprozesse ist aus unserer Sicht dringend angezeigt. Wir werden uns kritisch ansehen, ob und vor allem wie viel an bezahlbarem Wohnraum durch die Erleichterungen geschaffen wird.

Die Entrümpelung der LBO ist unbestritten ein wichtiger Schritt und erfüllt ihren Zweck. Wir brauchen nicht nur Widerspruchsfreiheit, sondern auch die Praxistauglichkeit aller Maßnahmen vor Ort. Auch darauf habe ich beim letzten Mal hingewiesen. Uns muss aber klar sein, dass es in den nächsten Jahren wahrscheinlich weiterer rechtlicher Änderungen bedarf, um bezahlbaren Wohnraum zu realisieren. Ein breiter Diskurs in der Fachöffentlichkeit sollte diesen Prozess dringend flankieren. Da gibt es auch im Verbund mit den anderen norddeutschen Ländern sicherlich noch Luft nach oben. Wir sollten dranbleiben. Das war auch eines der Themen in den Beratungen, die wir durchgeführt haben.

Das Ziel, eine Steigerung der Wohnungsbautätigkeit in allen Segmenten zu erreichen und dabei einen Schwerpunkt auf bezahlbaren Wohnraum zu legen, erfordert ein Umdenken bei Planungsabläufen und Bauweisen sowie kluge Konzeptionen. Auch wenn sich durch die Erleichterung des Dachgeschossausbaus und die Aufstockung von Gebäuden sicherlich mehr Wohnraum schaffen lässt, wird das unser Problem in Schleswig-Holstein allein nicht lösen können. Die Änderung der LBO ersetzt nämlich nicht innovative Wohnraumprojekte, schon gar nicht die Wohnraumförderung, weder die Sicherung von Belegbindungen noch die Eindämmung der Zweckentfremdung von Wohnraum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenzen-Verordnung ersetzt sie schon mal gar nicht.

(Beifall SPD und SSW)

Ich appelliere deshalb an die Regierungskoalition, bezahlbares Wohnen umfassend und ganzheitlich anzugehen. Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis in der Landesverfassung, womit wir uns gleich noch intensiver auseinandersetzen werden. Wir

brauchen nämlich breiten Konsens und erhebliche Anstrengungen zum bezahlbaren Wohnungsbau. Da reicht es nicht, nur die LBO zu ändern, sondern es bedarf eines ganzheitlichen Konzepts. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der kürzlich stattgefundenen Messe NordBau konnte man, wenn man mutige Schritte wie bei der Entrümpelung der LBO geht, erleben, dass man auf Fachleute aus verschiedenen Bereichen trifft, die Arbeitsgemeinschaft zeitgenössisches Bauen, Architektinnen und Architekten, die sagen: Da habt ihr mal wirklich einen Ruck durchs Land gehen lassen. - Wir haben tatsächlich einen wichtigen Aspekt erkannt: Wer in Schleswig-Holstein bauen will, muss auch die Bedingungen dafür kritisch hinterfragen und sich fragen, warum nicht gebaut wird.

(Beifall Peter Lehnert [CDU] und Kay Richter [FDP])

Das haben wir mit dieser Landesbauordnung tatsächlich gemacht, indem wir nicht nur geredet, sondern auch geliefert haben.

Liebe Frau Ünsal, natürlich kann man immer fragen, ob man die eierlegende Wollmilchsau - immer die Barrierefreiheit - haben will. Fordert man für jeden dieser Dachgeschossausbauten den Fahrstuhl ein, weil man sagt, man setzt die Barrierefreiheit über das Gebot, das Dachgeschoss auszubauen, muss man feststellen, dass dann wieder nicht ausgebaut wird. Natürlich werden dann Wohnungen im Parterre frei, wenn Studentinnen und Studenten, junge Leute in diese Dachgeschosswohnungen einziehen.

Man muss da kreativ nach Möglichkeiten suchen, denn nicht ausgebaute Dachgeschosse zu haben, heißt in Schleswig-Holstein, circa 44.000 Wohnungen nicht zu haben. Das ist keine Alternative, wenn wir daran gemessen werden, ob wir tatsächlich bezahlbare Wohnungen in Schleswig-Holstein schaffen.

(Dr. Andreas Tietze)

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, als Grüner darf ich ganz deutlich sagen: Der Ausbau eines Dachgeschosses versiegelt keine zusätzliche Fläche. Wenn wir über das Thema Flächenfraß in unserer Republik nachdenken, stellen wir fest, dass es eine intelligente und kluge Maßnahme ist, Innenverdichtung vor Außenverdichtung gehen zu lassen und die Potenziale von Dachgeschossausbau zu nutzen.

Ich will nicht beschönigen, dass wir als Grüne - das ist hier angesprochen worden - gern ein paar Instrumente behalten hätten, wir uns im Koalitionsvertrag aber für die Überprüfung und damit auch für andere Wege entschieden haben. Das will ich nicht verhehlen. Dies tun wir gegen den Trend unserer grünen Freundinnen und Freunde in der Bundesrepublik. Die Verschärfung der Mietpreisbremse ist in unserer Bundespartei eigentlich kein Thema, über das wir uns streiten. Das wollen wir alle.

Wir haben in Schleswig-Holstein einen anderen Weg eingeschlagen und müssen genau darauf achten, dass dieser andere Weg mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und Mietwucher zu verhindern, am Ende eine echte, scharfe Waffe ist. Daran arbeiten wir mit gutem juristischen Sachverstand sowohl aus meiner Fraktion - einen Dank an meinen Kollegen Burkhard Peters - als auch von Jan Marcus Rossa und Peter Lehnert. Gemeinsam überlegen wir, wie wir die Zielfrage beantworten, über die wir uns in der Koalition einig sind, Mietwucher tatsächlich verhindern und bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Meine Damen und Herren, die Grünen haben in der Bundesrepublik nicht 51 % der Wählerstimmen. Deshalb müssen wir Kompromisse eingehen; wenn wir denn könnten und man uns machen ließe, würden wir ein neues Wohngemeinnützigkeitsprogramm schaffen

(Martin Habersaat [SPD]: Ah!)

und eine Million dauerhaft günstige Mietwohnungen im Land schaffen.

Wir böten Menschen, die Schwierigkeiten haben, normale Mieten zu stemmen, zielgerichtet Sozialwohnungen an. Wir gingen auch bei den Baukosten runter. Das ist auch ein wichtiger Punkt. Auch günstige Baukosten sind für bezahlbare Mieten notwendig. Wir würden die warmmieteneutrale energetische Sanierung ermöglichen und einen revolvierenden Bodenfonds einrichten, um mehr Baugrund

aus kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu erwerben.

Wir wollen eine nachhaltige, langfristig ökologisch ausgerichtete Bodenentwicklungspolitik. Wir wollen bei Neubau eine Quote für sozialen Wohnungsbau verpflichtend festsetzen und sie von 30 % auf 50 % steigern. Wir wollen bei Zweckentfremdung konsequent Treuhänder zur Herstellung der Wohnungsnutzung einsetzen.

Sie sehen: Wir haben durchaus ambitionierte Vorstellungen. Seien Sie sicher: Wenn wir dereinst im Bund mitregieren werden, werden wir unsere Vorstellungen in Koalitionsgesprächen nachdrücklich einbringen.

(Zuruf SPD: Sie sollten mal eher anfangen! - Weitere Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben - genauso wie Sie in der GroKo - die Situation, dass wir Koalitionsverträge unterschrieben haben, die anderes regeln. Das ist nun einmal so. Je stärker man in Wahlen abschneidet, desto mehr Möglichkeiten hat man, eigene Inhalte in Koalitionsverhandlungen zur Geltung zu bringen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Meine Damen und Herren, da erzähle ich Ihnen nichts Neues. Deshalb werden wir in der Jamaika-Koalition zumindest dafür eintreten, dass das Wohngeld in unserer Regierungszeit erhöht wird, das Problem der Baukostensteigerungen nachhaltig angegangen wird und wir da entrümpeln, wo Bürokratie bezahlbaren Wohnraum verhindert. Das sind die drei strategischen Zielmaßnahmen. Die gehen wir an. Das ist nicht nichts, liebe Frau Ünsal. Im Gegenteil: Das ist etwas, das wir dringend brauchen, wenn wir in Schleswig-Holstein ernsthaft bezahlbaren Wohnraum schaffen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa das Wort.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesbauordnung steht zur zweiten Lesung an und damit eine Novellierung, mit der wir aus unserer Sicht einen wichtigen Schritt machen, um den so dringend benötigten Wohnungsneubau in unserem Land zu befördern und zu beschleunigen.

(Jan Marcus Rossa)

Meine Kollegen haben die wichtigsten Bausteine dieser Novellierung vorgestellt. Ich will sie dennoch einmal einordnen. Es sind relativ kleine Eingriffe, die notwendig gewesen sind, um auch bei den Fachleuten Zustimmung dahin gehend zu erfahren, dass das die Instrumente sind, mit denen wir den Wohnungsneubau in Schleswig-Holstein fördern und vor allen Dingen attraktiver machen können, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Der wichtigste Baustein in der Novellierung sind dabei sicherlich die Verbesserung der Bedingungen für die Aufstockung von Gebäuden und der Dachgeschossausbau. Die Nachverdichtung bei Wohngebäuden ist allein schon deswegen sinnvoll, weil auf Bestand aufgebaut und damit ein weiterer Flächenverbrauch vermieden wird. Mit der Neuregelung in § 6 Absatz 9 Landesbauordnung stellen wir sicher, dass die bestehenden Abstandsregelungen - viel mehr war nicht nötig - der Nachverdichtung, aber auch einer Umwidmung eines bestehenden Gebäudes zu Wohnzwecken nicht entgegenstehen.

Gleichzeitig ist geregelt, dass ein Interessenausgleich zwischen demjenigen, der ein Aufstockungsvorhaben realisieren möchte, und den Nachbarn stattfindet. Wir haben geregelt, dass gewisse Bauvorhaben nur genehmigt werden können, wenn sie berücksichtigen, dass eine Störung der Nachbarschaft vermieden wird. Das klingt fürchterlich selbstverständlich, aber es sind die kleinen Einschnitte, die notwendig gewesen sind, um eine wirkliche Novellierung der Landesbauordnung zu erreichen.

Die Befreiung von der Fahrstuhlspflicht ist erwähnt worden. Die geltende Regelung ist in der Tat ein großes Hindernis gewesen, wenn es um die Aufstockung von Wohngebäuden ging, weil die Nachrüstung mit Fahrstühlen oder die Erweiterung des Fahrstuhls in der Praxis erhebliche Probleme bereitet und zu erheblichen Kosten geführt hat.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Eine weitere richtige Entscheidung ist, die Genehmigungsfreistellung zu erweitern, sodass Gebäude der Größenklassen 4 und 5, also bis zur Hochhausgrenze von 22 m, genehmigungsfrei gestellt werden können, wenn das Bauvorhaben im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans liegt, dessen Festsetzungen nicht widerspricht und die Erschließung gesichert ist. Das führt zu einer Verfahrensbeschleunigung und begünstigt die Schaffung neuen Wohnraums in den Kommunen.

(Beifall FDP)

Es ist ein richtiger Schritt, wenn wir in größerem Umfang als bisher Bauvorhaben ohne Baugenehmigungsverfahren in unserem Land ermöglichen. Nun sind allerdings die Kommunen gefordert, denn die Genehmigungsfreistellung wird nur dann positive Wirkung entfalten, wenn die entsprechenden Bauleitplanungen die Voraussetzungen für genehmigungsfreies Bauen schaffen. Das Instrumentarium dafür stellen wir als Land den Kommunen zur Verfügung.

Ähnlich verhält es sich mit der Typengenehmigung im neuen § 73 a Landesbauordnung. Sie dient ebenfalls dem Zweck, Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass eben auch Typengenehmigungen über Ländergrenzen hinweg möglich sind. Hier sind zwar nach wie vor grundstücksbezogene Baugenehmigungen erforderlich, aber soweit die Typengenehmigung bestimmte Aspekte bereits abgearbeitet hat, müssen sie nicht erneut geprüft werden.

Schließlich ist es ein wichtiger Schritt gewesen, dass wir die Erleichterung der Verwendung des Baustoffs Holz in der Landesbauordnung geregelt haben. Holz hat als Baustoff viele Vorteile, die beim Wohnungsbau genutzt werden können. Es hat ein geringeres Eigengewicht, was bei der Aufstockung im Hinblick auf die Statik sinnvoll ist, und erleichtert Aufstockungsmaßnahmen. Zudem sorgt der Baustoff Holz für ein gesundes Wohnklima. Er hat eine bessere Dämmwirkung als viele andere Baustoffe und eine gute Ökobilanz. All das spricht für den Baustoff Holz. Das fördern wir durch unsere Landesbauordnung.

(Beifall FDP)

Insgesamt ist festzustellen - da werden wir durch die Fachleute breit bestätigt -, dass wir mit der Landesbauordnung einen wichtigen Schritt machen, um die bauordnungsrechtlichen Voraussetzungen für den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein zu verbessern. Stimmen die gesetzlichen Rahmenbedingungen und werden Genehmigungsverfahren erleichtert, wie wir das geplant haben, wirkt sich das unmittelbar auf die Bereitschaft von Bauherren und Wohnungsunternehmen in Schleswig-Holstein aus, den Wohnraum zu schaffen, den wir in den kommenden Jahren brauchen.

Deshalb bitten wir, dass dieses Parlament der Novellierung der Landesbauordnung eine breite Zustimmung gibt. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! In Schleswig-Holstein fehlt es nach wie vor an ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum. Das wirksame Mittel gegen Wohnraumverknappung ist einfach Bauen, Bauen und nochmals Bauen. Dafür wird Bauland zur Schaffung neuer Wohnungen benötigt. Wo dieses, wie in Ballungsräumen wie Lübeck oder Kiel, knapp ist, muss man über Nachverdichtung und Aufstockung reden. Das tun wir bereits. Die verbesserten Möglichkeiten der Nachverdichtung und Aufstockung in der Landesbauordnung begrüßen wir ausdrücklich.

Der Vorteil von Aufstockungen und einer verdichteten Nutzung bereits bebauter Grundstücke gegenüber dem Neubau liegt im bereits vorhandenen und erschlossenen Baugrund und damit klar auf der Hand. Die Anschaffungskosten, zum Beispiel für einen Aufzug - auch darüber wurde hier schon geredet -, und die notwendigen Umbaumaßnahmen im Treppenraum waren im Rahmen einer Aufstockung bisher riesige Kostentreiber. Schnell kamen dort bis zu 100.000 € zusammen. Damit waren diese Kosten nicht selten ein Hinderungsgrund für aufstockendes Bauen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf führt die Erhöhung eines Gebäudes auf mehr als 13 m nun nicht mehr zwingend dazu, dass ein Fahrstuhl eingebaut werden muss. Das Bauen wird dadurch günstiger und attraktiver.

Mit einer Nachverdichtung oder Aufstockung allein wird der Wohnungsnot in Schleswig-Holstein aber nicht beizukommen sein. Obwohl die Landeshauptstadt Kiel in den letzten Jahren durch Dachgeschossausbauten 10 % aller neuen Wohneinheiten geschaffen hat, fehlt es immer noch an allen Ecken und Enden an bezahlbaren Wohnungen. Die Neubautätigkeit umfasst derzeit überwiegend das mittel- und hochpreisige Segment. Hier muss gegengesteuert werden, denn darum geht es gerade nicht.

Grundsätzlich begrüßen wir die Einführung des Instruments der Typengenehmigung von baulichen Anlagen. Durch die Zulassung bestimmter Bautypen und Baumodule können die Baugenehmigungsverfahren für den Wohnungsneubau vereinfacht werden. Dadurch wird auch das Bauen in Serie erleichtert und günstiger. Serielles Bauen bedeutet einen höheren Grad der Standardisierung und Typi-

sierung von Entwurfselementen und Bauteilen. Diese können nun kostengünstig in höheren Stückzahlen vorgefertigt werden und so die Bauzeiten verkürzen. Das spart Kosten. Kritisch sehen wir jedoch, dass Typengenehmigungen anderer Länder auch in Schleswig-Holstein anerkannt werden können. Wir befürchten hier eine Absenkung qualitativer Standards.

Meine Damen und Herren, Vereinfachung und Entschlackung war eine der Ideen zur Anpassung der Landesbauordnung. In § 68 des Entwurfs wird so beispielsweise das Genehmigungsfreistellungsverfahren auf alle baulichen Anlagen, die keine Sonderbauten sind, erweitert. In den Anwendungsbereich der Norm sollen folglich - begrenzt durch Satz 3 der Vorschrift - auch Gebäude der Gebäudeklassen 4 und 5 fallen. Wir reden hier von Gebäuden bis zu einer Höhe von 22 m, also mittelgroßen Mehrfamilienhäusern bis an die Hochhausgrenze heran.

Die Genehmigungsfreistellung wird die Verantwortung für die Richtigkeit und Rechtmäßigkeit dieser Vorhaben auf Bauherren, Architekten und Investoren verlagern. Die Genehmigungsbehörden selbst halten sich künftig davon frei. Jeder Bauherr wird mit dem Risiko leben müssen, dass selbst Jahre nach Errichtung des Bauvorhabens Baurechtsverstöße zutage treten können, die ihn zum Adressaten bauaufsichtsrechtlicher Eingriffsverfügungen machen können. Auch die gewünschte Beschleunigung des Verfahrens ist nicht zwingend zu erwarten, denn bereits in der Vergangenheit wurden von der überwiegenden Mehrheit der Entwurfsverfasser eben nicht die erforderlichen mängelfreien Bauvorlagen eingereicht. Das hat zu Verzögerungen geführt. Dies ist das Ergebnis einer Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände.

Unterm Strich, meine Damen und Herren, ist der Gesetzentwurf gut und richtig, und wir befürworten ihn. Er ist aber doch nur ein Mosaikstein für die Schaffung neuen Wohnraums. Für ein klares Bild einer wirksamen Wohnungsbaupolitik reicht das noch nicht. Wir tragen den Gesetzentwurf dennoch mit. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Mit der Verabschiedung des Gesetzesentwurfes zur Änderung der Landesbauordnung sehen wir durchaus die Möglichkeit, die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein mittelfristig zu verbessern. Das haben wir bereits in der ersten Lesung angemerkt, und ich muss sagen: Die Anhörung hat dies bestätigt. Die Änderungen werden zu einer Erleichterung des Bauens sowie des Um- und Ausbaus von Gebäuden führen. Durch die Nachverdichtung, also Dachausbauten und Aufstockungen, schaffen wir die Möglichkeit, zusätzlichen Wohnraum zu generieren. Dort sehen wir erhebliches Potenzial für weiteren Wohnraum. Die Vorteile dieser Erleichterung liegen klar auf der Hand: Es wird keine weitere Fläche versiegelt, und es bedarf keiner zeitaufwendigen Änderung des Bebauungsplanes. Die vorhandenen Infrastrukturen stehen zur Verfügung und können genutzt werden. Angesichts der derzeitigen Lage auf dem Wohnungsmarkt, wo wir insbesondere kleinere Wohnungen benötigen, sehe ich gerade in dieser Änderung der Landesbauordnung eine Chance, die Situation zu verbessern. Darauf kommt es in erster Linie an. Das bedeutet auf der anderen Seite aber auch, dass wir Abstriche machen müssen und nicht alle Ziele erreichen können.

Das gilt insbesondere in Bezug auf die Barrierefreiheit. Zur Ehrlichkeit gehört, dass wir hier gewisse Abstriche machen. Wir sehen das Problem, dass der Bau oder Ausbau eines neuen Fahrstuhls mit erheblichen zusätzlichen Kosten verbunden ist. Durch eine verpflichtende Barrierefreiheit wäre der Aufbau eines neuen Geschosses oder der Ausbau des Dachgeschosses finanziell nicht mehr darstellbar. Das hätte zur Konsequenz, dass die Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum konterkariert würde. Das kann natürlich nicht gewollt sein.

Insgesamt tragen die Änderungen zur Landesbauordnung zu einer weiteren Deregulierung im Baugenehmigungsverfahren bei. Das bedeutet, dass Bauvorhaben früher begonnen werden können. Das bedeutet aber auch, dass mehr Verantwortung auf die Bauherren, Investoren und Architekten übergeht. Die Praxis wird zeigen, inwieweit die Liberalisierung diesbezüglich tragfähig ist.

Mit der Änderung der Landesbauordnung wird insgesamt eine Vereinfachung und Erleichterung angestrebt, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu realisieren. Diese Maßgabe unterstützt auch der SSW. Zur Abschaffung der Wohnungsknappheit und zur Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum ist die Landesbauordnung nur ein Instrument von vie-

len. Die Änderungen sind gut, wichtig und richtig, aber die LBO ist nicht das Allheilmittel, um das Problem zu lösen. Nicht alle Erleichterungen oder Maßnahmen der LBO lassen sich sofort umsetzen. Spürbare Verbesserungen werden erst in einigen Jahren zum Tragen kommen. Diese Zeit haben die Menschen zum Teil aber nicht.

Wer heute in der Situation steckt, dass dringend eine bezahlbare Wohnung benötigt wird, dem hilft der Verweis auf die Änderungen der LBO und die vielen Wohnungen, die in fünf bis sieben Jahren endlich gebaut sind, wenig bis gar nicht. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Das gilt natürlich auch für den Wohnungsmarkt. Die Menschen draußen im Land spüren das, denn für viele wird es immer schwieriger, ihre Wohnung zu bezahlen oder überhaupt eine Wohnung zu finden.

Wir brauchen daher Maßnahmen, die der Wohnungsverteuerung bereits heute entgegenwirken. Dafür benötigen wir beispielsweise die Mietpreisbremse, denn nur so verhindern wir, dass die ortsübliche Miete nicht dem Wucher anheimfällt und weiterhin für die Menschen bezahlbar bleibt. Wir brauchen eine Kappungsgrenze, die sichert, dass Mieterhöhungen nur in einem angemessenen Rahmen stattfinden dürfen. Mieter müssen vor unbewohnbaren Wohnungen, Mietwucher und Zweckentfremdungen von Wohnungen wirksam geschützt werden.

Aus diesem Grund haben wir als SSW den Entwurf eines Wohnraumschutzgesetzes eingebracht, um den Kommunen ein Instrument an die Hand zu geben, damit sie gegen Zweckentfremdung, Mietwucher oder verwahrlosten Wohnungsbestand vorgehen können. All das sind Bausteine, die uns bei der Bekämpfung der Wohnungsknappheit bereits jetzt und heute helfen würden. All das hat Jamaika aber abgelehnt! Der Markt werde es schon richten: Der Markt hat es gerichtet, und wir sehen, wo es uns hingeführt hat. Wir können und dürfen nicht alles ausschließlich den marktwirtschaftlichen Kräften überlassen, meine Damen und Herren. Auch dieser Markt braucht Regeln. Das heißt: Eine Landesbauordnung schnell zu ändern, ist gut, damit Möglichkeiten entstehen, dass man tatsächlich neue Wohnungen bekommen kann. Das Ganze nützt aber nichts, wenn am Ende wieder teurere Wohnungen dabei herauskommen, die sich kein Mensch leisten kann. Auch da haben wir eine Verantwortung. Es gibt genügend Vorschläge, Jamaika muss nur noch folgen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und Thomas Hölck [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

In Vertretung für den Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration erteile ich der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, das Wort.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben sich ja zuletzt im vergangenen Jahr mit der Änderung der Landesbauordnung in diesem Parlament beschäftigt. Damals ging es um die Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie der Europäischen Union. Über das EU-Recht hinaus wurden jedoch Möglichkeiten für Erleichterungen im Wohnungsbau diskutiert. Dabei wurde auch das Hamburger Vorbild angeführt.

Daraufhin haben sich die regierungstragenden Fraktionen der Sache angenommen und am 24. April 2019 einen Entwurf vorgelegt, der die Nachverdichtung im Bestand erleichtern soll; denn dort bestehen große Potenziale für den Wohnungsbau. Das gilt insbesondere für den Dachgeschossausbau und die Aufstockung. Dabei kommt Holz als nachhaltigem Baustoff eine große Bedeutung zu. Deshalb wollen wir auch den Holzbau erleichtern. Darüber hinaus sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Dazu wird unter anderem die Typengenehmigung eingeführt. Last, but not least ist das EU-Bauproduktenrecht umzusetzen.

Dies alles führte im Innen- und Rechtsausschuss zu einer umfassenden Debatte. Ich will es daher bei diesem Überblick belassen und mich auf die wesentlichen Kritikpunkte konzentrieren, die in der Anhörung vorgetragen wurden und die zum Teil auch hier schon angesprochen wurden.

Kritisiert wurde unter anderem, dass es bei Nachverdichtungen unzumutbar sei, zusätzliche Stellplätze zu schaffen, und dass hier eine Lösung her müsse. Meine Damen und Herren, diese Lösung haben wir bereits. In der Stellplatzvorschrift der geltenden Landesbauordnung - § 50 Absatz 7 - heißt es dazu, dass ein durch eine Nachverdichtung entstehender Mehrbedarf an Stellplätzen nicht gedeckt werden muss, wenn dies auf dem Grundstück nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist. Das ist eine ausgewogene Regelung, und hieran soll festgehalten werden.

Ein weiterer Aspekt war: Insbesondere die kommunalen Landesverbände sehen eine Ausweitung des Genehmigungsverfahrens bis zur Hochhausgrenze als kritisch an. Auch das wurde

hier bereits angesprochen. Sie befürchten, dass die Planer schlechte Vorlagen vorlegen und sie sich zudem über die Vorgaben in den Bebauungsplänen hinwegsetzen könnten. Ja, meine Damen und Herren, schwarze Schafe gibt es in jeder Branche. Aber Gesetze nicht zu machen, nur weil die Gefahr besteht, dass sie gebrochen werden, das geht dann doch zu weit. Hinzu kommt, dass Gebäuden bis zur Hochhausgrenze eine große Bedeutung bei der Schaffung von Wohnraum zukommt. Daher sollte gerade hier nicht auf eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren verzichtet werden. Im Übrigen haben die Bayern und die Sachsen gute Erfahrungen mit der Erweiterung der Genehmigungsfreistellung gemacht. Systematische Vollzugsprobleme gab es dort nicht. Schwierige Einzelfälle wird es aber wohl immer geben.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit alledem sorgfältig und ausführlich befasst. Es ist erfreulich, dass die Beschlussfassung dort schließlich einstimmig erfolgte. Das zeigt, dass Politik die Probleme der Menschen ernst nimmt und parteiübergreifend fortschrittliche Lösungen findet. Das ist ein gutes Signal an die Menschen in unserem Land. Wir zeigen ihnen, dass wir Lösungen statt Streit produzieren.

Mit der Änderung der Landesbauordnung zur Erleichterung der Nachverdichtung im Bestand ist ein erster Schritt getan. In einem zweiten Schritt gilt es, das Bauordnungsrecht der Länder zu harmonisieren. Dazu soll die Landesbauordnung an die Musterbauordnung der Bauministerkonferenz angeglichen werden; denn wenn überall in der Republik im Wesentlichen das gleiche Baurecht gilt, dann erleichtern wir es den Planern, überregional tätig zu werden. Auch die Rechtsprechung ist dann bundesweit heranzuziehen. Kurzum: Durch eine Harmonisierung des Bauordnungsrechts schaffen wir erhebliche Synergieeffekte.

Andererseits kann es in Einzelfällen geboten sein, von der Musterbauordnung abzuweichen. Ich denke hierbei zum Beispiel an regionale Belange wie den Brandschutz bei Reetdächern. Was dies und andere „nordspezifische“ Belange angeht, so sind wir mit den Nordländern im Gespräch. Ziel ist es, auch hier eine möglichst weitgehende Harmonisierung zu erreichen. Einen Gesetzentwurf dazu wird der Innenminister in den nächsten Monaten im Kabinett vorlegen. Doch lassen Sie uns heute zunächst einmal dieses Gesetz beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1427, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum
Drucksache 19/1521

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/1688

Die Ausschussvorsitzende steht bereits am Mikrofon. Ich erteile ihr das Wort für den Bericht.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Volksinitiative am 19. Juni 2019 federführend an den Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend an den Sozialausschuss und an den Petitionsausschuss überwiesen. Der Petitionsausschuss hat in seiner Sitzung am 20. August 2019 gemäß Artikel 48 der Landesverfassung in Verbindung mit § 10 des Volksabstimmungsgesetzes eine Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative durchgeführt. Der mitberatende Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am 12. September 2019 mit der Vorlage abschließend befasst. Der federführende Innen- und Rechtsausschuss hat sich in zwei Sitzungen, abschließend am 11. September 2019, ebenfalls mit dem Gesetzentwurf befasst.

In Übereinstimmung mit dem mitberatenden Sozialausschuss empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW dem Landtag, den Gesetzentwurf der Volksinitiative abzulehnen. Ich verwei-

se in dem Zusammenhang auf die Begründung in der Drucksache.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Somit eröffne ich die Aussprache.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt alle sinnvollen und effektiven Maßnahmen gegen übermäßige Mietpreissteigerungen. Wir erkennen die schwierige Situation in einigen Bereichen des Wohnungsmarkts in Schleswig-Holstein. Diese Situation nachhaltig zu verbessern, ist das gemeinsame Ziel unserer Jamaika-Koalition. Wir nehmen die Ängste und Sorgen des Sozialverbands und des Mieterbundes als Initiatoren der Volksinitiative für mehr bezahlbaren Wohnraum und die dabei gesammelten 32.500 gültigen Unterschriften sehr ernst. Ihre wichtigen Anliegen sind ein Ansporn für uns, unsere Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum in Schleswig-Holstein weiter zügig umzusetzen. Wir wollen durch den ausreichenden Neubau und die Aufstockung von Wohngebäuden die Mietpreise begrenzen. Wir wollen außerdem zusätzliche Flächen für den Wohnungsbau durch einen weiterentwickelten Landesentwicklungsplan ausweisen.

Wir haben gerade ein bisher in diesem Umfang einzigartiges Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung beschlossen. Damit ermöglichen wir bereits kurzfristig die Nachverdichtung und den Bau zahlreicher zusätzlicher Wohnungen. Damit können wir auch auf die hohe Wohnraumnachfrage in den großen Städten und auf den Inseln sowie im Hamburger Umland noch aktiver als bisher reagieren und Abhilfe schaffen.

Die Eigentumsbildung, insbesondere für junge Familien, wird von uns gefördert, um durch deren Umzug in die eigengenutzte Wohnimmobilie Mietwohnraum frei zu machen. Für uns als CDU-Landtagsfraktion ist dabei die angekündigte und bereits durch den Bund beschlossene deutliche Erhöhung des Wohngelds ein zentraler Punkt. Das ist eine unserer wichtigsten Forderungen gewesen, weil wir damit erreichen, dass vor allen Dingen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit mittleren und niedrigen Einkommen in ihrem angestammten Wohnumfeld in ihren Wohnquartieren wohnen bleiben können und

(Peter Lehnert)

es keine Verdrängung gibt. Das ist für uns eine ganz elementare staatliche Aufgabe, um die Wohnsituation und die soziale Durchmischung in diesen Quartieren zu erhalten.

Außerdem ist für uns die Förderung des sozialen und bezahlbaren Wohnraums ganz wichtig. Sie ist ein zentraler Punkt unseres Forderungskatalogs, den wir im Frühjahr mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des SSW beschlossen haben. Insgesamt werden wir mit diesem Programm in den nächsten Jahren in Schleswig-Holstein fast 800 Millionen € für den sozialen und bezahlbaren Wohnraum zusätzlich zur Verfügung stellen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Programme wie das Sonderwohnprogramm „Erleichtertes Bauen“ und das Programm „Neue Perspektiven Wohnen“ zeigen, dass zusätzlich neue, innovative Wege durch das Ministerium gegangen werden. Wir erhalten für diese Schwerpunktsetzung breite Zustimmung der Akteure im Bereich des Wohnungsbaus. Viele andere Bundesländer beneiden unser Land um unsere Dynamik im Wohnungsbau.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Na, na, na!)

Es handelt sich um ein in diesem Umfang einzigartiges Programm zur aktiven und vor allem effektiven Bekämpfung von Wohnraumangel in unseren Ballungsräumen. Damit wird der Anstieg der Mieten nachhaltig begrenzt.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich komme jetzt zu Ihnen, Herr Kollege Stegner:

Die von der SPD geforderten zusätzlichen staatlichen und bürokratischen Eingriffe in den Wohnungsmarkt halten wir weder für zielführend noch für besonders glaubwürdig.

Wir haben uns als Jamaika-Koalition selbstverständlich intensiv mit den Initiatoren der Volksinitiative unterhalten, mit ihnen diskutiert und dabei die Argumente sehr sachlich ausgetauscht. Trotz großen gegenseitigen Verständnisses für die jeweilige Position des anderen sind wir allerdings bei der Frage der Aufnahme in die Landesverfassung nicht zu einer Einigung gelangt, weil wir die übergreifende Position vertreten, dass durch die Aufnahme in die Landesverfassung nicht eine einzige zusätzliche Wohnung gebaut wird.

(Beifall CDU und FDP)

Ich will allerdings auch deutlich sagen, dass uns dies nicht daran hindert, unsere bisherige nachhaltige und dauerhafte Förderung des Baus zusätzlicher Wohnungen im bezahlbaren und sozial geförderten Wohnungsbau weiter voranzutreiben und mit großem Einsatz voranzubringen, um den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum in Schleswig-Holstein zu schaffen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Özlem Ünsal das Wort.

Özlem Ünsal [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Gäste! Insbesondere möchte ich die Vertreterinnen und Vertreter der Volksinitiative, des Sozialverbandes und des Mieterbundes, begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Liebe Gäste, in Deutschland gehen inzwischen Zehntausende gegen die Spekulation mit Wohnraum auf die Straße. Bundesweit fühlen sich Mieterinnen und Mieter durch Wohnungsknappheit und steigende Mietpreise in ihrem Grundrecht des Wohnens bedroht. Viele von ihnen erfahren die Folgen von Verkauf, Spekulation oder Modernisierung bitter am eigenen Leib. Mieten und Immobilienpreise steigen weiter an. Menschen werden immer mehr durch Wohnkosten überlastet, zum Teil aus ihren Quartieren verdrängt, im schlimmsten Fall sogar wohnungslos.

Die Hilferufe aus der Bevölkerung an uns Politikerinnen und Politiker nehmen stetig zu, und das zu Recht, denn Wohnen wächst in dramatischer Weise zu einem Armutsrisiko in unserem Land heran.

Genau in diese Zeit fällt die Volksinitiative in Schleswig-Holstein. Es sind knapp 40.000 Unterschriften gesammelt und am 13. Februar 2019 von den Initiatoren an den Landtag übergeben worden. Damit ist das notwendige Quorum von 20.000 Unterschriften weit übertroffen und sogar zu 200 % erfüllt. Die hohe Beteiligung zeigt uns einmal mehr, dass bezahlbares Wohnen auch in Schleswig-Holstein eine der drängendsten sozialen Fragen bleibt.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Özlem Ünsal)

Und was macht Jamaika? Das ist doch die spannende Frage. Sie erteilt der Volksinitiative eine ernüchternd klare Absage, ohne jegliches Gespür für die Nöte der Menschen.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es! - Zurufe CDU)

Nachdem Sie erst kürzlich stolz die Abschaffung der Mietpreisbremse und der Kappungsgrenze verkündet haben, setzen Sie Ihre Ignoranz auch hier weiter fort. Daran ändert auch die Entscheidung zur LBO nichts, das habe ich vorhin schon deutlich ausgeführt.

Verehrter Kollege, Sie sagen, Sie haben mit der Volksinitiative gesprochen. Daher werden Sie auch wissen, welche Fassungslosigkeit Sie mit Ihrer Ablehnung in den Ausschüssen bei den Initiatoren ausgelöst haben. Zu Recht ist die Geschäftsführerin des Mieterbundes, Frau Mainitz, fassungslos über diese kurzsichtige Entscheidung, und zu Recht ist der Sozialverband, namentlich Jutta Köhl, die sich als Vorsitzende dazu geäußert hat, mit der Frage an die Jamaikaner herangetreten, ob sie überhaupt realisiert haben, welche Folgen das Ganze hat.

In der Jamaika-Koalition - das beobachten wir - setzen sich offenbar weiterhin die liberale Ideologie und der sture Glaube an die alleinigen Regelungskräfte des Marktes durch. Der Markt alleine regelt es nicht, liebe Kollegen.

(Beifall SPD - Zurufe SPD: So ist es! - Zurufe FDP)

- Das müssen Sie sich jetzt anhören. Im sozialen Wohnungsbau beschränkt sich die Koalition leider nur noch darauf, mit Ach und Krach den Bestand zu erhalten. Wie armselig ist das, bitte?

(Peter Lehnert [CDU]: Sie, die die ganzen Wohnungen verkauft haben, müssen das gerade sagen!)

- Das ist so. - Mit sozialer Marktwirtschaft, wie sie unser Grundgesetz vorsieht, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat Ihre Politik der Ablehnung längst nichts mehr zu tun. Was heißt denn bitte Ihre Aussage - ich zitiere -:

„Bezahlbarer Wohnraum hat weiterhin für uns oberste Priorität.“

- Ich bitte Sie! Wo ist denn hier Ihre Prioritätensetzung?

(Beifall SPD - Peter Lehnert [CDU]: 800 Millionen € sind nichts, oder was?)

Wir als SPD haben von Anbeginn an die Volksinitiative des Sozialverbandes und des Deutschen Mieterbundes unterstützt. Eine entsprechende Gesetzesinitiative - das wissen Sie - haben wir auch schon im vergangenen Jahr eingereicht.

(Beifall SPD)

Sowohl die unterzeichnenden und betroffenen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner als auch wir erwarten jetzt endlich einen klaren Kurswechsel von dieser Landesregierung, wenn es um bezahlbaren Wohnraum geht.

Selbstverständlich wird durch die Änderung der Verfassung allein keine einzige Wohnung geschaffen und keine Miete gesenkt.

(Beifall CDU und FDP)

Aber wenn Sie hier - die Kollegen von den Grünen oder Sie -, großartig Konzepte vorstellen, dann frage ich mich: Warum unternehmen Sie nicht den elementaren Schritt und senden ein ganz klares Signal an die Betroffenen, von denen 40.000 ihre Unterschrift geleistet haben? Sie sollten sagen: Wir nehmen das ernst und bekennen uns dazu, sodass es für uns auch kein Problem ist, es in die Landesverfassung aufzunehmen. Diese Chance verpassen Sie gerade.

(Beifall SPD)

Wie glaubwürdig ist die Politik einer Koalition, wenn sie nicht einmal bereit ist, sich mit einem solchen Bekenntnis zu den 40.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern zu gesellen?

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tobias von der Heide?

Özlem Ünsal [SPD]:

Ich hoffe, es ist kein Wahlkampf. - Bitte, ich höre!

Tobias von der Heide [CDU]: Frau Ünsal, wir haben ja als Land zum Beispiel hinsichtlich des studentischen Wohnraums sehr viel getan und die Studentenwerke so ausgestattet, dass Planungskapazitäten und auch Geld zur Verfügung stehen. Wie erklären Sie denn, dass da, wo Sie Verantwortung tragen, insbesondere hier in Kiel, Studentenwohnheime nicht realisiert werden können, und das Studentenwerk hier seit Jahren nicht in der Lage ist, neue Wohnungen zu schaffen?

(Özlem Ünsal)

- Lenken Sie doch nicht vom eigentlichen Thema ab!

(Lachen CDU)

Wir werden dieser Verantwortung sicherlich gerecht, aber Sie werden Ihrer Verantwortung gerade nicht gerecht. Lenken Sie nicht mit solchen Fragen ab, mit denen Sie der Volksinitiative keine Beweise dafür vorlegen können, dass Sie ihr Anliegen und die Nöte ernst nehmen und sich ganz offiziell zu ihnen bekennen.

(Zurufe CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Jetzt redet Frau Kollegin Ünsal!

Özlem Ünsal [SPD]:

Erklären Sie doch den Menschen heute bitte, warum Sie so entscheiden, wie Sie entscheiden. Nur auf das Wohnraumförderprogramm zu verweisen, ist eindeutig zu dünn, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, antworten Sie noch auf die Frage?

Özlem Ünsal [SPD]:

Nein.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Dann möchte ich fragen, ob Sie eine zweite - -

Özlem Ünsal [SPD]:

Nein, keine weiteren Fragen! Vielleicht beantworten Sie erst einmal meine Fragen. - Vor allem frage ich mich, was aus der Unterstützung der Grünen für die Volksinitiative geworden ist, die noch vor einem Jahr verkündet wurde. Wo ist sie?

Ich möchte dazu, wenn Sie erlauben, nur zwei prägnante Sätze zitieren. Sie lauten wie folgt:

„Es ist eine Verpflichtung des Landes, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die das elementare Bedürfnis der Bürger*innen nach Wohnraum befriedigen kann. Hierzu hätte man sich heute bekennen können.“

Liebe Grünen, diesem Zitat Ihrer eigenen Landesvorsitzenden zu Ihrer ablehnenden Haltung ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Sie hätten sich bekennen

können. Das können Sie heute noch immer. Deshalb beantrage ich namentliche Abstimmung. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ünsal, man könnte sagen: Gut gebrüllt, Löwin!

(Vereinzelter Beifall SPD - Zuruf Özlem Ünsal [SPD])

Aber ganz im Ernst: Die Diskussion über die Volksinitiative und über die Verankerung bezahlbaren Wohnraums in der Verfassung schaffen in der Tat keine einzige Wohnung. Darüber sind wir uns wohl einig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Stephan Holowaty [FDP])

Das Wesen von Kompromissen, wenn man sie sucht, ist, dass man immer weniger bekommt, als man will. Das, liebe SPD, kennen Sie aus der GroKo ebenfalls zur Genüge. Deshalb sage ich an dieser Stelle noch einmal: Das machen wir in der Partei der Grünen anders, gerade wenn es darum geht, das Thema Wohnen in die Verfassung aufzunehmen.

Wir sind uns einig, dass man Staatszielbestimmungen auch in Verfassungen aufnehmen kann. Wir haben das hier in Schleswig-Holstein in mehrfacher Weise getan, über Verfassungskommissionen, was Minderheitenrechte angeht, und so weiter.

(Thomas Rother [SPD]: Das hat auch nichts bewirkt!)

- Das ist eine gewisse Haltung, und wir haben hierzu auch eine gewisse Affinität. Aber Sie sind doch mit mir einig, dass man für eine solche gute Argumentation eine Zweidrittelmehrheit, also eine große Mehrheit, in diesem Hause braucht.

(Thomas Rother [SPD]: Ja! - Zuruf SPD: Genau!)

Selbst wenn wir heute mit wehenden Fahnen sagten, wir stimmen der Volksinitiative zur Verfassung zu, hätten wir keine Mehrheit in diesem Haus.

(Dr. Andreas Tietze)

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Deshalb müssen wir ganz klar sagen, dass hinsichtlich dessen, was Sie wollen, keine Wirkung erzielt werden wird.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD]?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte sehr.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Tietze, wenn man etwas in der Sache wirklich will, dann muss man dafür gelegentlich mehrere Anläufe unternehmen. So war das zum Beispiel bei der Festschreibung der Minderheitenrechte in der Verfassung. Im Kontext der Frage, ob man die Kinderrechte in die Verfassung schreiben sollte, habe ich von Ihnen noch nie das Argument gehört, das bewirke ja gar nichts, weil alle Menschen im Grunde genommen schon durch Artikel 1 GG geschützt seien. Vielmehr haben Sie in dem anderen Kontext richtigerweise festgestellt, dass es sehr wohl etwas bewirkt, die Leute auf die Prioritätensetzung aufmerksam zu machen.

In der Lage, in der wir, was das bezahlbare Wohnen angeht, im Augenblick sind, in einer Situation, in der es überall brennt und wir die Exzesse der Marktwirtschaft erleben, weil sie nämlich nicht funktioniert und Luxuswohnungen gebaut werden, kommen Sie daher und sagen: Dazu braucht man eine große Mehrheit, und im Übrigen bewirkt das ja gar nichts.

Sie sind übrigens mit dem ersten Punkt eingestiegen, das bewirke ja gar nichts. Ich finde es, ehrlich gesagt, ein bisschen schwach, den Leuten zu erzählen: Wir kümmern uns ganz rührend um eure Anliegen, aber das bewirkt ja nichts, also machen wir das nicht. - Dann sparen Sie sich den ersten Teil und tun Sie nicht so, als seien Sie eigentlich für etwas anderes!

- Dr. Stegner, ich finde es ein bisschen merkwürdig, dass Sie als Sozialdemokrat uns jetzt darüber belehren, für welche Inhalte wir stehen. Ich habe es in der Debatte deutlich gemacht und an dieser Stelle

auch schon mehrfach vorgetragen, dass eine Staatszielbestimmung juristisch ein stumpfes Schwert ist. Wenn ich Sie richtig verstehe, dass wir auf dem Wohnungsmarkt dringend bezahlbare Wohnungen brauchen, dann ist die Verfassungsdebatte tatsächlich die letzte Debatte, die ich führe. Ich würde gern die Debatte darüber führen, wie wir schnell das drängende Problem, das die Menschen wirklich haben, nämlich keine Wohnung zu haben, lösen. Das steht für mich an oberster Stelle.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Jetzt können wir in einer zweiten Debatte sehr gern darüber nachdenken, wie wir die Verfassung in unserem Land noch breiter, noch hübscher und noch schöner machen und in Form Dinge eines Generationenvertrags aufnehmen. Da bin ich bei Ihnen, und ich sage sogar, dass das Staatsrechtsziel Wohnen für mich persönlich ein richtiges und gutes Ziel in der Verfassung ist.

Ich war übrigens auch beim Gottesbezug dieser Meinung. Da fehlte hier im Parlament leider eine Stimme zur Mehrheit. Mal gewinnt man, mal verliert man auch in der Frage, wie man eine Verfassung gestaltet.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage beziehungsweise eine -bemerkung des Herrn Kollegen Dr. Stegner?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege, ich möchte Ihnen gern noch eine zweite Frage stellen: Wie oft kommt es eigentlich vor, dass 40.000 Menschen dafür unterschreiben, dass das Parlament der Prioritätensetzung folgt, die die Bürgerinnen und Bürger haben?

(Beifall SPD)

- Ich weiß nicht, wie viele Unterschriften wir beim Gottesbezug hatten, aber das waren auch weit über 50.000 Unterschriften. Ich finde es erst einmal gut, dass sich Menschen über Volksinitiativen an uns als Parlament wenden. Es war immer unser Anliegen,

(Dr. Andreas Tietze)

dass das funktioniert und dass die Quoren niedrig sind.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin auch ein bisschen stolz darauf, dass es in unserem Land als politische Kultur funktioniert, dass Menschen in der Frage, was in die Verfassung gehört, eine andere Auffassung haben als vielleicht wir hier im Parlament, und dafür Unterschriften sammeln. Das hat meinen hohen Respekt, und das finde ich richtig. In der Frage, was dann am Ende in der Verfassung steht - da werden Sie mir recht geben -, ist entscheidend, dass wir hier eine verfassungsgebende Mehrheit haben. Wenn wir diese in diesem Haus nicht haben, kann eine Volksinitiative, die zu einem Volksbegehren wird, eine verfassungsändernde Kraft gewinnen. Meine Damen und Herren, das ist Demokratie pur, und ich finde das richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Wir reden hier aber nicht über die Volksinitiative als Ganzes, sondern über die dahinterliegende Erwartung dieser 40.000 Menschen. Wahrscheinlich erleben Sie das auch: Die Leute sagen, der Staat soll sich darum kümmern, dass es bezahlbare Wohnungen gibt. Das kann ich gut verstehen, aber - auch das werden Sie gelesen haben -: In der letzten Woche gab es eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, das die Wirkung von politischem Handeln in der Wohnungsbaupolitik untersucht hat. Diese Wissenschaftler kommen zu der Erkenntnis: Je stärker sich die Politik in den Mietwohnungsmarkt einmischt, desto schlechter kann das letztlich für Mieterinnen und Mieter sein. - So die Aussage. Das Ansteigen von Regulierungsintensität führt nämlich zu einer Gleichgewichtsstörung zwischen Miet- und Eigentumswohnungen. Das ist wissenschaftlich untersucht worden. Häufig geht dies zu Ungunsten der Mieterinnen und Mieter aus.

Diesen Aspekt müssen wir auch bedenken, wenn wir nach staatlichen Regulierungen rufen. Es gibt eben verschiedene Ansätze, dieses Thema aufzugreifen. Ich sage aber ganz bewusst dazu: Sie stellen sich hier hin und tun so, als hätten Sie die Weisheit mit Löffeln gefressen. Wenn es so wäre, dass die eine oder die andere Partei die Weisheit mit Löffeln gefressen hätte, dann hätten wir schon eine Lösung.

Sie haben in diesem Land selbst lange Zeit regiert, hatten Verantwortung und konnten die Verfassung beeinflussen. Übrigens habe ich während der letz-

ten Verfassungsdebatte von Ihrer Fraktion nicht gehört, dass das Thema bezahlbares Wohnen Ihr besonders Anliegen gewesen wäre, Herr Dr. Stegner.

Ich sage, wir brauchen keine Hahnenkämpfe. Für mich ist wichtig, dass Sie, meine Damen und Herren von der Initiative, es bereits geschafft haben, mit Ihrem Engagement Rückenwind für das Thema bezahlbares Wohnen zu schaffen. Sie haben schon einmal einen Erfolg erreicht, und ich danke Ihnen herzlich dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich darf auch sagen: Wenn wir diese Volksinitiative heute in namentlicher Abstimmung ablehnen, dann lehnen wir auf keinen Fall, und das möchte ich für meine Fraktion in aller Deutlichkeit sagen, die berechtigten Forderungen nach bezahlbarem Wohnraum ab. Das ist ganz klar zu sagen. Ganz im Gegenteil, meine Fraktion wird alles tun, was sie kann.

Wir haben übrigens zu der Frage der Volksinitiative keine Regelung im Koalitionsvertrag. Wir haben keine Vereinbarung getroffen, dass wir dies gemeinsam regeln. Deshalb ist es tatsächlich so, dass wir beim Thema Wohnraum an den Instrumenten arbeiten. Das muss zeitnah geschehen. Das muss in Ernsthaftigkeit geschehen, und das muss auch mit Blick darauf geschehen, dass wir Wohnungspolitik in diesem Land für die Menschen sichtbar umsetzen.

Ich sage auch: Sie haben weitere Instrumente der direkten Demokratie in der Hand. Das finde ich richtig. Darauf bin ich als Schleswig-Holsteiner stolz. Sie können mit Ihren politischen Initiativen weitermachen hin zu einem Volksbegehren. Ich bin jetzt zehn Jahre in diesem Haus. Als Politiker sage ich Ihnen: Manchmal muss man dicke Bretter bohren, bevor man ein politisches Anliegen umsetzen kann. Sie haben hier meine Unterstützung und auch - ich sage das ausdrücklich - die meiner Partei. Es ist ein dickes Brett, dieses Anliegen in die Verfassung zu bekommen. Wie gesagt, auch wenn wir heute nicht zustimmen, werden wir politisch für das gemeinsame Anliegen, das hinter dieser Initiative steht, mit allem Engagement in diesem Land weiterstreiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Besuchtribüne des Schles-

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

wig-Holsteinischen Landtages Bürgerinnen und Bürger der Stadt Flensburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa das Wort.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war ja schon stark, was uns die SPD-Vertreterin hier präsentiert hat. Ich wundere mich schon ein bisschen über Ihre Ausführungen. Sie vergessen, dass wir vor diesem Tagesordnungspunkt die Novellierung der Landesbauordnung diskutiert haben, die die Jamaika-Koalition auf den Weg gebracht hat und nicht eine SPD-geführte Regierung. Das wäre ja möglich gewesen. Sie hätten das Problem auf dem Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein, das nicht erst mit den Wahlen im Mai 2017 begonnen hat, lösen können. Sie hätten Vorsorge treffen können. Das haben Sie alles nicht getan,

(Beifall FDP und CDU)

und die Art und Weise der Belehrung ist beschämend, Frau Ünsal, insbesondere, weil Sie lange Verantwortung für dieses Thema getragen haben.

Ich sage Ihnen darüber hinaus: Wir haben volles Verständnis, und wir unterstützen auch das Kernanliegen der Volksinitiative, dass bezahlbarer Wohnraum in Schleswig-Holstein eines der wichtigsten Themen ist, die diese Politik zu lösen hat. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

(Bernd Heinemann [SPD]: Doch, gibt es!)

- Bei mir nicht. Herr Heinemann, wenn es bei Ihnen einen Zweifel gibt, dann ist das schön. Das erklärt auch, warum Sie mit wohlfeilen Programmsätzen besser leben können als mit konkreten Maßnahmen. Wir wollen konkrete Maßnahmen, und das haben wir heute hier schon durch die Novellierung der Landesbauordnung bewiesen.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Kernanliegen der Volksinitiative, angemessenen Wohnraum für alle Menschen in diesem Land zu gewährleisten, ist unter allen Gesichtspunkten nachvollziehbar und unterstützenswert. Ich glaube, darin herrscht Einigkeit. Die Politik muss dafür sorgen, dass für jeden Menschen in diesem Land ausreichender und angemessener Wohnraum zur Verfügung steht. Da das Wohnen ohne jeden Zweifel zu den Grundbedürfnissen eines Menschen gehört, ist

es auch richtig, dass Mieter besonderen Schutz in unserem Rechtsstaat genießen.

Die Frage ist und bleibt aber, ob eine Verfassung das richtig Instrumentarium ist, um dieses berechnete Anliegen zu befördern, und genau hier haben wir eben eine andere Auffassung als die Volksinitiative, und wir zeigen auch, wie es anders möglich ist, dem Bedürfnis nach angemessenem Wohnraum in diesem Land Rechnung zu tragen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich darf darauf hinweisen, dass ohne ausdrückliche Regelungen in der Landesverfassung, wie von der Volksinitiative gefordert, der Staat verpflichtet ist, das Wohnen für jeden Menschen in diesem Land zu gewährleisten. Das ergibt sich bereits unmittelbar aus dem Grundgesetz.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die Garantie der Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip sind die Grundlage dafür, dass wir Wohnraum für jedermann schaffen und gewährleisten müssen.

Ich bin daher der Auffassung, dass die Volksinitiative hier etwas regeln will, was in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein längst geregelt und sogar verfassungsrechtlich abgesichert ist.

Es stellt sich die Frage, ob es ein besonderes Bedürfnis gibt, einen Aspekt, der bereits eine Regelung erfahren hat, noch einmal mit einem neuen Wortlaut zu regeln. Dieses Bedürfnis vermag ich nicht zu erkennen. Einen konkreten Beitrag zur Lösung der Probleme auf dem Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein würde eine Verfassungsänderung jedenfalls nicht bringen.

Ich denke auch nicht, dass die Menschen in unserem Land weitere Bekenntnisse von uns erwarten. Wir sind uns doch alle einig, dass wir Wohnraum brauchen. Darum sollten wir nicht so tun, als wäre das hier strittig. Es bedarf konkreter Maßnahmen und keiner Programmsätze, auch keiner verfassungsrechtlichen, meine Damen und Herren.

Die heutige Debatte zur Landesbauordnung ist ein gutes Beispiel dafür, wie gesetzliche Regelungen helfen können, die Voraussetzungen für den Wohnungsbau zu verbessern. Wir werden auch weiterhin den sozialen Wohnungsbau in unserem Land fördern und begrüßen ausdrücklich Initiativen von Städten und Gemeinden in diesem Land, wenn sie Neubauvorhaben davon abhängig machen, dass ein nicht zu geringer Anteil der neu zu schaffenden

(Jan Marcus Rossa)

Wohnungen einer Sozialbindung unterworfen ist. Das unterstützen wir ausdrücklich.

Eine Verfassungsänderung aber bliebe hingegen wirkungslos und weit hinter unseren Zielen zurück. Sie würde keinen einzigen Quadratmeter Wohnraum schaffen. Deshalb haben wir uns dazu entschieden - nach intensiver Diskussion -, den Gesetzentwurf der Volksinitiative abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Wir von der AfD treten seit unserem Bestehen für direkte Demokratie ein. Gerade Bürger- und Volksinitiativen sind Ausdruck des Wunsches nach eben dieser direkten demokratischen Beteiligung. Das Ansinnen der Volksinitiative begrüßen wir allein schon deshalb. Aber auch das dahinterstehende Ziel verfolgen wir grundsätzlich. Ein Zitat - mit Ihrer Erlaubnis -:

„Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Das Land fördert die Schaffung und Erhaltung dieses Wohnraums besonders für Menschen mit geringem Einkommen sowie die Bildung von Wohnungseigentum.“

Stimmen Sie zu, dass dieser Satz auch gut Platz finden würde in der Landesverfassung? Meine Damen und Herren, dieses Zitat legten wir in unserem Antrag vom Juli 2018, mit dem wir forderten, das Recht für angemessenen Wohnraum in die Landesverfassung aufzunehmen, dar. Dieser Antrag wurde hier im Haus von allen anderen Parteien abgelehnt. Diese Chance wurde hier verpasst.

Ja, wir stimmen Ihrem Ansinnen zu, aber nicht im Detail. Das ist wichtig, wenn es um die verfasste Staatszielbestimmung geht. Nach dem Sozialstaatsprinzip - Herr Rossa hat das dankbarerweise vorgestellt - ist der Staat verpflichtet, menschenwürdige Lebensbedingungen für alle Menschen zu gewährleisten. Aus der Begründung des Gesetzentwurfs ergibt sich, dass dazu auch das Recht des Menschen auf angemessenen Wohnraum gehören soll.

Der im Sozialstaatsprinzip dargelegte Auftrag an den Staat, für ausreichenden Wohnraum zu sorgen, kann grundsätzlich durch ein Staatsziel, das Recht

auf Wohnen, konkretisiert werden, indem die Sorge für verfügbaren Wohnraum als Staatsauftrag formuliert wird.

Durch eine Verankerung in der Landesverfassung würde dadurch das Staatsziel definiert, dafür Sorge zu tragen, dass den Lebensumständen angemessene Wohnsituationen allen Menschen gewährleistet werden. Eine solche Verpflichtung kann durchaus positive Effekte auf die Wohnungspolitik haben und dazu beitragen, dass insbesondere in den Ballungsräumen ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum mit der Schaffung neuer Wohnräume behoben werden kann.

Bis hierhin hat der vorliegende Gesetzentwurf noch immer unsere Zustimmung. Der Gesetzentwurf will aber ein verfassungsrechtlich verbrieftes Recht auf eine Wohnung garantieren, welches wesentlich über die bereits existierende sozialstaatliche Garantie eines Existenzminimums hinausgeht und Forderungen aufstellt, die uns schlicht zu weit gehen. Hier soll nicht nur der Staat in die Pflicht genommen werden; vielmehr soll in massiver Weise in das Recht auf Eigentum von Haus- und Wohnungseigentümern, wie im Grundgesetz verankert, eingegriffen werden. Das ginge nur auf Grundlage eines Gesetzes. Für uns ist nicht ersichtlich, aufgrund welcher Rechtsgrundlage die Räumung einer Wohnung erfolgen soll, wenn damit Ersatzwohnraum zur Verfügung stehen soll.

Für das Mietrecht hat Schleswig-Holstein keine Gesetzgebungszuständigkeit. Hier steht dem Bund die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz über das Bürgerliche Gesetzbuch - es ist im Mietrecht geregelt - zu. Dieser hat von seiner Kompetenz abschließend Gebrauch gemacht. Deshalb kann das Land keine mietrechtlichen Regelungen treffen, schon gar nicht über die Landesverfassung.

Neben den juristisch zu betrachtenden Aspekten, die uns eine Zustimmung nicht ermöglichen, kommen aber tatsächlich auch ganz pragmatische Betrachtungen zum Tragen. Die in der Landesverfassung verbrieften Staatsziele führen nicht automatisch dazu, dass individuell einklagbare Ansprüche entstehen. In der Landesverfassung werden Aufgaben des Staates formuliert und Schutzrechte von Bürgern normiert. Die Landesverfassung ist der falsche Ort für ein derart weitreichendes Ansinnen, wie es der Gesetzentwurf der Bürgerinitiative vorsieht.

Der AfD-Fraktion ist das zu weitreichend. Deshalb lehnen auch wir den Gesetzentwurf ab. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Claus Schaffer)

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich das Wort dem Vorsitzenden Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Wir brauchen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen. Das fordere ich nicht zum ersten Mal und werde es wohl auch nicht zum letzten Mal tun. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist prekär. Das wissen wir alle. Dennoch hat es die Politik bis zum heutigen Tage nicht geschafft, wirklich wirksame Maßnahmen in die Wege zu leiten. Nur deshalb gibt es doch diese Volksinitiative, deren Anliegen wir vom SSW zu 100 % unterstützen.

(Beifall SSW und SPD)

Die Menschen in unserem Land erwarten von uns klare Signale und pragmatische Lösungen, damit sich der Wohnungsmarkt endlich wieder entspannt. Wir vom SSW hätten gern intensiver über die Gesetzesvorlage diskutiert, aber leider wollten sich die Regierungsfractionen ja nicht mit den Initiatoren an einen Tisch setzen. Stattdessen wurde der Entwurf mit der Begründung abgebügelt, dass eine Ergänzung der Landesverfassung keine unmittelbaren Auswirkungen habe.

Der eine oder andere wird sich ja gegebenenfalls an meine vorherigen Reden zu diesem Thema erinnern, in denen ich ebenfalls konstatiert habe, dass den Menschen mit konkreten Maßnahmen viel eher geholfen ist als mit einer bloßen Verfassungsbestimmung. Schließlich ist Papier geduldig und erschafft keine einzige neue Wohnung. Gleichzeitig haben wir uns jedoch offengehalten, darüber zu diskutieren. Die Lage hat sich seitdem weiter verschärft. Die Sorgen und Nöte der Menschen sind real und müssen endlich ernst genommen werden. Wie wäre es denn, wenn wir mit einem Sowohl-als-auch an die Sache herangehen würden?

Wenn wir uns nun also die beiden Absätze des Gesetzesentwurfes einmal anschauen, dann scheint es doch machbar zu sein, auf die Initiatoren zuzugehen: Absatz 1 beschreibt ein Staatsziel. Im Gegensatz zu einem Grundrecht ist ein Staatsziel nicht einklagbar und daher rechtlich unverbindlich. In der Realität ist damit also im Grunde recht wenig zu bewegen, was ziemlich unbefriedigend klingt, es aber nicht ist, denn die Politik würde sich zu einer klaren Zielvorgabe bekennen.

Diesem Absatz hätten doch wirklich alle mit geschlossenen Augen zustimmen können. Es kostet nicht viel Mühe, und trotzdem wäre für die Bürgerinnen und Bürger ein klares Signal ausgesendet, dass die Politik eine ihrer akutesten Sorgen ernst nimmt und anpacken wird, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und SPD)

Natürlich müssten auf diese Worte dann konkrete Maßnahmen folgen.

Über Absatz 2 hätte man diskutieren können. Es ist schade, dass die Regierungsfractionen dazu nicht bereit waren. Der SSW hatte ja bereits ein zielgerichtetes Instrument eingebracht. Unser Gesetzentwurf für ein Wohnraumschutzgesetz ist von zahlreichen Seiten in der Anhörung dazu gelobt und begrüßt worden. Damit hätten wir gegen die hier beschriebenen Missstände wirksam vorgehen können, doch leider hat sich für den Entwurf ja bislang keine Mehrheit finden können. Hier zeigt sich, dass die Jamaika-Koalition kein wirkliches Feingefühl für die Sorgen der kleinen Mieterinnen und Mieter hat. Am konkreten Wortlaut im zweiten Absatz hätte man sicherlich noch feilen können, aber ich bin mir sicher, dass wir schlussendlich eine Gesamtformulierung hätten erarbeiten können, mit der alle Parteien hätten leben können. Das wäre dann auch ein starkes Signal an die Initiatoren und Unterzeichner dieser Initiative und nicht zuletzt an alle Menschen in diesem Land gewesen.

(Beifall SSW und SPD)

So aber, meine Damen und Herren, hat man diese gar nicht erst mit ins Boot geholt, sondern die Diskussion direkt gecancelt.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Auch wir ziehen konkrete Schritte reinen Lippen- oder Textbekenntnissen vor. Dennoch: Eine Staatszielformulierung strahlt Symbolkraft aus, und dies ist vielen Menschen in unserem Land ein großes Anliegen, sonst hätten sie das nicht unterschrieben.

Die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt ist jedoch ein dringliches Problem, auf das Jamaika endlich auch mit praktikablen, schnellen und nachhaltigen Konzepten reagieren muss. Besser heute als morgen, besser mit konkreten Gesetzesinitiativen und besser mit einer ordentlichen Portion Tatkraft und besser auch mit einer begleitenden Verfassungsänderung. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Die Abgeordnete Ünsal wollte ja nicht, dass ich Ihr noch eine zweite Frage stelle. Deswegen komme ich hier nach vorne. Man kann sich schon für eine Änderung in der Landesverfassung einsetzen. Aber es geht nicht, da, wo man selber Verantwortung trägt, Sie sind ja auch selber Kieler Landtagsabgeordnete - -

(Zurufe SPD: Aha!)

- Da mögen Sie vielleicht stöhnen, weil das unangenehme Nachrichten sind.

(Zurufe SPD: Nein!)

Peter Lehnert hat ja gesagt, dass die Landeshauptstadt Hauptstadt der Wohnungsmisere in diesem Land ist.

(Widerspruch SPD)

Ich will an dieser Stelle die Themen gern noch einmal benennen. Lars Harms hat ja gerade noch einmal ausgeführt, dass wir nichts täten. Beim studentischen Wohnen ist es beispielsweise so, dass wir das Studentenwerk so ausgestattet haben, dass etwas passieren kann. Es ist am Ende die Hermann-Ehlers-Stiftung, eine Stiftung, die mir auch nicht so besonders fern ist, die überhaupt die einzige Organisation ist, die Studentenwohnheime und -wohnungen in Kiel baut und damit dem Oberbürgermeister hilft, in seiner Bilanz überhaupt noch ein bisschen mit anderen Städten mithalten zu können.

(Beifall CDU und FDP)

Daran muss man sich am Ende messen lassen.

Zweitens. Ich komme zu dem MFG-5-Gelände. Hier wird ja auch immer über Flächennotstand in Kiel gesprochen. Wenn man sagt, man könne erst in fünf Jahren anfangen, dort Baumaßnahmen zuzulassen, ist das viel zu spät. Sie müssen sich dann fragen, ob Sie wirklich alles tun, um Wohnungsnotstand in diesem Land zu verhindern, wo Sie Verantwortung tragen.

(Beifall CDU und FDP)

Am Ende hilft bei diesem Thema nur bauen, bauen, bauen. Ich würde mich freuen, wenn Sie da, wo Sie können, auch mithelfen und nicht nur Symbolpolitik betreiben, indem Sie die Landesverfassung ändern wollen. Ich fordere Sie auf, wirklich zu handeln. - Danke.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt das Wort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Die heute zu beratende Änderung der Landesverfassung Schleswig-Holstein liegt offensichtlich vielen Bürgerinnen und Bürgern sehr am Herzen. Knapp 40.000 Unterschriften konnte die Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum hierfür sammeln, doppelt so viele, wie benötigt wurden. Dafür haben Sie Respekt verdient.

Ihr Engagement, meine Damen und Herren, ist uns zusätzlicher Ansporn, in unserer Politik große Anstrengungen zu unternehmen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Bei dieser Zielvorgabe gibt es keinen Streit.

Der Gesetzentwurf hält jedoch nicht, was er verspricht. Der Gesetzentwurf enthält - das ist mehrfach angesprochen worden - eine Staatszielbestimmung, aus der sich keine einklagbaren Rechte ergeben. Aus einer Staatszielbestimmung ergibt sich kein neuer Wohnraum, und eine Staatszielbestimmung hilft auch nicht dabei, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Vielmehr besteht ein ganz erheblicher praktischer Handlungsbedarf. Das Ziel, dass sich alle Menschen in Schleswig-Holstein zugehörig und zu Hause fühlen können, steht für die Landesregierung im Zentrum ihres Handelns. Deshalb ist es uns wichtig, dass alle Menschen eine angemessene Wohnung zu einem bezahlbaren Preis finden.

Um dies in die Tat umzusetzen, bedarf es großer Anstrengungen. Wir haben zu Beginn dieses Jahres einen Maßnahmenkatalog beschlossen, dessen Umsetzung ganz konkret zur Entspannung des Wohnungsmarktes beitragen wird und besonders belastete Haushalte unterstützen soll.

Verfassungsrechtliche Programmsätze oder Absichtserklärungen helfen da nicht weiter. Wir müssen den Menschen in unserem Land zeigen, dass wir die Rahmenbedingungen für eine Entspannung des Wohnungsmarktes vor allem in den Ballungsräumen schaffen. Wir dürfen uns eben nicht darauf ausruhen, unseren Wunsch danach nur schriftlich zu

(Ministerin Karin Prien)

fixieren. Die Aufnahme eines Rechts auf Wohnen in die Landesverfassung haben übrigens andere Bundesländer wie Bayern, Bremen oder Berlin bereits vor uns vollzogen. Doch was hat es gebracht? - Zweifel an der Wirksamkeit sind wohl berechtigt. Wir möchten uns an ganz konkreten Handlungsschritten messen lassen und keine Symbolpolitik betreiben.

Über die Landesbauordnung haben wir in der letzten Debatte bereits gesprochen, auch über die ganz konkrete Wirkung dieser Gesetzesänderung. Die Landesregierung legt einen weiteren politischen Schwerpunkt auf die soziale Wohnraumförderung und schafft eine Vielzahl von Förderprogrammen, die sowohl Mieter als auch potenzielle Eigentümer erreichen.

Das Baukindergeld wird einkommensschwächeren Familien bei der Schaffung von Eigentum helfen. Um jungen Familien beim Hauskauf unter die Arme zu greifen, rufen wir das neue Projekt „Jung kauft Alt“ ins Leben. Darüber hinaus erwarten wir Ende 2019 das Inkrafttreten des Projektes „Neue Perspektive Wohnen“. 10 Millionen € stehen uns zur Verfügung, um Kommunen und Privathaushalte mit Planungszuschüssen zu unterstützen. Ziel ist die Errichtung bunt gemischter Quartiere, um gerade die von der Volksinitiative befürchteten sozialen Konflikte zu verhindern. Seit diesem Sommer bezuschusst das Land neu errichteten Wohnraum im sozialen Wohnungsmarkt mit bis zu 375 €/m².

Meine Damen und Herren, solche Programme sind es, die bei den Bürgerinnen und Bürgern wirklich ankommen und sie aktiv unterstützen. Mit einer Staatszielbestimmung hingegen wäre niemandem geholfen. Deshalb kann die Landesregierung das Gesetzesvorhaben nicht unterstützen.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade hier den jüngeren Kollegen von der Heide mit den markigen Worten gehört. Anders als Sie bekennt sich die Sozialdemokratie dazu, dass es in der Vergangenheit ein Fehler gewesen ist, öffentliche Wohnbaubestände zu verkaufen. Das war ein Fehler. Dem sind zwar nicht alle gefolgt, aber es war ein Fehler, aus dem wir gelernt haben. Wir ha-

ben daraus gelernt, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in vielen Teilen in die öffentliche Hand gehört und nicht privatisiert werden sollte und privaten Renditeinteressen unterworfen wird.

(Beifall SPD und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist die Lehre, die wir daraus gezogen haben.

Das unterscheidet uns voneinander. Was uns aber auch von anderen unterscheidet, und zwar von Ihnen hier, ist: Wenn die Gelegenheit für die Koalition da ist, Akzente zu setzen, setzen Sie die gegen die Mieterinnen und Mieter. Sie sind die Ersten in diesem Land gewesen, die die Mietpreisbremse abgeschafft haben. Sie haben die Kappungsgrenzenverordnung gestrichen, Sie kürzen den Mieterschutz, obwohl Sie es anders könnten. Selbst Ihre Parteifreunde in Berlin - es war schwierig genug, das mit denen hinzubekommen - waren bereit, mit uns eine Veränderung hinsichtlich einer Verschärfung der Mietpreisbremse zu machen.

Mit anderen Worten, Sie sagen mit warmen Worten gegenüber der Volksinitiative: Wir sind im Prinzip für euer Anliegen, aber konkret stimmen wir dagegen. Damit Sie das auch deutlich machen können, geben wir Ihnen die Gelegenheit, das in der namentlichen Abstimmung darzustellen. Das ist der Punkt, der uns von Ihnen unterscheidet.

(Beifall SPD - Zuruf Tobias Koch [CDU]: Das ist das Schwarz-weiß-Denken, das Sie wieder mal haben wollen!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Die Fraktion der SPD hat beantragt, über den Gesetzentwurf Drucksache 19/1521 namentlich abstimmen zu lassen. Das erforderliche Quorum nach § 63 der Geschäftsordnung des Landtages ist erfüllt, wenn mindestens 18 Abgeordnete oder zwei Fraktionen dieses fordern. Dieses haben heute 18 Abgeordnete gemacht, somit ist das erforderliche Quorum erfüllt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/1521. Ich schlage vor, in der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst abzustimmen. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 19/1521 zustimmen will, erklärt dies in der namentlichen Abstimmung bitte mit Ja.

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Ich bitte nun die Schriftführer, mit der Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Wir alle drei haben das gleiche Ergebnis. Insofern glaube ich, dass es valide ist. Dem Gesetzentwurf Drucksache 19/1521 haben 21 Abgeordnete zugestimmt. 44 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. - Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe erneut Tagesordnungspunkt 32 A auf:

Ablehnung der CCS-Technologie im Klimapaket

Antrag der Abgeordneten der SSW
Drucksache 19/1730

Kein CCS in Schleswig-Holstein

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1733 (neu)

Kein CCS in Schleswig-Holstein und in den Meeren

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1736

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist jetzt nicht mehr vorgesehen. - Herr Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin, da wir heute Morgen die Angelegenheit nur in der Aktuellen Stunde erörtern konnten und wir Einigkeit über einen Antrag hatten und haben, den mehrere Fraktionen eingebracht haben, ging es darum, das Anliegen des SSW in einer Weise zu befördern, die für die anderen Fraktionen zustimmungsfähig ist, sodass es aber nicht unmittelbar an das Klimapaket geknüpft ist, das wir beraten haben. Das ist in dem vorliegen Antrag der demokratischen Fraktionen dieses Hauses gelungen. Deshalb bitte ich für diesen Antrag um Zustimmung.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Dann kann ich davon ausgehen, dass der Antrag Drucksache 19/1730 und der Alternativantrag Drucksache 19/1733 (neu) durch die Mitantragstel-

lung zum Alternativantrag Drucksache 19/1736 ihre Erledigung gefunden haben. - Widerspruch sehe ich nicht.

Es ist beantragt, in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Alternativantrag Drucksache 19/1736 einstimmig angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Presse (Landespressegesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1718

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Somit eröffne ich die Grundsatzberatung und erteile dem Abgeordneten der AfD-Fraktion, Volker Schnurrbusch, das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! In einer Medienwelt, in der praktisch jeder nicht nur als Empfänger, sondern auch als Absender von Nachrichten agieren kann, ist die Ausbildung von Medienkompetenz besonders für junge Menschen unerlässlich. Denn in der Kommunikationswissenschaft ist es üblich und wichtig, Nachrichten zu hinterfragen - auf ihren Wahrheitsgehalt hin, auf ihre Intention, auf ihre Quelle und natürlich auch auf ihren Absender. Bei Presseerzeugnissen gibt das Impressum Auskunft über den Absender, also den Herausgeber, den Verlag und die Redaktion.

Angesichts einer immer stärkeren Verflechtung in der Presselandschaft ist auch der Hinweis auf Redaktionsgemeinschaften wichtig, von denen ganze Teile einer Tageszeitung für den sogenannten Mantel geliefert werden; denn wegen sinkender Werbeeinnahmen können sich viele Redaktionen heute nur noch um den Lokal- oder Regionalteil kümmern.

Die Berichterstattung über bundes- oder landespolitische Themen wird dagegen oft von Netzwerken übernommen. Ein Beispiel dafür ist das RND, die auch hier in Schleswig-Holstein bekannte Marke

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Volker Schnurrbusch)

für das Redaktionsnetzwerk Deutschland. Dieses Netzwerk gehört zur Madsack-Mediengruppe aus Hannover, die unter anderem auch maßgeblich an der „Leipziger Volkszeitung“ und den „Lübecker Nachrichten“ beteiligt ist. Die größte Kommanditistin des Madsack-Verlages ist wiederum die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft, kurz ddvg. Und dahinter wiederum verbirgt sich das Medienbeteiligungsunternehmen der SPD.

Das im Jahr 2013 gegründete Redaktionsnetzwerk Deutschland versorgt nach eigenen Angaben mehr als 50 Tageszeitungen mit politischen Meldungen und Kommentaren. Die Gesamtauflage dieser Zeitungen beträgt mehr als 2,3 Millionen Exemplare. Die zu 100 % im Eigentum der SPD befindliche ddvg ist an über 40 Zeitungen von Kiel über Bielefeld bis Dresden beteiligt, die eine Auflage von zusammen mehr als 2 Millionen Exemplaren erreichen. Darüber hinaus bestehen indirekte Beteiligungen an einer Reihe von privaten Radiosendern.

Nur zur Klarstellung: Es ist nicht illegitim und schon gar nicht illegal, wenn sich eine politische Partei an Medienunternehmen beteiligt. Das machen übrigens auch andere Parteien, nicht nur die SPD. Es geht zwar oft daneben, wenn sich Parteien als Unternehmer betätigen, wie das Beispiel der alten „Hamburger Morgenpost“ zeigte, aber das ist nun einmal unternehmerisches Risiko.

Bedenken gegen ein intensives Engagement der SPD im Medienbereich gibt es schon lange, auch wenn die Partei überwiegend Minderheitsanteile hält. Solche Bedenken wurden befeuert durch eine Äußerung der ehemaligen SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier, die in einem Interview offen eingeräumt hatte - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums -:

„Auch dort, wo wir 30 oder 40 Prozent haben, kann in der Regel nichts ohne uns passieren.“

Dabei bezog sie sich ausdrücklich auf den kaufmännischen Teil in den Verlagen, aber im Fall der „Frankfurter Rundschau“ zeigte sich, dass die SPD-Schatzmeisterin auch versuchte, einem Chefredakteur ins Handwerk zu pfuschen.

Die Verflechtung von politischen Parteien und Medienunternehmen ist daher prominent anzuzeigen, wird jedoch nach den derzeit geltenden Gesetzen nicht ausreichend transparent gemacht. Zurzeit gilt nämlich: Der Verleger muss nur in regelmäßigen Abständen darauf hinweisen, wer an der Finanzierung des Unternehmens beteiligt ist, und dies im Handelsregister eintragen lassen. Doch das wird mit

Sicherheit noch weniger gelesen als so manche Tageszeitung.

Daher haben wir die Gesetzesänderung, die Ihnen vorliegt, eingebracht, denn wir meinen, dass es dem Leser - jedem Leser! - möglich sein muss, in jeder Ausgabe einer Zeitung mit einem Blick festzustellen, wer am jeweiligen Verlag beteiligt ist, damit er selbst beurteilen kann, welche möglichen Abhängigkeiten bestehen. Daher sollen in Zukunft unmittelbare und mittelbare Beteiligungen politischer Parteien grundsätzlich immer und an herausgehobener Stelle unter konkreter Benennung der Beteiligungshöhe ausgewiesen werden. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Transparenz und nicht zuletzt zur praktizierten Medienkompetenz.

Wir bitten um Überweisung unseres Antrags in den Innen- und Rechtsausschuss, mitberatend in den Wirtschaftsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tim Brockmann.

Tim Brockmann [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal erreicht uns ein Antrag der AfD im Medienbereich, der - Herr Schnurrbusch, ich kann Ihnen das nicht ersparen - aus dem bundesweiten Baukasten der AfD stammt.

(Beifall CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vergleichbare Gesetzentwürfe wurden bereits in Niedersachsen, in Sachsen und in Thüringen - dort im Übrigen von Ihrem Rechtsaußen Höcke - eingebracht. Ihr Gesetzentwurf, Herr Schnurrbusch, befindet sich also in einer bemerkenswerten und höchst irritierenden Gesellschaft. Aber das sind wir ja schon gewohnt.

(Zuruf: Wie er selber auch!)

Die Beteiligung von Parteien mittelbar oder unmittelbar an Medienunternehmen ist zweifelsfrei ein sensibles Thema. Deshalb bedarf es Regeln und Leitplanken, wie mit solchen Beteiligungen umzugehen ist. Diese Regeln gibt es bereits. So ist im § 24 Absatz 7 Parteiengesetz klar geregelt, dass die Unternehmensbeteiligungen im Erläuterungsteil zur Vermögensbilanz der Parteien aufgelistet werden müssen und die Hauptprodukte von Medienunternehmen benannt werden müssen, soweit Beteiligun-

(Tim Brockmann)

gen bestehen. Insofern wird bereits an dieser Stelle die notwendige Transparenz für die Öffentlichkeit hergestellt.

Ich glaube, dass es der AfD im Kern auch nicht darum geht, Transparenz hinsichtlich der Eigentümerstruktur herzustellen, sondern Ihnen geht es vielmehr darum, den Presseerzeugnissen einen Stempel aufzudrücken:

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Seht her, dies ist ein vermeintliches SPD Blatt. - Das haben wir von Ihnen eben gehört.

Ich frage mich, was als Nächstes von Ihnen kommt. Sollen als Nächstes Redakteure offenlegen, ob sie ein Parteibuch haben?

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ein solch pauschales Bloßstellen lehnen wir entschieden ab.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hören Sie auf, unsere Presse- und Meinungsfreiheit immer wieder infrage zu stellen! Hören Sie auf, Journalistinnen und Journalisten und deren Arbeit zu diskreditieren! Hören Sie auf, Verschwörungstheorien zu verbreiten, nach denen die Medien Sie systematisch und mit voller Absicht benachteiligen würden!

All das hatten wir schon einmal. Ich hoffe, Sie haben im Geschichtsunterricht aufgepasst, wie diese Episode in Deutschland endete. Ein „Fliegenschiss“, meine Damen und Herren, war das wahrlich nicht!

Wenn Sie unterschwellig behaupten - man konnte es aus ihrer Rede heraushören -, dass beispielsweise die „Kieler Nachrichten“ oder die „Lübecker Nachrichten“ als Teil der Madsack-Gruppe in besonderem Maße SPD-nah oder SPD-freundlich berichten,

(Heiterkeit SPD)

dann belegen Sie dies, statt es einfach nur in den Raum zu stellen. - Die Heiterkeit hier zur linken Seite freut mich.

Es ist völlig klar: Die Eigentümer von Medienunternehmen haben eine besondere gesellschaftliche und politische Verantwortung. Dies gilt erst recht, wenn Parteien an Medienunternehmen beteiligt sind. Historisch bedingt ist die SPD an vielen Zeitungsverlagen beteiligt. Dies hat immer wieder Kritik auch von unserer Seite hervorgerufen. Aber zu

glauben, dass Herr Stegner einfach bei den Chefredakteuren anrufen und eine SPD-freundliche Berichterstattung anordnen kann, dafür fehlt mir zumindest aktuell völlig die Vorstellungskraft.

(Beate Raudies [SPD]: Hat er schon! Aber ob die da waren?)

- So ist es!

(Dennys Bornhöft [FDP]: Wenn, dann gibt es schlechte Presse!)

- Genau. Das haben wir auch schon einmal bei einem Bundespräsidenten gehabt.

Ich glaube auch, dass Ihr Ansinnen ein Stück weit aus der Zeit gefallen ist. In der Begründung Ihres Gesetzentwurfs sprechen Sie von einem starken Einfluss der periodischen Presse auf die öffentliche Meinungsbildung. Ja, sicherlich gibt es einen Einfluss, aber wie stark ist dieser noch?

Müssen wir uns nicht vielmehr Gedanken machen, welchen Einfluss Unternehmen wie Google und Facebook oder Staaten wie Russland auf die öffentliche Meinungsbildung haben? Müssen wir uns nicht vielmehr Gedanken machen, welche technischen Möglichkeiten der Meinungsbeeinflussung es mittlerweile gibt und wie wir diese erkennen und insbesondere regulieren können? Das sind doch die eigentlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, meine Damen und Herren.

Ginge es Ihnen wirklich um Transparenz in der politischen Kommunikation, ginge es ihnen wirklich darum - ich zitiere aus Ihrer Begründung -, „die für eine demokratische Meinungsbildung unerlässliche Transparenz des Pressewesens zu gewährleisten“, dann sollten Sie endlich anfangen, vor der eigenen Haustür zu kehren, statt Unrat über andere auszuschütten.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wer sind die Geldgeber für den „Deutschland Kurier“, für das „Extrablatt“, welches beispielsweise in einer Auflage von 4,1 Millionen vor der Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen verteilt wurde?

(Christopher Vogt [FDP]: Sind das überhaupt Deutsche? Oder Schweizer?)

Von wem stammen die dubiosen Spenden an Ihre Fraktionsvorsitzende im Bundestag? Wer sind die Trolle, die in den sozialen Medien auf unsägliche Art und Weise Stimmung machen? Sorgen Sie hier erst einmal für Transparenz, bevor Sie solche Gesetzesentwürfe vorlegen.

(Tim Brockmann)

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stefan Weber.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Stefan Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da sind sie wieder, die Reihengesetze der AfD in den Bundesländern. Herr Brockmann hat die Länder schon aufgezählt. Ich will nur ergänzen, dass gerade in der letzten Woche in Rheinland-Pfalz von Ihnen das gleiche Thema vorgebracht worden ist.

Wir wissen, worauf Sie hinauswollen. Sie haben sich dazu gerade positioniert. Die von Ihnen hier gemeinte Beteiligung der SPD oder anderer Parteien an Medienunternehmen hat zumindest bei uns historische Gründe, die genau das verhindern sollen, was Ihnen offenbar vorschwebt: eine Gleichschaltung der Berichterstattung über Ihre Partei und deren Anhänger. Vielen Dank, das hatten wir schon einmal.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einer Zeit, in der die Sozialdemokratie scharfen Angriffen aus dem bürgerlichen Lager ausgesetzt war und ihre aktiven Mitglieder mit vielfältigen Nachteilen rechnen mussten, erfüllten diese Beteiligungen eine wichtige Aufgabe, um Medienvielfalt überhaupt zu gewährleisten. Warum stellen Sie sich nicht einfach hier hin und sagen, was Sie wirklich wollen, statt uns hier solche abgeschriebenen Anträge zu präsentieren? Machen Sie es doch so, wie Herr Höcke es freimütig im ZDF getan hat, lassen Sie es einfach raus: Wenn Sie an die Macht kommen, dann wird hier aufgeräumt! Mit der Presse, mit dem Rundfunk und allen anderen, die den Leuten die Wahrheit über Ihre Partei erzählen oder Ihnen sonst im Weg stehen. - Sagen Sie es einfach öffentlich. Das befreit.

Dann können die Leute selber entscheiden, ob sie mit Ihnen zurück in alten Zeiten oder lieber im 21. Jahrhundert leben wollen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie spielen sich hier als Gralshüter der Medienvielfalt auf, dabei hätten Sie doch überhaupt keine Skrupel, nach einer Machtübernahme der AfD -

was der liebe Gott und die Wähler verhüten mögen - nach dem Vorbild Ihres Gesinnungsgenossen Victor Orban die Pressefreiheit einzuschränken oder die Deutungshoheit über die Berichterstattung zu erlangen, wie es Donald Trump tut, indem er kritische Fragsteller einfach aus der Pressekonferenz wirft.

Ich behaupte, Sie und Ihre rechtspopulistischen Genossen in der Schweiz und in Österreich würden als Erstes den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen und dafür sorgen, dass Leute nur noch auf dem Niveau von „Fox-News“ über das Tagesgeschehen informiert werden. Die AfD als Vorkämpfer der Pressefreiheit - ich fasse es nicht! Nachdem Björn Höcke in dem inzwischen schon erwähnten Interview mit dem ZDF den Redakteur vor laufender Kamera bedrohte und ihm sinngemäß in Aussicht stellte, dass „sich einiges ändern würde“, wenn er eine „bedeutendere Rolle in der Politik dieses Landes“ bekäme, muss man schon ganz mutig oder ziemlich ignorant sein, um hier solche Anträge zu stellen.

Sicherlich, es ist der Traum jedes Politikers, Einfluss auf Berichterstattung nehmen zu können. Auch ich würde mir wünschen, dass über meine Partei einmal etwas positiver berichtet würde.

(Zuruf FDP: Haben Sie selber in der Hand!)

- Genau. Das Ergebnis sehen wir. Wir haben es eben auch von Herrn Brockmann gehört. Viele positive Berichte über die SPD in der Presse? - Da muss man ziemlich suchen. Ihre Annahme der Beeinflussung läuft hier nun wirklich ins Leere.

Sie schreiben in Ihrer Begründung, dass die Regelungen des Parteiengesetzes zur Offenlegung von Unternehmensbeteiligungen in Rechenschaftsberichten nicht ausreichend seien, um für Transparenz zu sorgen. Zu diesem Thema muss ich sagen: Sorgen sie erst einmal für Transparenz in Ihrer eigenen Partei!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Sorge der AfD um die Presse ist doch nur Heuchelei. Sie wollen unser bewährtes, kritisches Mediensystem, Sie wollen die Meinungsfreiheit in Deutschland diskreditieren. Hören Sie auf, verdrehte Tatsachen und Zwietracht zu säen! Das haben vor 80 Jahren schon einmal Männer Ihrer Couleur gemacht. Das lassen wir nicht zu.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Sprechen Sie vielleicht mal zum Gesetzentwurf?)

(Stefan Weber)

Ihrem Gesetzentwurf werden wir definitiv nicht zustimmen.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Es wirkt schon ein bisschen ironisch, wenn ausgerechnet die AfD über Transparenz und verdeckte Parteieinflussnahme diskutieren will. Man bewegt sich da auf sehr dünnem Eis. Denken wir nur an die zahlreichen Vereine, die vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein „total unabhängig“ Parteiwerbung gemacht haben, an die damit verbundenen Parteispenden mit all den Skandalen, bei denen bis heute in der Bundestagsfraktion keine Klarheit darüber besteht, wer da wie verwoben war. Denken wir an die zahlreichen engen Verknüpfungen zwischen der AfD und rechtsextremen Magazinen.

Denken wir an all das, zum Beispiel auch an die Verbindungen des Chefredakteurs der rechtsextremen Zeitung „Zuerst!“, die in Schleswig-Holstein verlegt wird, Markus Frohnmaier, den Mitarbeiter eines AfD-Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Sprechers von Alice Weidel. Dieser Mitarbeiter hat seinen Job aufgegeben, nicht etwa weil er gedacht hat, seine journalistische Tätigkeit und Referententätigkeit sei problematisch, sondern weil er Schaden von seinem Abgeordneten abwehren wollte, weil gegen ihn ein Verfahren wegen eines etwaigen Anschlags in der Ukraine lief.

Das ist die Ausgangslage, über die wir sprechen - da wollen Sie sich als Verteidiger der Presse darstellen? Ich nenne die Verbindungen zum Verlag Antaios oder zum Kopp-Verlag, die gemeinsamen Veranstaltungen über das Institut für Staatspolitik, das von Alice Weidel gestern wieder als Vorläuferorganisation der AfD dargestellt wurde. Es ist klar, dass das zwar alles keine finanzielle Unterstützung ist, es aber eine personelle und ideelle Unterstützung gibt und auch das eine große Rolle spielt.

Sie wollen wissen, welche Parteien wie Verlage finanzieren. Dazu gibt es eine wunderbare Bundestagsdrucksache des Wissenschaftlichen Dienstes, in der all das aufgezählt wird. Natürlich geht es Ihnen nicht um parteiunabhängige Presse. Wie aus der

Unterlage hervorgeht, haben offiziell weder die AfD noch die Grünen Anteile an Verlagen.

Ihnen geht es gar nicht um eine unabhängige Presse. Wir sehen das zum Beispiel am AfD-internen Auftritt „AfD-TV“ im Bundestag. Da hat man ernsthaft ein eigenes Fernsehstudio aufgebaut mit der Ankündigung von Alice Weidel, ihre Hoffnung sei, dass irgendwann AfD statt ARD geguckt wird. Sie wollen die freie Presse abschaffen - für einen Staatsfunk. Das ist tatsächlich Parteieinflussnahme.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Ohne uns vorher abzusprechen, haben wir alle gemerkt: Ihnen geht es natürlich um den Madsack-Verlag und die SPD. Dazu möchte ich ein paar Dinge sagen, die vielleicht ganz interessant sind. Die AfD hat im Madsack-Verlag Werbung geschaltet. Man kann durchaus kritisieren, dass Verlage und Zeitungen solche Werbungen drucken, aber es wurde von den Zeitungen des Madsack-Verlags gemacht, wie übrigens auch von anderen. Letztlich ging damit - wenn man das so versteht, wie Sie das denken - AfD-Geld quasi direkt an die SPD. Das ist schon spannend.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Man kann es sich nicht immer aussuchen! - Weitere Zurufe)

Der Madsack-Verlag hat seine Druckerei gewechselt, und zwar von einem tarifgebundenen Anbieter zu einem nicht tarifgebundenen Anbieter.

(Zurufe: Oh, oh! - Dr. Frank Brodehl [AfD]: SPD!)

Wenn die SPD da Einflussnahme geltend machen kann, nutzen Sie sie! Die Beschäftigten werden es Ihnen danken.

(Beifall Hartmut Hamerich [CDU] - Zurufe)

Es muss insgesamt um mehr Transparenz in der Presselandschaft, um Unternehmensbeteiligungen, meinetwegen auch Parteibeteiligungen gehen, aber dann grundsätzlich, ausgerichtet am Ziel einer freien Presse. Dagegen versuchen Sie, eine unabhängige Presse vom Tisch zu fegen, letzten Endes nur eine Partei zu verunglimpfen und eine Unterstellung vorzubringen, die nicht wahrheitsgemäß ist.

Sie haben es mehrfach gehört: Die SPD kann sich gerade nicht über eine ihr gewogene Presselandschaft freuen.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

(Lasse Petersdotter)

- Ja, das hat man auch selber in der Hand. Und natürlich ist das der Effekt der freien Presse; das haben auch wir Grüne lange genug erlebt.

Haben Sie keine Sorge, wir werden den Gesetzentwurf trotzdem im Ausschuss beraten, wie wir das bei jedem Gesetzentwurf machen, und dann schauen wir weiter. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa das Wort.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die AfD uns einen solchen Gesetzentwurf präsentiert, fragt man sich natürlich sofort: Was will uns die AfD mit diesem Gesetzentwurf sagen?

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Gut, dass Sie das wissen!)

Das ist eine Frage, die wir uns regelmäßig stellen. Meist fällt die Antwort leicht, insbesondere dann, wenn es sich wieder einmal um einen sogenannten Serienantrag handelt, lieber Herr Schnurrbusch, der schon in anderen Landesparlamenten gelaufen ist. Dank des Redebeitrags des von Ihnen geschätzten Parteifreundes Höcke war schon im Vorfeld klar, welche Zielrichtung Ihr Gesetzentwurf haben wird. Das vereinfacht die Auseinandersetzung mit Ihnen enorm.

Ich sage schon heute voraus, dass Ihre Gesetzesinitiative zur Änderung des Landespressegesetzes keine Aussicht auf Erfolg hat. Politisch ist Ihr Gesetzentwurf mehr als fragwürdig, dient er doch allein dem Zweck, vor allem die SPD mit ihren Medienbeteiligungen vorzuführen. Wir werden es nicht zulassen, dass mit dem Instrument der Gesetzgebung solch unredliche Ziele verfolgt werden, denn es besteht überhaupt kein Informations- und Aufklärungsbedürfnis, das nicht schon mit der heutigen Rechtslage abgedeckt wäre.

Meine Kollegen haben bereits auf die verfassungsrechtlichen Grundlagen verwiesen, auf das Parteiengesetz, und die Regelungen dort sind eindeutig. In einer modernen, digitalisierten Gesellschaft ist es jedermann möglich, unverzüglich im Internet die Medienbeteiligungen von Parteien ausfindig zu machen. Hier gibt es also keinen Handlungsdruck. Insofern verfolgen Sie andere Ziele als die, die in Ih-

rem Gesetzentwurf im Vordergrund zu stehen scheinen.

Ihr Gesetzentwurf wirft aber auch weitere Fragen auf. Wo ist eigentlich die Grenze, die Sie überschreiten wollen? Wenn Sie verlangen, dass politische Einflüsse im Impressum offengelegt werden, stellt sich nämlich die Frage, wie weit diese Offenlegungspflicht eigentlich geht. Muss ein Verleger nach Ihren Vorstellungen künftig offenbaren, ob und - falls ja - welcher Partei er angehört? Gilt das dann auch für den Herausgeber, den Chefredakteur oder die Redakteure? - Das müsste es, Herr Schnurrbusch, denn nur dann können Sie den politischen Einfluss offenlegen, den Sie so gern offenlegen möchten.

Dieses Beispiel zeigt, wie unredlich Ihr Gesetzentwurf ist und dass Sie ganz andere Ziele verfolgen, nämlich die Chance zu bekommen, Presse verächtlich zu machen, indem sie nur aufgrund einer Parteibeteiligung wahllos, völlig haltlos und ohne jeden Beweis Parteilichkeit vorwerfen. Das ist ein Vorgehen, das wir nicht wollen. Wir wollen auch keine Gesinnungsschnüffelei. Das lehnen wir genauso entschieden ab.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass Ihre Politik Gegenstand kritischer Berichterstattung und Würdigung durch Medienunternehmen in diesem Land ist.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Wie alle!)

Wir kennen ja Ihre reflexhaften Verunglimpfungen der Medien, und Sie scheuen sich nicht, die Medien als „Lügenpresse“ zu beschimpfen. Das ist in diesem Parlament am 5. September 2018 geschehen - das können Sie im Plenarprotokoll nachlesen -: Es war Herr Nobis, der sich zu einer derartigen Entgleisung hinreißen ließ. Das ist Nazi-Jargon im 21. Jahrhundert in einem deutschen Parlament. Das finde ich unfassbar.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genau in diesem Licht ist auch Ihr heutiger Gesetzentwurf zu bewerten. Es handelt sich um nichts anderes als einen Angriff auf die Pressefreiheit in diesem Land. Sie sind nicht der Verteidiger von Meinungs- und Medienvielfalt. Das beweisen Sie auf Landesparteitagen, wenn Sie die Presse vor die Tür schicken.

(Jan Marcus Rossa)

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dennys Bornhöft [FDP]: Hört, hört!)

Ihr Gesetzentwurf dient keinem anderen Zweck, als Medien verächtlich zu machen, nur weil eine Partei an einem Medienunternehmen beteiligt ist.

Ich habe einen durchaus tiefen Einblick in die Verlagshäuser dieser Republik und weiß, dass sich kein ernst zu nehmender Chefredakteur in die journalistische Ausrichtung seines Blattes vom Eigentümer hineinreden lassen wird. Das regeln Redaktionsstatuten - das sollten Sie wissen, Herr Schnurrbusch -, und die dürfte es auch bei den Verlagen geben, an denen politische Parteien beteiligt sind. Alles andere wäre wirklich eine große Überraschung. Die Redaktionsstatuten sind für uns wichtig und nicht irgendwelche Beteiligungen im Hintergrund. Da gibt es keinen Handlungsbedarf.

Ich sage Ihnen heute voraus: Wir werden ein Anhörungsverfahren durchführen müssen. Wir werden eine zweite Lesung haben, und ich werde mich nicht scheuen, Ihnen das wieder ins Stammbuch zu schreiben. Wir werden den Weg, den Sie einschlagen möchten, nicht mitgehen. Wir stehen für Pressefreiheit, Medienvielfalt, und wir stehen auf dem Boden der Verfassung. Das muss ich bei Ihnen in Zweifel ziehen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine gemeinsame Recherche von CORRECTIV und Frontal 21 hat vor einigen Monaten gezeigt, wie es die AfD so mit der Transparenz bei Zeitungen hält. Im letzten Jahr hatten die AfD-Parteimitglieder in Essen und Duisburg den „Deutschland-Kurier“ verteilt - ein Machwerk, das in Aufmachung und Umfang an eine normale Zeitung erinnern soll. Nicht die Verteilung war das Vergehen, sondern die Verschleierung der Finanzierung des „Deutschland-Kuriers“. Der wurde nämlich vom sogenannten Verein für Rechtsstaatlichkeit und einer Schweizer Firma erstellt und gedruckt und hätte seitens der AfD als Parteispende deklariert werden müssen. Die AfD dementierte aber von Anfang an, überhaupt etwas mit dem Kurier zu tun zu haben, der ja durch ihre Leute verteilt worden war, als ob

dieser sich einfach im Briefkasten materialisiert hätte.

Die AfD leugnete eine Beteiligung an der vermutlich millionenschweren Werbekampagne, deren Anwälte räumten lediglich eine private Beteiligung vereinzelter Mitglieder ein. Der Geschäftsführer des sogenannten Vereins für Rechtsstaatlichkeit David Bendels sagte gegenüber den CORRECTIV-Journalisten: Zu internen Vertriebsangelegenheiten und Versandabläufen erteilen wir grundsätzlich keine Auskunft.

Damit wären wir beim Thema: Die schleswig-holsteinische AfD-Fraktion vermittelt mit dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Landespressegesetzes den Eindruck, als ob Parteien bewusst ihre Beteiligung an Zeitungen verschleierten. Das ist ein klassischer Fall von Fake News. Derjenige, der selbst intransparent vorgeht und seine Spender nicht offenbart, unterstellt den anderen Parteien genau das. An Frechheit und Dreistigkeit ist das kaum noch zu überbieten, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dabei sieht das Parteiengesetz ausdrücklich vor, dass Parteien in ihrer jährlichen Vermögensbilanz die „Hauptprodukte von Medienunternehmen, soweit Beteiligungen an diesen bestehen“ aufzuführen haben. Diese Regelung soll nach dem Willen des Gesetzgebers die Transparenz befördern und die etwaige parteipolitische Einflussnahme auf den redaktionellen Inhalt des Medienprodukts sichtbar machen.

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat eine gut lesbare Dokumentation zusammengestellt, die die Beteiligungen aller im Bundestag vertretenen Parteien auflistet, zuletzt auf dem Stand von 2016. Im Gegensatz zu der behaupteten Unzulänglichkeit des Parteiengesetzes zeigt ein Blick auf die entsprechenden Dokumente, dass die Parteien ihre Offenlegungspflichten durchaus sehr ernst nehmen und ihre Beteiligungen offenlegen.

Tatsächlich findet sich dort auch eine Adresse aus Schleswig-Holstein. Es dreht sich um den Verlag für Landespolitik und Werbung GmbH, der der CDU gehört.

(Zuruf: Aha!)

Der Verlag bringt die Zeitung der Jungen Union heraus. Sie hat einen tollen Namen: „Ins Schwarze“.

(Beifall und Heiterkeit CDU)

(Lars Harms)

Außerdem bringt der Verlag „Europa-Aktuell“ sowie den „Schleswig-Holstein KURIER“ heraus. Gemäß der Offenlegungspflicht ist die Beteiligung nachzulesen - also alles picobello sauber bei der CDU.

Ob sich jetzt jede Leserin oder Leser die Mühe macht, die Rechenschaftsberichte der Parteien auf der Bundestagsseite zu lesen, darf man bezweifeln. Allerdings ist in allen Ausgaben dieser Produkte, die ich eben genannt habe und die auch im Internet zu finden sind, die Adresse des CDU-Landesverbandes im Impressum zu lesen: ganz locker und flockig, überhaupt kein Problem. Ein Regelungsbedarf ist also überhaupt nicht zu erkennen, weil es keine Regelungsverstöße gibt.

(Zuruf Dr. Frank Brodehl [AfD])

Die Menschen werden nicht hinters Licht geführt. Sie wissen, mit wem sie es zu tun haben, es steht nämlich in den Blättern drin.

Die Antragsteller sehen das natürlich anders. In der Begründung des Gesetzentwurfs wird von „wirtschaftlichen Verflechtungen“ und „nicht ausreichenden“ Regelungen geraunt. Das sind genau die Andeutungen, die bei den Anhängern von Verschwörungstheorien hervorragend ankommen - aber eben eigentlich auch nur bei denen.

Ausgesprochene Parteizeitungen gibt es in Schleswig-Holstein gar nicht. Immerhin reden wir hier über das schleswig-holsteinische Pressegesetz, meine Damen und Herren. Hier gibt es solche Zeitungen gar nicht. Es ist immer ganz lustig, für Dinge ein Gesetz ändern zu wollen, die es hier gar nicht gibt. Aber sei es drum, Sie reden ja über vieles, das es gar nicht gibt, meine Herren dort drüben!

(Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Heiterkeit)

Damit kommen wir dazu, warum wir uns heute trotzdem mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landespressegesetzes beschäftigen, obwohl weder eine erwähnenswerte Beteiligung von Parteien an Zeitungsunternehmen besteht noch eine Verletzung der Offenlegungspflicht. Es geht nämlich gar nicht um Schleswig-Holstein, sondern um Copy und Paste der Antragsteller, und zwar eines sächsischen Antrags. Dort hatte der Landtag über einen ähnlichen Antrag der AfD zur Änderung des dortigen Landespressegesetzes zu entscheiden. In der Juli-Sitzung ging es um das Vorhaben, das sächsische Pressegesetz entsprechend zu ändern. Dort wurde der Antrag übrigens genauso abgelehnt, wie es hier bei uns der Fall sein wird. Nur, weil Sie keinen

Bock haben zu arbeiten und immer Copy und Paste machen, müssen wir uns ja nicht die Mühe machen, den Antrag zu bearbeiten.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne die Landjugend Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich der Abgeordnete der AfD-Fraktion, Volker Schnurrbusch, gemeldet.

(Lars Harms [SSW]: Einfach nur zurückziehen! - Weitere Zurufe)

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Nützt ja nichts! - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es muss sein, sehr geehrter Herr Vogt. Ich muss noch einmal versuchen, einige Punkte abzarbeiten, es hat sich sehr viel angesammelt, was leider nicht stimmt. Gern hätte ich mit Ihnen über die geltenden Regelungen gesprochen. Teilweise wurden sie hier angesprochen.

Wir haben nur gesagt: Es gibt Regelungen - das ist auch alles in Ordnung -, aber es reicht nicht. Es geht uns nicht um Parteizeitungen, Herr Harms, da ist es ja klar. Wenn ich „Ins Schwarze“ in der Hand habe, dass es ein CDU-Blatt ist. Aber wenn ich eine Tageszeitung in der Hand habe, erkenne ich es als Leser eben nicht.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

- Ich will das kurz abarbeiten, Herr Vogt.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vogt?

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Erst einmal nicht, ich möchte dies erst einmal abarbeiten. Entschuldigen Sie bitte, Herr Vogt.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Also nein?

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Erst einmal nein. - Dieser Copy-und-Paste-Vorwurf, der hier standardmäßig kommt: Lieber Herr Brock-

(Volker Schnurrbusch)

mann, das ergibt sich doch aus der Tatsache, dass wir über das Landespressgesetz reden. Natürlich muss da jedes Bundesland und jede Fraktion aktiv werden. Das hat mit Arbeitsverweigerung und Ideenlosigkeit gar nichts zu tun, sondern mit der Zuständigkeit, wenn ich es einmal so sagen darf.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Harms?

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Ja.

(Zurufe FDP)

- Es gibt da so feine Unterschiede.

Lars Harms [SSW]: Ich habe heute einen Lauf, das ist unglaublich!

- Ja, super!

- Herr Schnurrbusch, eine ganz einfache Frage: Können Sie mir eine Beteiligung einer Partei in Schleswig-Holstein an einem Zeitungsverlag in Schleswig-Holstein nennen? Nur dann macht Ihr Gesetzentwurf einen Sinn.

- Ich habe versucht, das herzuweisen durch die indirekte Beteiligung der ddivg, die zu 100 % der SPD gehört, am Madsack-Verlag. Madsack ist ja wiederum an Tageszeitungen hier in Schleswig-Holstein beteiligt, nämlich an den „Lübecker Nachrichten“ -

(Beate Raudies [SPD]: Das steht auch in der ver.di-Zeitung!)

- genau! - und an den „Kieler Nachrichten“. Es geht darum, Frau Raudies, die Transparenz für den Leser zu vergrößern, der sich nicht so gut auskennt wie Sie oder ich. Nur darum geht es. Diese indirekten Beteiligungen gibt es tatsächlich.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine zweite - beziehungsweise erste - Zwischenfrage des Abgeordneten Vogt?

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Bitte, gern.

Christopher Vogt [FDP]: Ja, ausgetrickst!

(Heiterkeit)

- Da konnte ich nicht Nein sagen.

- Da können Sie einmal sehen! - Herr Schnurrbusch, wenn wir uns Ihrem interessanten Anliegen durchaus ernsthaft nähern wollen, muss man feststellen: Dass Madsack und die SPD eine Verbindung haben, ist hinreichend bekannt. Man kann auch nicht feststellen, dass dies der SPD in den letzten Jahren im Zweifel geholfen hätte. Man muss dann aber sagen: Wenn wir wirklich ein Aufklärungsinteresse haben und Transparenz wollen, würde ich gerne von Ihnen als medienpolitischem Sprecher der innerhalb Ihrer Partei einflussreichen AfD-Landtagsfraktion wissen, in welcher Beziehung Ihre Partei zum „Deutschland-Kurier“ steht. Das müssten Sie wissen, wenn Sie ein solches Anliegen hier vorbringen.

Es würde ja herauskommen, wenn wir Ihr Gesetz bundesweit umsetzen würden.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ja, super!)

- Dazu müsste ich, ehrlich gesagt, selber wissen, wer den „Deutschland-Kurier“ herausgibt, das weiß ich nicht.

(Zuruf SPD: Ja, ja, ja!)

Gerade wurde dieser Verein genannt. Der ist mir nur namentlich bekannt, nähere Verflechtungen sind mir nicht bekannt. Natürlich würde auch eine Publikation, an der wir als Partei direkt oder indirekt beteiligt wären, denselben gesetzlichen Vorschriften unterliegen. Das ist vollkommen klar. Der „Deutschland-Kurier“ wird aber, soviel ich weiß, nicht von der AfD herausgegeben, sondern von einem Verlag, der mir nicht bekannt ist.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine zweite Zwischenfrage?

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr gern. Ich bin da auch an Aufklärung interessiert.

Christopher Vogt [FDP]: Wir sind da beide an Aufklärung interessiert.

- So ist es.

- Meine Frage ist: Hat denn Ihre Landtagsfraktion - da Sie dieses Thema für so wichtig halten - bei der eigenen Partei einmal angefragt, in welcher Beziehung der „Deutschland-Kurier“ zu Ihrer Partei oder Persönlich-

(Volker Schnurrbusch)

keiten Ihrer Partei steht? Wenn Sie da Aufklärungsinteresse haben, würde ich gern einmal wissen, ob Sie da nachgeforscht haben. Was haben Sie denn als Antwort bekommen?

- Die Frage ist vollkommen berechtigt. Ich selber habe ein Aufklärungsinteresse daran, wir als Fraktion haben nicht nachgefragt, aber ich persönlich habe beim Bundesvorstand nachgefragt und bin dort leider auf Schweigen gestoßen. Das ist vollkommen richtig.

(Tim Brockmann [CDU]: Schweigen? - Zuruf SPD: Eijejei!)

Das ist der Informationsstand.

(Zurufe - Unruhe)

- So, jetzt mache ich weiter. Dann versuche ich noch einmal, das abzarbeiten. Der Kollege Petersdotter sagte ja, es gibt da eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages. Das ist völlig richtig. So viel ich weiß, stammt sie aber aus dem Jahre 2008. Insofern könnte sie auch einmal erneuert werden. Dann hätten wir alle vielleicht ein bisschen mehr davon. Ich habe ja erwähnt, dass durchaus auch andere Parteien an Medien beteiligt sind. Dagegen ist auch überhaupt nichts zu sagen. Ich wehre mich nur ein bisschen dagegen, dass uns immer erklärt wird, was wir eigentlich mit unseren Anträgen wollen. Herr Rossa ist darin Weltmeister. Er sagt nämlich gleich im ersten Satz, was wir eigentlich damit wollen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Hellseher! - Zuruf Jan Marcus Rossa [FDP])

Das ist super, Herr Rossa, vielen Dank für die Aufklärung. Aber ich würde gerade gerne mit Ihnen als Top-Juristen über die Gesetzeslage sprechen und nicht über Vermutungen und Unterstellungen.

Nur ein Wort noch zu dem Begriff „Lügenpresse“. Sie wissen, dass wir den eben nicht parteiweit verwenden.

(Heiterkeit)

- Wenn ich einmal um Ruhe bitten darf. Er fiel nur ein einziges Mal, und zwar nicht zu den Medien oder zur Presse, sondern zu einem einzigen Beitrag in den ARD Tagesthemen. Da war eine Falschmeldung drin. Später ist das korrigiert worden. Nur zu diesem einen Beitrag hatte sich der Kollege Nobis geäußert. Das will ich auch einmal klarstellen. Insofern: Von Ihnen zu hören, dass mehr Transparenz ein unredliches Ziel sei, Herr Rossa, das finde ich, ist dann doch schon ein starkes Stück.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Petersdotter?

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Unbedingt. Jetzt sind wir gerade so schön dabei.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Hinweis: Die Drucksache, auf die ich mich bezogen habe, ist von April 2018.

- Ach so, alles klar.

- Aber finden Sie, dass es aufgrund einer einzigen Berichterstattung, über die man sich ganz doll ärgert, gerechtfertigt ist, grundsätzlich von Lügenpresse zu sprechen, oder würden Sie da Ihrem Fraktionsvorsitzenden widersprechen?

- Ich glaube, der Fraktionsvorsitzende hat selber klargestellt, dass es um diesen einen Beitrag ging. Er hat ja nicht die ARD oder die Tagesthemen-Redaktion oder die Presse der Lüge bezichtigt, sondern er hat nur einen einzigen Beitrag erwähnt. Insofern kann man das nicht generalisieren.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rossa?

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Unbedingt. Ich freue mich sehr.

Jan Marcus Rossa [FDP]: Vielen Dank. - Es ist immerhin schon mal gut, dass Sie im Lager der demokratischen Parteien einen haben, der Sie versteht. Was Sie nicht schätzen, ist, dass wir wirklich die Hintergedanken aufdecken und schlichtweg hier offen ansprechen.

- Das können Sie ja machen.

- Das ist in meinen Augen das Hauptproblem, das Sie haben. Das Wort Lügenpresse ist ja nicht nur hier gefallen, sondern das fällt auch auf Veranstaltungen der AfD. Immer wieder wird davon bundesweit berichtet. Sie erinnern sich vielleicht an den sehr fragwürdigen Ausspruch Ihres Fraktionsvorsitzenden zum Schulzflug, der in den Hochofen fuhr. Ich kann das weiter ausführen, wenn Sie möchten.

- Tun Sie das.

(Volker Schnurrbusch)

- Diese wirklich schändlichen Beiträge führen zu einer Radikalisierung am rechten Rand, und dafür sind Sie verantwortlich. Das können wir hier nicht dulden; das muss ich einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist wirklich unerträglich, dass Sie sich immer wieder darauf zurückziehen, dass das andere gesagt hätten, dass es hier nur ein einziges Mal vorgekommen sei. - Nein, Sie stehen für diese Partei. Sie sind für diese Partei in diesen Landtag gewählt worden. Wenn Ihnen das nicht gefällt, Herr Schnurrbusch, dann treten Sie aus der AfD aus. Dann suchen Sie sich eine neue Heimat oder legen Sie Ihre politischen Mandate nieder.

(Birte Pauls [SPD]: Das wäre noch besser!)

Aber angesichts solcher Provokationen immer wieder zu sagen: „Das sind wir gar nicht, das sind nur die anderen!“, das geht einfach nicht. Das ist keine Frage, sondern schlichtweg einmal ein Statement zu der Art und Weise, wie Sie hier Politik machen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ich danke für das Koreferat, das ja genau wieder denselben Hintergrund hat. Sie wollen sich gar nicht mit dem konkreten Gesetzentwurf beschäftigen, sondern Sie wollen uns einfach aus Ihrem Baukasten, aus Ihrem Versatzstückkasten Unterstellungen entgegenbringen und unwahre Behauptungen unterstellen. Mir nahezulegen, dass ich die Partei verlassen soll, das können Sie jedes Jahr wieder machen. Wir sind gekommen, um zu bleiben. Das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall AfD)

Wir haben gerade in zwei Bundesländern zweistellige Zuwachsraten bekommen.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine zweite Zwischenfrage?

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Ich bin noch bei meiner Antwort.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Ach so, Sie sind noch bei der Antwort. Entschuldigung.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Ich habe keine Frage gehört, sondern es wurde wieder irgendwie appelliert. Ich kann Ihnen sagen, ich stehe hier als medienpolitischer Sprecher. Ich stehe auch als Journalist hier. Ich stehe zu dem, was wir beantragt haben. Ich stehe nicht zu jedem Wort, was jedes Parteimitglied äußert. Das kann ich Ihnen sagen, das gilt aber für jede Partei, habe ich mir sagen lassen. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie jetzt eine weitere Nachfrage?

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Ja, unbedingt.

Jan Marcus Rossa [FDP]: Zu Ihrer letzten Bemerkung noch eine Anmerkung; dann kommt auch tatsächlich eine Frage.

- Gut.

- Ich stehe zu meiner Partei, und ich stehe auch zu den Grundlinien in meiner Partei. Das unterscheidet uns mal ganz wesentlich.

(Beifall FDP)

Meine Frage ist: Sie sagen ja, dass ich hier die Unwahrheit sage, dass ich unwahre Behauptungen aufstelle zu den Zitaten, die ich hier gebracht habe, aus dem Munde von Parteifreunden von Ihnen. Ich bitte Sie, mich hier und jetzt zu widerlegen.

- Das habe ich gerade versucht; denn Sie haben eben behauptet, dass wir die Lügenpresse - nein, Entschuldigung -

(Lachen)

die Medien generell als Lügenpresse bezeichnen.

- Das habe ich nicht gesagt!

- Ich habe versucht, das klarzustellen, indem ich gesagt habe, dass es genau um einen Beitrag ging, bei dem eine Fälschung vorlag, genau um einen Beitrag. Sie können das bitte nicht generalisieren; denn wir tun das hier nicht.

- Und das ist auf AfD-Parteitag nie geschehen, Herr Schnurrbusch?

- Darüber habe ich keinen Überblick, Herr Rossa. Ich bin nicht auf jedem Parteitag.

Aber da wir gerade bei dem schönen Thema Parteitag und Zulassung der Presse sind: Es wurde uns ja

(Volker Schnurrbusch)

auch vorgeworfen, dass wir die Presse nicht zulassen. Das hat übrigens eine große interne Diskussion losgetreten. Sie wissen, wo ich da stehe. Ich habe die Journalisten, die beim Landesparteitag vor Ort waren, auf dem gewählt worden ist, persönlich betreut. Mir ist es wichtig, einen offenen Dialog mit den Journalisten zu pflegen. Das mache ich seit 2013. Da können Sie jeden Journalisten auf der Presstribüne fragen. Da herrscht ein offener Dialog, und da ist es mir auch egal, welche Zeitung oder welcher Sender das ist. Es ist ganz wichtig, dass wir uns auch auf Parteitagen öffnen. Dafür stehe ich ganz eindeutig.

(Zuruf SPD: Aber die anderen nicht?)

- Offenbar nicht jeder.

(Martin Habersaat [SPD]: So, jetzt ist mal hier Feierabend, Leute!)

- Jetzt ist noch nicht Feierabend, Herr Habersaat. Ich habe nämlich noch 50 Sekunden. Ich will nur ganz kurz anmerken: Zu behaupten, dass wir nun ausgerechnet einen Staatsfunk forderten, das ist geradezu absurd. Das ist nicht unser Traum, Herr Petersdotter, ganz bestimmt nicht.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Er sagte „Staatsfunk“. Es gibt ja Kollegen, die das jetzige öffentlich-rechtliche System als Staatsfunk bezeichnen. Das ist falsch; das sage ich auch ganz klar. Aber natürlich fordern wir eine grundlegende Reform von ARD und ZDF; das wissen Sie.

(Beifall AfD)

Da sind wir auch mit dem Ministerpräsidenten fast d'accord. Insofern sind wir die Letzten, die einen Staatsfunk wünschen. Das können Sie mitnehmen.

Das Institut heißt übrigens Institut für Staatspolitik und nicht Institut für Staatssicherheit.

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh!)

Diese Zeiten sind wirklich vorbei.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung in Vertretung für den Minister Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

(Zuruf: Marathon! - Beifall CDU)

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Mir bleibt nach dieser Debatte nur, für die Landesregierung ein paar nüchterne Bemerkungen zum Gesetzentwurf der AfD zu machen. Es geht darum, dass Sie die Impressumspflicht der Verleger konkretisieren und verschärfen wollen. Der Vorstoß zielt auf die Pflicht der Presse zur Offenlegung ihrer Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse für bestimmte Druckwerke. Hierbei geht es vorgeblich um die Beteiligungsverhältnisse politischer Parteien unter konkreter Benennung der Höhe der Beteiligungen.

Schleswig-Holstein hat Anfang 2005 bereits die Pflicht zur Offenlegung der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse der Verlegerinnen und Verleger periodischer Druckwerke im Impressum eingeführt. Sie ist in § 7 Absatz 4 des Gesetzes über die Presse geregelt. Danach müssen Verlegerinnen und Verleger eines periodischen Druckwerks in regelmäßigen Zeitabständen im Druckwerk offenlegen, wer an der Finanzierung des Unternehmens wirtschaftlich beteiligt ist. Ausreichend ist die Wiedergabe der im Handelsregister eingetragenen Beteiligungsverhältnisse.

Nach dem hier vorgelegten Entwurf soll nun auch die konkrete Höhe der Beteiligung politischer Parteien offengelegt werden. Ferner sieht der Entwurf eine Verkürzung der bestehenden regelmäßigen Zeitabschnitte der Veröffentlichung bei periodischen Druckwerken für Parteien vor. Eine Offenlegung soll nunmehr in jeder Ausgabe an herausgehobener Stelle des Druckwerks erfolgen.

Lassen Sie mich hierzu in Kürze Stellung nehmen und Ihnen noch einmal die Bedeutung der Presse in Staat und Gesellschaft vor Augen führen, und zwar so, wie das Bundesverfassungsgericht es bereits mehrfach getan hat.

Der Pressefreiheit kommt in unserem Land eine herausragende Bedeutung zu. Sie wird aus diesem Grunde nach Artikel 5 unserer Verfassung in besonderem Maße geschützt. Dort sind sowohl das Abwehrrecht der Presse gegen staatliche Eingriffe als auch die institutionelle Garantie des Pressewesens fest verankert. Die Freiheit der Presse ist nicht nur elementar für unsere Gesellschaft, sondern auch konstitutiv für unsere Demokratie.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Ministerin Karin Prien)

Ohne sie wäre unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht denkbar. Der Staat ist daher zum Schutz dieser Institution verpflichtet.

Umfasst von dieser staatlichen Verpflichtung zum Schutz des Pressewesens ist auch die freie Entfaltung der Verleger und der Redakteure als Träger der Pressefreiheit im Dienste einer freien Meinungsbildung. Aus Sicht der Landesregierung ist daher zu fragen, ob ausgerechnet der freien Presse in Zeiten von Deregulierung und Bürokratieabbau diese zusätzliche Regulierung auferlegt werden sollte. Die Impressumpflicht dient eben nicht dem Anprangern, sie dient der Transparenz.

Nach Artikel 21 GG haben Parteien geradezu die Aufgabe, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Die Medienbeteiligung politischer Parteien ist daher nicht nur ausdrücklich im Sinne der Verfassung, sondern sie kann nach geltender Rechtslage auch schon heute jederzeit und von jedermann eingesehen werden. Die Transparenz des Pressewesens, die dieser Entwurf angeblich herstellen soll, besteht bereits heute.

Vor diesem Hintergrund bleibt es Ihr Geheimnis, inwieweit und auf welche Weise eine verfassungsrechtliche Frage durch diesen Gesetzentwurf beantwortet werden soll. Mit Interesse wird die Landesregierung die weitere parlamentarische Befassung in den Ausschüssen verfolgen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 19/1718 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:52 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung
69. Sitzung am 26. September 2019
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein
Gesetzesentwurf der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum
Drucksache 19/1521

(Seite **5320** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Stefan Weber	Ja
Hans-Jörn Arp	Abwesend		
Tim Brockmann	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Johannes Callsen	Nein	Dr. Marret Bohn	Nein
Claus Christian Clausen	Abwesend	Marlies Fritzen	Nein
Wolf Rüdiger Fehrs	Nein	Eka von Kalben	Nein
Hauke Götttsch	Nein	Joschka Knuth	Nein
Daniel Günther	Nein	Burkhard Peters	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Lasse Petersdotter	Nein
Andreas Hein	Nein	Ines Strehlau	Nein
Klaus Jensen	Nein	Dr. Andreas Tietze	Nein
Werner Kalinka	Abwesend	Aminata Touré	Nein
Lukas Kilian	Abwesend	Bernd Voß	Abwesend
Peer Knöfler	Nein	FDP	
Tobias Koch	Nein	Dennys Bornhöft	Nein
Peter Lehnert	Nein	Jörg Hansen	Nein
Tobias von der Heide	Nein	Stephan Holowaty	Nein
Hans Hinrich Neve	Nein	Anita Klahn	Nein
Volker Nielsen	Nein	Annabell Krämer	Nein
Barbara Ostmeier	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Ole-Christopher Plambeck	Nein	Kay Richert	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Jan Marcus Rossa	Nein
Heiner Rickers	Nein	Christopher Vogt	Nein
Anette Röttger	Nein		
Klaus Schlie	Nein	AfD	
Andrea Tschacher	Nein	Dr. Frank Brodehl	Nein
SPD		Jörg Nobis	Nein
Wolfgang Baasch	Ja	Claus Schaffer	Nein
Dr. Kai Dolgner	Ja	Volker Schnurrbusch	Nein
Dr. Heiner Dunckel	Ja		
Kirsten Eickhoff-Weber	Abwesend	SSW	
Martin Habersaat	Ja	Lars Harms	Ja
Bernd Heinemann	Ja	Flemming Meyer	Ja
Birgit Herdejürgen	Ja	Jette Waldinger-Thiering	Ja
Thomas Hölck	Ja		
Kerstin Metzner	Ja	fraktionslos	
Serpil Midyatli	Abwesend	Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein	Nein
Birte Pauls	Ja		
Tobias von Pein	Ja		
Regina Poersch	Abwesend		
Beate Raudies	Ja	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	Ja	Abgegebene Stimmen	65
Thomas Rother	Ja	davon	
Dr. Ralf Stegner	Ja	Jastimmen	21
Özlem Ünsal	Ja	Neinstimmen	44
Kai Vogel	Ja	Enthaltungen	-
Kathrin Wagner-Bockey	Ja		